

KURDISTAN REPORT

September 1993
Nr: 62
Preis: 3,- DM

Für ein freies und unabhängiges Kurdistan

YASASIN ULUSAL BIRLIGIMIZ!

Das 2. Internationale Kurdistan-Festival ist der Ausdruck des kurdischen Volkes nach seiner Freiheit

Kurdistan Report

monatliche Ausgabe

62

Impressum

V.i.S.d.P.:

Ayse Engizek
Vogelsanger Str. 286
50825 Köln

Kontakt Adresse:

Serxwebûn
Postfach 10 31 13
50471 Köln

Belgien	52.00	bfr.
Dänemark	10.00	dkr.
Frankreich	10.00	ff.
Großbritanien	1.20	£.
Niederlande	3.50	hfl.
Norwegen	7.50	nkr.
Österreich	25.00	s.
Schweden	7.50	skr.
Schweiz	3.00	sfr.

KONTAKTADRESSEN

Kurdistan-Komitees in Europa

Kurdistan Komitee:
Linke Wienzeile 78, 1060 Wien, ÖSTERREICH
Tel: 43 / 1 / 587 42 68 Fax. 43 / 1 / 56 31 48

Comité du Kurdistan:
P.B. 1154, 1000 Brüssel, BELGIEN
Tel: 32 / 2 / 230 92 39 Fax: 32 / 2 / 230 92 08

Kurdistan Kommitten:
Vesterbrogade 24a 3th, 1620 KopenhagenV, DÄNEMARK
Tel: 45 / 31 / 24 74 57

Koerdistan Komitee:
Postbus 58092, 1040 H.B. Amsterdam, NIEDERLANDE
Tel: 31 / 20 / 689 33 01 Fax: 31 / 20 / 689 32 72

Comité du Kurdistan:
147 Rue de la Fayette, 75010 Paris cedex, FRANKREICH
Tel: 33 / 1 / 42 82 92 76 Fax: 33 / 1 / 42 82 97 93

Kurdistan Committee:
P.O.Box 5607, Nicosia, ZYPERN
Tel: 35 / 72 / 46 76 35 Fax: 35 / 72 / 46 76 26

Kurdistan Information Centre:
11 Portland Gardens, Haringey, London N 4, GROSSBRITANNIEN
Tel: 44 / 81 / 880 17 59 Fax: 44 / 81 / 802 99 63

Comité du Kurdistan:
Case Postale 202, 1211 Geneve 21, SCHWEIZ
Tel: 41 / 2 / 23 29 33 94 Fax: 41 / 2 / 222 29 47 87

Kurdistan Komitee in der BRD e.V.
Hansaring 66, 50670 Köln, BRD
Tel: 49 / 221 / 12 52 64 Fax: 49 / 221 / 13 48 68

Kurdistan Komitea
Lapinlahden Katu 19, LH 38 00180 Helsinki, FINLAND
Tel./Fax: 3580 / 0 / 694 17 60

Kurdistan Kommitten
Wätmannagatan 73, 11326 Stockholm, SCHWEDEN
Tel.: 46 / 8 / 30 52 75 Fax: 46 / 8 / 31 62 73

Büro der ERNK
Ipokratous 72, 10680 Athen, GRIECHENLAND
Tel./Fax: 30 / 1 / 363 49 05

Weitere Kontaktadressen:
Centro de informacion y cooperacion con el Kurdistan
Tel./Fax: 34 / 1 / 4 70 20 04
Apartado 8483 / 28080 Madrid-ESPANA

Center Catalunya-Kurdistan
c/o Salvadors 24 baixos
08001 Barcelona-ESPANA

Solidaritätsgruppen in der BRD

Arbeitskreis Kurdistan-Botan, Kottbusserstr. 8, 12629 Berlin

Freunde des kurdischen Volkes HH,
Ottenser Hauptstr. 35, 22765 Hamburg

AK-Kurdistan Kiel, c/o Karen Wind, Iltisstr. 34, 24143 Kiel

Asyl u. Solidaritätskomitee, c/o Zentrum,
Mengstr. 35, 23552 Lübeck

Initiative Internationale Solidarität / Kurdistan Solidarität c/o Sielwallhaus, Sielwall 38, 28203 Bremen

Kurdistan-Solidarität, c/o Rhizom, Weckenstr.1, 30451 Hannover

AK-Kurdistan, c/o Die Brücken, Wilmergasse 4, 48143 Münster

Solidaritätskomitee mit den kurdischen Gefangenen,
c/o BWK-Ruhr, Postfach 10 03 65, 4300 Essen

AK-Kurdistan, c/o Kurdistan-Zentrum, Düppelstr. 11a, 33602 Bielefeld

AK-Kurdistan-Solidarität c/o Infoladen,
Ludolf-Camphausen-Str. 36, 50672 Köln

AK-Internationalismus, Wolfstr. 10 (Hinterhaus), 53111 Bonn

AK-Kurdistan, c/o Bücherkiste, Bismarckstr. 3, 57076 Siegen

AK-Kurdenprozeß, Arbeitersolidaritätskomitee, Leipzigerstr. 32, 60487 Frankfurt

Freunde und Freudinnen des kurdischen Volkes, MZ/WI,
c/o Infoladen, Werderstr. 8, 65195 Wiesbaden

Freunde/innen des kurdischen Volkes, c/o Kleine Freiheit, Bismarckstr. 9, 35390 Gießen

Freundeskreis des kurdischen Volkes,
c/o GNN-Verlag, Waldparkstr. 9, 68163 Mannheim

Freundeskreis des kurdischen Volkes, c/o GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart

Kurdistan-Komitee, c/o GNN-Verlag,
Postfach 27 48, 7500 Karlsruhe 1

AK-Kurdistan-München, c/o Komala Kurdistan e.V., Westendstr. 49 (Rgb.) 80339 München

Kurdistan-Solidarität, c/o Was Lefft,
Postfach 3543, 8520 Nürnberg-Erlangen

Kurdistan-Solidarität, c/o Habsburgerstr. 9, 79104 Freiburg

Inhalt



Mehmet Sincar, kurdischer Abgeordneter aus Mardin im türkischen Parlament, wurde am 4. September 1993, zusammen mit Metin Özdemir, ebenfalls Mitglied der Demokratischen Partei, DEP, in Batman von Todesschwadronen ermordet. Die DEP ist Nachfolgepartei der mittlerweile verbotenen Partei der Arbeit des Volkes, HEP.

Editorial

An die Leserinnen und Leser,

der Monat August war in Kurdistan geprägt von einer weiteren Eskalation der Angriffe des türkischen Militärs auf die kurdische Bewegung: mittlerweile sterben dort bis zu 20 Menschen am Tag, immer mehr Menschen werden verschleppt, vor allem auch Kinder, Angriffe mit chemischen Waffen auf die Guerilla der ARGK wurden von den Nurhak-Bergen berichtet.
Währenddessen reist die neue Ministerpräsidentin, Frau Ciller, durch die Weltgeschichte als Botschafterin der türkischen Militärs, um sich der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Unterstützung der westlichen Partner zu versichern.

In der Rubrik "Kurdistan aktuell" findet sich in dieser Ausgabe eine Bewertung der Entwicklungen zum 15. August 1993 - dem Jahrestag der Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes von der PKK gegen das türkische Militär.
Der Generalsekretär der PKK, Abdullah Öcalan, äußerte sich in einem Gespräch mit der kurdischen Nachrichtenagentur KURD-HA zu der aktuellen Situation.
Ausführlich berichten wir über das 2. Internationale Kurdistan-Festival, das trotz vieler Behinderungen seitens der bundesdeutschen Behörden mit an die 100 000 Teilnehmern und Teilnehmerinnen, die gar nicht alle Platz im Stadion selber fanden, ein großer Erfolg war. Überschattet wurde dieser Tag durch den Mord an zwei Mitgliedern der Demokratischen Partei in Batman, Mehmet Sincar, Parlamentsabgeordneter und Metin Özdemir. Sie waren nach Batman gekommen, um die Morde von Todesschwadronen einige Tage zuvor zu untersuchen. Auf belebter Straße schlugen die Killer zu . Die Botschaft ist eindeutig : sie sagt, daß selbst demokratisch gewählte und legitimierte Parlamentsabgeordnete in der Türkei kein Recht auf Leben haben, wenn es die Drahtzieher der Konter-Guerilla beschließen.
Um welche Art von "Demokratie" es sich in der Türkei handelt erläutert auch der Generalsekretär des Vereins der fortschrittlichen Juristen, Aydin Erdogan, in einem Beitrag für unsere Zeitschrift.

In der Rubrik der "Menschenrechte" finden sich neben einer Chronologie auch Erklärungen von Delegationen, die die Stadt Yüksekova nach dem Angriff der türkischen Militärs am 15. August besuchten.

Besonders möchten wir auf den Bericht in der Rubrik "Frauen" über den "Hungerstreik kurdischer Frauen gegen die Massaker in Kurdistan" hinweisen, der vom 23. August bis zum 10. September 1993 in Köln durchgeführt wurde. Eine der Hauptforderungen war es, eine internationale Delegation nach Kurdistan zu entsenden, die besonders die Gewalttaten gegen Frauen untersucht. Wir möchten von dieser Stelle aus unsere Leserinnen und Leser auf diese Delegation hinweisen. Eine Teilnahme daran ist ein Zeichen aktiver Solidarität und ermöglicht es, in den europäischen Ländern für eine realistische Berichterstattung über die Situation in Kurdistan beizutragen.

Mit solidarischen Grüßen
die Redaktion



2. Internationales Kurdistan - Festival,

Der Widerstand vom 15. August jährt sich zum zehnten Mal



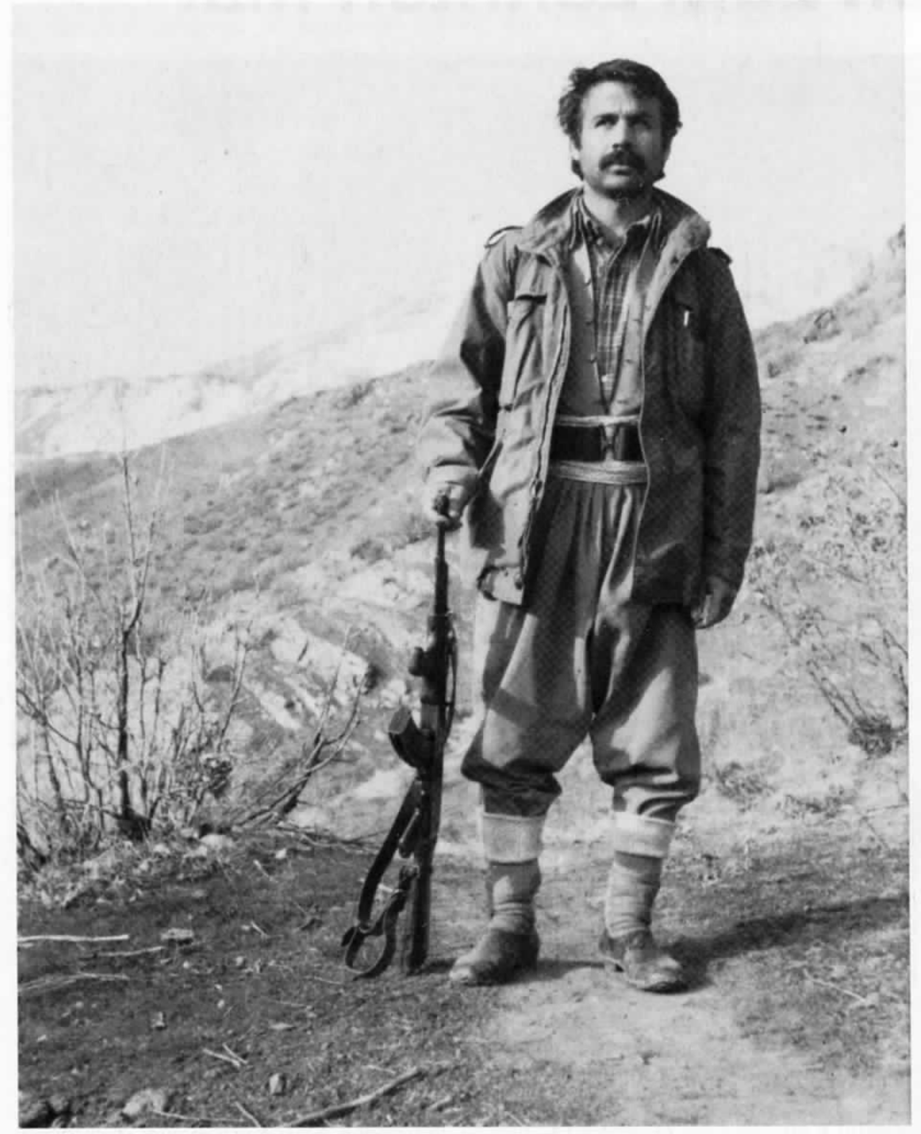
Seit 1984 hat sich die Zahl der BefreiungskämpferInnen auf ca. 15.000 erhöht.

Jedes Volk hat in seiner Geschichte wichtige Tage. Der 15. August ist so ein wichtiger Tag für das kurdische Volk.
Der 15. August 1984 markiert in der Geschichte des kurdischen Volkes den Beginn des bewaffneten Widerstands gegen die TR, die kurdisches Land besetzt hält und kolonialisiert. Wenn die PKK auch bereits in den 70er Jahren schwerpunktmäßig bewaffnete Aktionen durchgeführt hatte, begann der eigentliche organisierte und kontinuierliche Widerstand am 15. August 1984. Bis heute hat er sich beständig weiterentwickelt.
Die PKK, die nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 einen taktischen Rückzug (in den Mittleren Osten) angetreten hatte, faßte auf ihrem II. Kongreß den Beschluß ins Land zurückzukehren. Dieser Beschluß wurde nach einigen Vorbereitungen mit der Besetzung der Kreisstädte Eruh und Semdinli am 15. August 1984 in die Praxis umgesetzt. Der 15. August 1984 war somit auch der Beginn des Guerillakrieges.
Die Aktion in der Stadt Eruh wurde unter dem Kommando Mahsum Korkmaz' geleitet. Mustafa Yöndem und Kazim Kullu und die "Einheit 14. Juli" führten sie durch. Die Aktion in Semdili wurde unter dem Kommando Abdullah Ekincis von der "Einheit 21. März" durchgeführt. Diese beiden Aktionen unter den damaligen Bedingungen durchzuführen zeigte sehr große Wirkung und hatte weitreichende Folgen. Der türkische Staat schätzte die Aktionen so ein, daß es sich um einen neuen kurdischen Aufstand handele und begann seinen militärischen Feldzug in Kurdistan.
Dieser Kampf geht nun in sein zehntes Jahr. In den Sommermonaten wurde er mit aller Härte geführt. Der Widerstand vom 15. August, der mit nur wenigen Kräften und geringen Möglichkeiten begonnen hatte, ist heute eine starke Kraft und hat viele Möglichkeiten entwickelt. In den Reihen der Volksbefreiungsarmee Kurdistans ARGK) kämpfen heute über 15.000 professionelle Guerillakräfte. Der Kampf wird darüberhinaus von Zehntausenden Milizkräften aus dem Volk unterstützt und genießt breiteste Hilfe und Unterstützung durch das gesamte kurdische Volk. Obwohl in den verschiedenen Gebieten der Welt die nationalen und sozialen Befreiungskämpfe stagnieren oder zurückgehen, wächst der von der PKK in Kurdistan geführte Kampf immer mehr. Neben der Legitimität dieses Kampfes spielen dabei natürlich auch die richtigen politischen Ziele und die dafür eingesetzten Mittel eine Rolle.
Wie jedes Jahr wurde auch in diesem Jahr der 15. August in Kurdistan (sowie in türkischen Metropolen) massenhaft gefeiert. In 70 Prozent der kurdischen Städte blieben anläßlich dieses Feiertages alle Läden geschlossen und

die öffentlichen Verkehrmittel standen still. Der 15. August wurde mit verschiedenen Kundgebungen gefeiert. Die Guerillaeinheiten griffen viele Militärstationen an und nahmen auch einige "Dorfschützer" gefangen.

In der Gegend Igdir, Göle und Malazgirt marschierten insgesamt 40.000 Menschen aus den Dörfern in Richtung der Kreisstadt. Dieser Marsch zu Fuß und mit Fahrzeugen wurde am Eingang der Stadt von türkischen Militärkräften gestoppt. Sie eröffneten auf die unbewaffneten und schutzlosen demonstrierenden Frauen, Männer und Kinder das Feuer. Aus jedem dieser drei Orte wurden ca. 50 Menschen aus der Zivilbevölkerung durch die schießenden Panzer und Soldaten ermordet. Nach Informationen des Menschenrechtsvereins (IHD) in Van wurden über 200 Traktoren von den Militärkräften zerstört.

Auch in den türkischen Metropolen Istanbul, Izmir, Ankara, Adana etc., wo viele kurdische Männer und Frauen leben, fanden verschiedene Aktionen und Kundgebungen statt.



Der berühmte Guerilla-Kommandant Mahsum Korkmaz - für das kurdische Volk ist er das Symbol des Widerstandes

Der 15. August 1984 und wichtige Daten in der Geschichte der PKK bis heute

1983 wurden die Aktivitäten der PKK in Nordkurdistan intensiviert und gefestigt. Während dieser Zeit gab es auch in Südkurdistan Aktivitäten der PKK . Mehmet Karasungur, ZK-Mitglied der PKK, und Ibrahim Bilge wurden bei dem Versuch ermordet, die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Kräften in Südkurdistan, die einen primitiven Nationalismus vertreten, zu schlichten. Mehmet Karasungur wurde durch eine Verschwörung ermordet. Damit wurde vor allem das Ziel verfolgt, sowohl die Verankerung der PKK in Südkurdistan als auch eine revolutionäre Offensive zu verhindern. In dieser Zeit unternahm vor allem die KDP große Anstrengungen, die Rückkehr der PKK in ihr Land zu verhindern.

Als am 15. August 1984 der Beschluß der PKK, den bewaffneten Kampf wieder aufzunehmen umgesetzt wurde, erschütterte das die Kräfteverhältnisse. Die PKK, die ihre Aktionen am 15. August 84 in Eruh und Semdili ohne Verluste durchführte, demonstrierte, daß sie eine hohe Stufe in der Phase der bewaffneten Propaganda erreicht hatte. Nach der Strategie des langandauernden Volkskriegs ist die Stufe der bewaffneten Propaganda die Vorstufe zum Guerillakrieg. Die PKK proklamierte mit den Aktionen vom 15. August 1984 die Gründung der HRK (Heziya Rizariya Kurdistan - Befreiungskräfte Kurdistans). Dadurch wurde die revolutionäre Gewalt der bewaffneten Propagandaeinheiten intensiviert.

Mit der Proklamation der ERNK (Eniya Rizgariya Netewa Kurdistan - Nationale Befreiungsfront Kurdistan) am 21. März 1985 hat die PKK das Kampforgan für die kurdischen Volksmassen in der Form einer politischen Frontorganisation geschaffen. Das entspricht ihrer Zielsetzung, eine militärische und politische Einheit zu schaffen. Durch die Organisierung des Volkes in dieser politischen Front verbreiterte sich auch die Guerilla.

Auf ihrem II. Kongreß 1986 unterzog die PKK die vergangenen vier Jahre ihrer Arbeit einer Analyse. Die Parole auf der der Kongreß basierte hieß: "Was hier gelöst wird ist nicht der Moment, sondern die Geschichte, nicht die Einzelperson, sondern die Klasse". Damit wurde die proletarische Linie weiter gefestigt. Mit der Proklamation der ARGK (Artesa Rizariya Gele Kurdistan - Volksbefreiungsarmee Kurdistans) machte die PKK den Schritt von der bewaffneten Propaganda zum Guerillakrieg. Die Parole des III. Kongresses der PKK lautete: "Vorwärts für ein Stück freies Land!"

Am 28. März 1987 fiel Mahsum Korkmaz (Agit), ZK-Mitglied der PKK und Kommandant des ersten Angriffes in Eruh. Wegen seines mutigen offensiven Vorgehens im Kampf, seiner Furchtlosigkeit sowie seiner Führungspersönlichkeit, Entschlossenheit und großen Fähigkeiten als Kommandant war Mahsum Korkmaz einer der wertvollsten Kommandanten der PKK. Im Andenken und wegen der Verbundenheit zu Mahsum Korkamz gründete die PKK die "Mahsum-Korkmaz-Akademie", die Tausende politisch und militärisch gut ausgebildete Kämpfer, Kämpferinnen und Kader hervorgebracht hat. Das Jahr 1988 ging als Jahr der "Provokationen in Europa" in die Geschichte der PKK ein. An diesen Angriffen war auch der deutsche Imperialismus direkt beteiligt. Die Provokation richtete sich gegen den Vorsitzenden der PKK, Abdullah Öcalan. Es war der Versuch, die PKK von ihrer Linie und dem bewaffneten Widerstand abzubringen und eine falsche, angeblich "demokratische PKK" zu kreieren. Nachdem dieser Liquidationsversuch gegen die PKK erfolglos blieb, verhaftete die deutsche Polizei Kader, Anhänger und Sympatisanten der Partei in der BRD und begann, den Düsseldorfer Prozeß zu inszenieren.

1989 wurde das Jahr, in dem die PKK zu Massenaktionen überging. Von da an entwickelte sie ihre politischen und militärischen Aktionen ineinander verknüpft und miteinander verbunden.

Mit den Newroz-Aktionen von 1990, den großen Serhildans, explodierten die an der PKK-Linie orientierten Massenaktionen und beherrschten lange Zeit die Tagesordnung. Vom 4. bis 13 Mai führte die PKK ihre II. nationale Konferenz und vom 26.-31. Dezember ihren IV. Kongreß durch.

Mit dem Newroz 1991 weitete sich der Kampf der PKK aus und wurde auf eine noch breitere Basis gestellt. Die PKK steckte wichtige Ziele zur Bildung einer Nation. Darunter fiel die Wahl des Nationalparlaments und die Bildung einer Kriegsregierung auf dem Weg zur Staatenbildung.

Bilanz des neunjährigen Krieges zwischen dem türkischen Staat und der PKK

Düsseldorf (KURD-HA): Die aufgrund objektiver Recherchen entstandene Bilanz des Krieges zwischen dem türkischen Staat und der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) vom 15. August 1984 bis heute sieht folgendermaßen aus:

Bilanz der letzten vier Monate:

- Anzahl der Aktionen insgesamt: 686
- Angriffe: 75
- Straßenkontrollaktionen: 160
- Angriffe auf Kasernen/Gendarmeriestationen: 94
- Hinterhalte: 97
- Zahl der abgeschossenen Flugzeuge: 1
- Zahl der abgeschossenen Hubschrauber: 8
- Zahl der zerstörten Panzer: 22
- Zahl der zerstörten Tanks: 6

Die Methoden des türkischen Staates in Kurdistan

- Anzahl der bombardierten Dörfer: über 50
- Anzahl der niedergebrannten Dörfer: 25
- Anzahl der entvölkerten Dörfer: 26
- Zahl der vertriebenen Menschen: über 20.000
- Festnahmen: Tausende

Die Verluste beider Seiten:

- Verluste an Soldaten, Polizisten, Unteroffizieren, Offizieren, "Dorfschützern", Agenten insgesamt: 1.325 Tote, 762 Verletzte
- Verluste der Guerilla: 811 Tote, 41 Verletzte
- Zahl der getöteten patriotischen Zivilisten: 255 Tote, 212 Verletzte
- Verluste unter der Zivilbevölkerung durch Gefechte: 24 Tote, 13 Verletzte

Insgesamt wurden damit in den vergangenen vier Monaten 1.915 Menschen getötet. Das bedeutet, daß in Kurdistan im Durchschnitt täglich 16 Menschen infolge des Krieges getötet wurden.

Die Bilanz vom 15. August 1984 bis 9. August 1993 Bilanz der neun Jahre Krieg in Kurdistan:

- Verluste der TR (Soldaten, Polizisten) insgesamt 13.518
- Mit dem Tod bestrafte "Dorfschützer"/Agenten: 2.507
- Verluste der Guerilla: 8.041 Kämpfer und Kämpferinnen
- Zahl der von der TR getöteten kurdischen patriotischen Frauen und Männer: 3.290

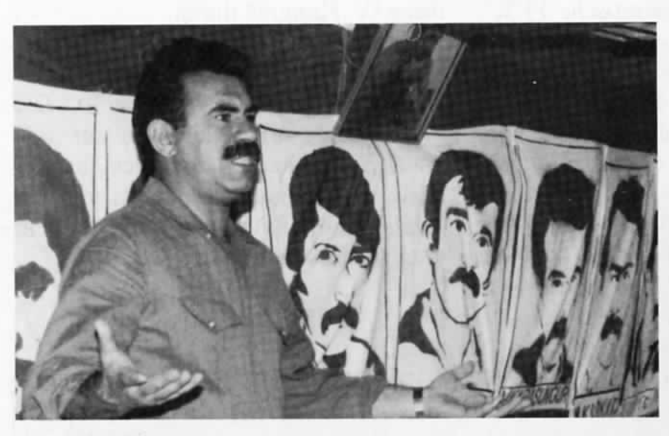
Vom türkischen Staat angegriffene Kreis-/Provinzstädte in Kurdistan:

Sirnak (3 Mal angegriffen), Cizre (7 Mal), Kulp (3 Mal), Silopi (8 Mal), Derik (4 Mal), Lice (3 Mal), Hilal (3 Mal), Hani (2 Mal), Diyadin (2 Mal), Dogubeyazit, Uludere, Hamur, Genc, Varto, Güroymak, Tatvan, Ovacik, Malazgirt, Yüksekova, Semdinli

Einsatz chemischer Waffen durch den türkischen Staat:

- Juli 1988 (Diyarbakir)
- Juni 1989, Waldgebiet im Bezirk Ovacik/Pertek (Dersim)
- 1990 Gabar-Berge
- Anfang 1991, Landgebiet im Bezirk Yayladere (Bingöl)
- Juni 1991, zwischen den Dörfern Palamut und Umurlu im Bezirk Pervari (Siirt)
- Juni 1991, Dorf Sahbe (Eskixak) im Bezirk Silvan (Diyarbakir)
- Januar 1992, zwischen den Dörfern Basine und Emte im Bezirk Eruh (Siirt)

Für die aktuelle Bewertung der Lage in Kurdistan dokumentieren wir Auszüge aus einer Stellungnahme von Abdullah Öcalan, Generalsekretär der Arbeiterpartei Kurdistans, die er gegenüber der kurdischen Nachrichtenagentur KURD-HA am 22. August 1993 abgab.



"Die Beziehungen zum Iran und Syrien

Unsere Beziehungen zu Iran, als auch zum Irak und Syrien werden verzerrt dargestellt. Es ist allen bekannt, daß unsere Aktivitäten auf den Prinzipien der Solidarität zu den Ländern des Mittleren Ostens basieren. Das gilt auch für Europa. Auch die Beziehungen zu Kaukasien, Griechenland und Zypern gründen darauf. Es ist sinnlos, das als "Abhängigkeit von außen" zu bewerten. Diese "Abhängigkeit von außen" trifft eher für den türkischen Staat und seine unterschiedlichen Regierungen zu. Es gibt keine Regierung, die mehr von außen abhängig ist, als die Regierung und der Staat der Türkei. Wenn über "Abhängigkeit von außen" geredet werden soll, dann müssen wir heute über die Türkei reden. Es ist die türkische Regierung, die das Land in eine immer größere "Abhängigkeit von außen" hineinmanövriert. Bei uns gibt es lediglich freundschaftliche Beziehungen. Das ist ein Prinzip unserer Politik. So wollen wir das im Mittleren Osten als auch auf der ganzen Welt. Grundsätzlich stützen wir uns auf unsere eigene Kraft. So ist die Realität. Wir würden es gar nicht wollen, selbst wenn sich die ganze Welt bereit erklären würde, uns sogar ein Kurdistan aufzubauen. Wir bevorzugen ein Kurdistan, das wir mit unserer eigenen Kraft aufgebaut haben. Anders gäbe es keine Freiheit und keine Unabhängigkeit. Vielmehr würde uns vieles verloren gehen. Wir sind uns dieser Realität zutiefst bewußt. Und das gilt auch für die Türkei. Ausländische Kräfte werden die Türkei nicht in die Unabhängigkeit und Demokratie entlassen, sie werden die Abhängigkeit der Türkei stärken und eine demokratische Entwicklung verhindern. Unabhängigkeit und Demokratie können nur durch die eigene Kraft und die Kämpfe der Völker selbst errungen werden.

Wir haben keine Lager im Iran

Auf dieser Ebene befinden sich die Beziehungen zum Iran. Es ist entgegen den Behauptungen nicht so, daß wir Lager im Iran haben. Und wir erhalten auch keine militärische Unterstützung vom Iran. Beides gibt es nicht. Allerdings sprechen wir über die Frage der Grenzen. Es wird allerdings schon einmal gesagt: "Nähert euch nicht der Grenze" oder: "Grenzüberschreitungen durch Euch bringen uns in Schwierigkeiten ...". So sehen unsere Beziehungen zum Iran aus.

Die Spezialkriegsarmee

Das Problem der Spezialkriegsarmee ist nicht neu. Solche speziellen Institutionen gab es auch schon früher. Das Amt für Spezialkriegsführung wurde bereits durch sein Engagement gegen die zypriotische Bevölkerung in der Türkei und die Deportationen in Zypern bekannt. Diese spezielle Institution steht hinter vielen faschistischen Morden. Wir wissen sehr gut, daß die MHP (Partei der Nationalen Bewegung) der zivile Arm dieser Armee ist. Heute wissen wir noch besser, daß die MHP, die von Türkes in Zypern aufgebaut wurde, eine Institution der Konterguerilla ist. Bereits seit den 60er Jahren wurde sie gegen die sich entwickelnden linken Strömungen eingesetzt. So gründete die Konterguerilla und Teile der Spezialkriegsarmee Vereine gegen den Kommunismus. Es waren faschistische Vereine, die gegen die Linke seit den 60er Jahren eingesetzt wurden. Durch Morde, Massaker und Desorientierung spielte diese Institution eine wichtige Rolle dabei, die türkische Linke einzuschüchtern. Es ist notwendig, daß die türkische Linke das gut begreift. Parallel mit der Entwicklung unserer Bewegung richteten sich Ende der 70er Jahre die Aktivitäten der Spezialkriegsarmee und des Krieges immer mehr gegen uns. Diese Institutionen waren es auch, die in Zypern erfolgreich waren und während der Regierung 1974 von Ecevit eine wichtige Rolle spielten. Dann wurden sie in Kurdistan eingesetzt. Bei dem Putsch am 12. September versteckten sie sich hinter einer religiösen Maske und bildeten Sekten. Die MHP zog es damals vor, sich diesen Bereichen anzuschließen, anstatt mit Parolen für die Türkei auf die Straße zu gehen. Wir wissen sehr gut, wie sie die religiösen Gefühle der Menschen in Kurdistan auszunutzen verstehen. Gemeinsam mit den Sonderkommandos aus Zypern wurden neue Spezialteams und Einheiten aufgebaut.

Warnung an die Regierung

Wir sind nicht daran interessiert, daß sich die Situation derart zuspitzt. Wenn aber die Konterguerilla ihre Grausamkeiten fortsetzt, werden wir das nicht unbeantwortet lassen. Diesbezüglich warne ich ganz ausdrücklich die Regierung, aber auch einige Journalisten und Kolumnisten. Wenn sie uns weiterhin so skrupellos angreifen werden wir uns zu wehren wissen. Die Verantwortung liegt nicht bei uns. Das sollte die Öffentlichkeit zur Kenntnis nehmen. Sie sollte sich klarmachen, daß nicht wir die Ursache für einige unerträgliche Situationen sind. Sie sollten ihre Aufmerksamkeit vielmehr

auf die Morde richten, auf die Dörfer, die in Schutt und Asche gelegt werden und darauf, daß hier eine Kultur zerstört wird. Ist das alles etwa eine Sache des Rechts? Realität ist, daß es viele Massaker an der Bevölkerung gibt und eine große Anzahl Morde angeblich unbekannter Täter. Sieht so die Anwendung des allgemeinen Rechts aus? Nun gut, wir haben es verstanden. Wir sollten getötet werden, unsere Guerilla in den Bergen sollte vernichtet werden, dafür wurden sogar chemische Waffen eingesetzt. Aber sie müssen sich darüber im Klaren sein, daß wir, wenn ihre Angriffe noch weitergehen, keine andere Möglichkeit mehr haben, als unsererseits spezielle Guerillaaktivonen dagegen zu setzen. Wenn sie die Grenzen überschreiben, dann werden auch wir bis hart an die Grenze gehen müssen. Es ist notwendig, daß die Öffentlichkeit begreift, daß nicht wir im Unrecht sind, nicht wir begehen Kriegsverbrechen. Die Öffentlichkeit sollte die Regierung dazu drängen, das internationale Kriegsrecht einzuhalten. Es ist uns wichtig, daß das internationale Kriegsrecht Anerkennung erfährt. Niemand kann behaupten, es fände hier kein Krieg statt. Wenn dies kein Krieg ist, was sollen dann alle die Panzer, die schweren Geschütze und die Kampfflugzeuge? Wenn sie sich nicht an die Kriegsregeln halten, werden wir uns auch nicht mehr daran halten.

Zukunftsperspektive

Seit dem Beginn unserer militärischen Aktivitäten am 15. August 1984 führen wir jedes Jahr neue Aktivitäten durch. Sie entwickeln sich entsprechend dem Ausmaß des Krieges und je nach Situation entscheiden wir unsere politischen und militärischen Schritte. Ohne Zweifel bestimmt die Politik der Regierungen der Türkischen Republik auch unsere Art der Politik. Das Ende des Jahres 1993 und der Beginn unserer Aktivitäten für das Jahr 1994 werden hauptsächlich durch unsere inneren Entwicklungen bestimmt werden. Unsere ideologische Linie entspricht dabei problemlos den konkreten Analysen. Besonders das gestiegene öffentliche Interesse als auch die Tatsache, daß die Regierung ohne Ausweg dasteht erfordern große Aufmerksamkeit von uns. Diese veraltete Politik zwingt uns nationale Verleugnung und Vernichtung auf und zwar mit den neuesten Methoden des Spezialkrieges. Die türkische Öffentlichkeit wird in Unkenntnis über diese Realität gehalten und durch die psychologische Kriegsführung beeinflußt. Angesichts dieser Tatsachen haben wir mit unserer Politik im Frühjahr 1993 einen möglichen Weg aufgezeigt. Mit unserer Bereitschaft zu einem Waffenstillstand haben wir erklärt, wie die Probleme auf friedliche Weise gelöst werden könnten. Aber es ist noch nicht vergessen, daß die türkische Regierung davon nichts wissen wollte. Der Staat betrachtete unser Angebot als ein Zeichen der Schwäche und wollte uns zur Kapitulation zwingen. Sie ging davon aus, daß auch wir das Schicksal aller bisherigen kurdischen Aufstände teilen würden. Die Niederlage der türkischen Armee beweist sich jedoch durch die alltägliche öffentliche Diskussion darüber, daß nun eine Spezialarmee aufgestellt werden soll. Wiederum bewies sich, daß die Regierung unfähig ist, konkret politisch zu handeln. Sie verstrickt sich immer tiefer in der Spezialkriegsführung. Diese sieht sie als ihre einzige Hoffnung, ohne daß irgendwelche Kriegsregeln anerkannt werden.
Insofern dient die neue Regierung noch mehr den Institutionen des Spezialkrieges, als die alte.
Ebenso wie die alten Regierungen der "Nationalen Front" verbirgt sich auch diese Regierung hinter den zivilfaschistischen Kreisen. In Kurdistan baut sie sogar auf die Zusammenarbeit mit den reaktionären Kollaborateuren. Die Türkei hat so gut wie keine Beziehungen mehr zu demokratischen Kreisen, die Ausbeutung der Bevölkerung wird intensiviert.
Davon ausgehend und angesichts einer solchen Regierung wird unsere Politik im Herbst und im nächsten Frühling entwickelt.

Die Regierung hat die Türkei verkauft.

Wenn wir die aktuelle Situation bewerten wollen, können wir sagen, daß sich die Türkei in einer ausweglosen Lage befindet, ohne Perspektiven. Das wird zu noch mehr Blutvergießen führen. Die Wirtschaft ist in einer Krise und geht dem Konkurs entgegen. In der Außenpolitik bewegt sich nichts. Die Politik bezüglich Kaukasiens hat keinerlei Funktion. Tatsächlich spielt die PKK hier eine Rolle. Sogar die Medien berichten darüber, daß in der Frage der Erdöllieferungen (gemeint ist Erdöl aus Aserbeidschan, d.Red.) und der Pipeline nicht mit der Türkei, sondern mit uns Verhandlungen geführt werden müssen. Und die Außenpolitik der türkischen Regierung bezüglich dem Balkan oder dem Mittleren Osten ist unrelevant. Die kurdische Frage spielt bei allem eine Schlüsselrolle. Weder mit den USA noch mit Europa macht ihre Außenpolitik Fortschritte. Wie Demirel schon sagte, solange die PKK eine Rolle spielt, werden sie Zugeständnisse machen müssen ("Der Fluch der PKK" - wie es gemeint ist, sei dahin gestellt). Diese Aussage beinhaltet viel Wahres. Es ist nicht nur so, daß sie Zugeständnisse machen müssen, sie haben die Türkei verkauft, damit die anderen Länder die PKK als "terroristisch" bezeichnen. Und alles deutet darauf hin, daß sie die Türkei auch weiterhin verkaufen, um die PKK in der ganzen Welt zu isolieren.
Aus der heutigen Lage der Türkei wird deutlich, daß dies keine Lösung darstellt. Es ist ein ernster diplomatischer Fehler, daß sie ihre Außenpolitik ausschließlich darauf beschränken, die PKK zu isolieren. Alle (Regierungen der TR) haben diesen Fehler gemacht. Und sie haben es soweit gebracht, daß sich die Türkei selber isoliert hat. Auch bei der Diplomatie stehen sie vor dem Konkurs. Allein damit, die "PKK als Fluch" zu bezeichnen, wird ihnen nicht geholfen. Die Türkei hat alles aufgegeben, nur damit die Welt die PKK als "terroristisch" bezeichnet. So eine Politik ist sehr gefährlich. Besser hätten sie stattdessen eine Bündnispolitik mit dem kurdischen Volk auf der Basis von Gleichberechtigung und Freiheit betrieben. Dann hätten sie auch eine respektable und würdigere Außenpolitik im Mittleren Osten, auf dem Balkan und im Kaukasus machen können. Aber die bisherigen Regierungen haben diese Chance verpaßt. Die Zukunft wird zeigen, wie gefährlich und destruktiv dieser Fehler war.
Alles macht deutlich, daß eine Lösung notwendig ist. Die Frage wird nicht durch die Intensivierung des Spezialkrieges beantwortet werden. Selbst wenn die PKK vernichtet würde - und das ist unmöglich - wäre die Frage nur schwer zu beantworten."

Am 4. September folgten rund 100 000 Kurdinnen und Kurden aus ganz Europa dem Aufruf zum II. Kurdistan Festival. Mit Autos, Bussen und Sonderzügen kamen sie ins Frankfurter Waldstadion, das für einen Tag im strahlenden Gelb, Grün und Rot der kurdischen Nationalfarben erstrahlte. Vor zahlreichen in- und ausländischen Gästen dokumentierte die kurdische Bevölkerung in Europa ihren Willen zur nationalen Einheit, für ihre kulturellen und politischen Rechte und für ein friedliches Zusammenleben der Völker in Unabhängigkeit und Selbstbestimmung.
Das Festival sollte von den deutschen Behörden verboten werden, bis zum 2. September war noch unklar, ob es stattfinden könne oder nicht. Grund war der Vorwurf, es handele sich nicht um ein Kulturfestival sondern um eine politische Veranstaltung, auf der Propaganda für den kurdischen Befreiungskampf zu erwarten sei. Das Festival fand dann doch statt und, wie in der Frankfurter Rundschau zu lesen war, wurde es "tatsächlich ein Kulturfestival ... nur eben ein kurdisches. Das aber ist zwangsläufig hochpolitisch." So ließen sich die zehntausenden von Teilnehmerinnen auch von dem massiv aufgetretenen Polizeiaufgebot nicht davon abhalten, Fahnen der Organisationen und Bilder derjenigen zu tragen, die an vorderster Stelle im Kampf um die Befreiung Kurdistans stehen: die PKK, ARGK und ERNK sowie die vielen Märtyrer und Märtyrerinnen, die im Kampf gefallen waren.
Widersprüchlich zeigte sich das Verhalten der Bundesregierung: während einerseits die Munition für das angestrebte Festival-Verbot von ihr als treuem Partner an der Seite des Nato-Partners Türkei geliefert wird, erteilte das Innenministerium andererseits eine Ausnahmegenehmigung zur Einreise von ca. 1500 Kurden und Kurdinnen. Sie waren aus Frankreich kommend an der Grenze festgehalten worden, weil sie nicht über die entsprechenden Papiere verfügten. Schließlich waren die Leute aus den Bussen ausgestiegen und begannen - die Autobahn vollständig blockierend - zu Fuß Richtung Frankfurt loszugehen. Daraufhin wurde die Sondergenehmigung erteilt, daß sie mit den Bussen zum Festival reisen dürften.

Neben den internationalen Politikern, die als Redner und Gäste der Einladung zum Festival gekommen waren trafen hochrangige Grüße zum Gelingen des Festivals von Politikern aus aller Welt ein:

- Helmut Kohl, Bundeskanzler Deutschlands
- Richard von Weizsäcker, Bundespräsident Deutschlands
- König Juan Carlos von Spanien
- Francoise Mitterand
- Egon Klepsch, Präsident des Europaparlaments
- Rüüd Lubbers, Ministerpräsident der Niederlande
- Carl Bildi, Ministerpräsident von Schweden
- A. Huber, Parlamentspräsident der Schweiz
- Johannes Rau, Ministerpräsident NRW
- Eberhard Diepgen, Oberbürgermeister von Berlin
- Gerhard Schröder, Ministerpräsident Niedersachsen
- Hans Dietrich Genscher, ehem. Außenminister Deutschlands
- Oskar Lafontaine, Ministerpräsident Saarland
- Hans Koschnick, stellvertr. Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses
- Erwin Teufel, Ministerpräsident Baden Württemberg
- Henning Voscherau, Oberbürgermeister Hamburg
- Manfred Stolpe, Ministerpräsident Brandenburg
- Pauline Green, Abgeordnete des Europaparlaments

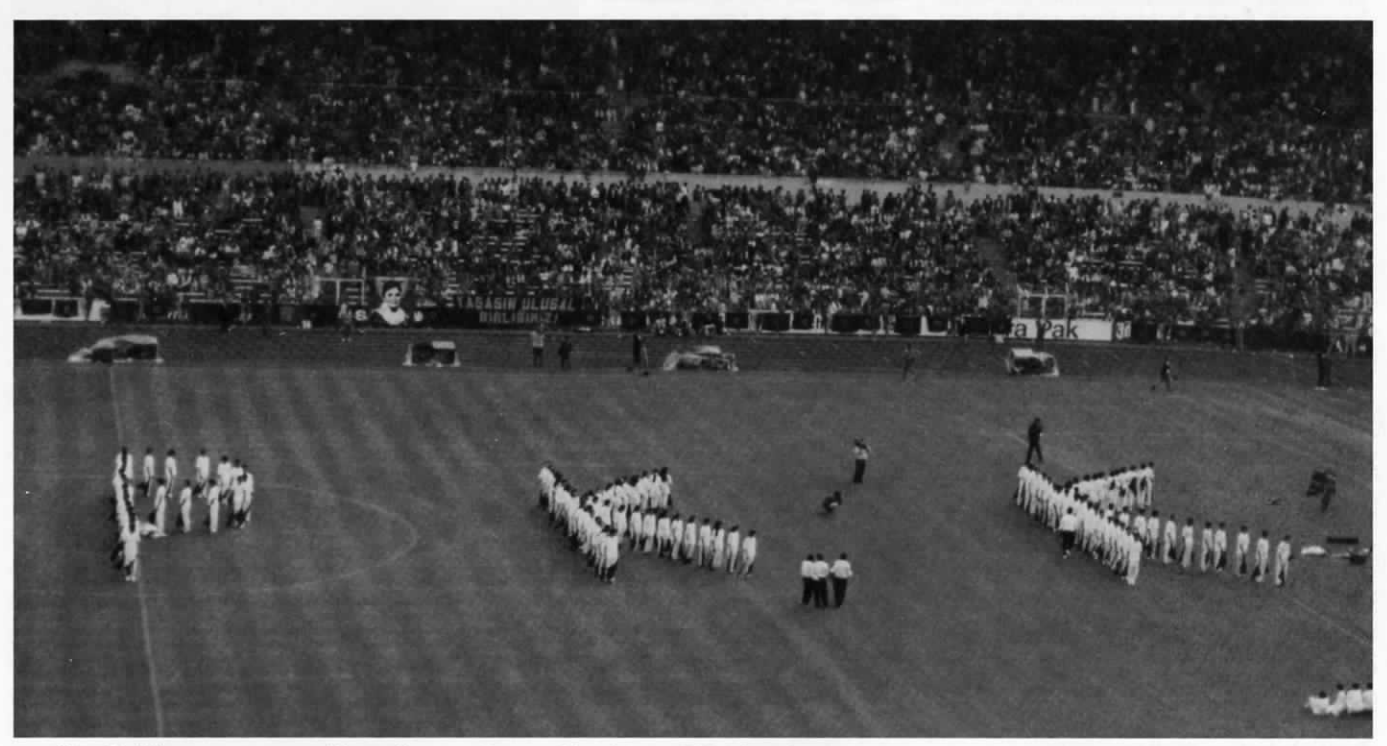
u.v.a.m.

Das Programm wurde neben den Reden und Grußworten der Gäste durch vielfältige kulturelle Beiträge gestaltet: Es traten Folkloregruppen aus Zypern, Griechenland und der Türkei neben den kurdischen Folkloregruppen auf. Koma Berxwedan und das schon bekannte Orchester Koma Berxwedan bot fortschrittliche Chor- und Orchestermusik. Aus der Türkei war - nicht ohne das die türkischen Behörden bei der Ausreise Probleme gemacht hätten - die Musikgruppe Kizilirmak gekommen und der beliebte Sänger Ferhat Tunc, bei dessen Liedern das ganze Stadion mitsang.

Mittags fand eine Pressekonferenz statt, auf der die Gastredner und Rednerinnen sowie das Vorbereitungskomitee Stellungnahmen abgaben, aus denen wir im folgenden Auszüge dokumentieren:
Mit Lord Avebury, Vorsitzender der Menschenrechtsgruppe im Britischen Parlament und Angeline Frankhauser, Mitglied im Schweizer Nationalrat führte der Kurdistan Report Interviews.

"Unsere Feste sollen Brücken bauen zwischen den Völkern!"

Auszüge aus der Pressekonferenz auf dem Internationalen Kurdistan Festival II in Frankfurt



Die Folkloregruppe von Koma Berxwedan im Frankfurter Waldstadion

Vorbereitungskomitee:

".... Wir freuen uns, daß wir das Festival trotz aller Widrigkeiten durchführen können. Im letzten Jahr haben wir am 1. August das erste Festival in Bochum veranstaltet, an dem mehr als 50 000 Menschen teilgenommen haben. Dieses Jahr .... können wir sagen, daß rund 100 000 Menschen gekommen sind. ... Wie der türkische Staat mit der Darstellung unserer Kultur verfährt, wird jüngst auch dadurch deutlich, daß die türkische Regierung die Festivals in Diyarbakir und Batman, die von der im Juli 1993 gegründeten Demokratischen Partei (DEP) durchgeführt werden sollten, von der türkischen Regierung verboten wurden.

Daß der größte Wunsch der Kurdinnen und Kurden die friedliche Lösung der Kurdenfrage ist, haben mehr als 100 000 Menschen bei der Demonstration am 29. Mai 1993 in Bonn gezeigt, die von allen kurdischen Parteien und Organisationen getragen wurde. Zur zeit stehen die Vorbereitungen derselben Gruppierungen für die Grpndung einer Einheitsfront kurz vor ihrem Abschluß. Dazu beigetragen haben die Entwicklungen um den im März d.J. einseitig von der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) verkündeten Waffenstillstand. Damit signalisierte die PKK, daß sie für die friedliche Lösung der Kurdenfrage bereit ist und in Verhandlungen mit dem türkischen Staat eintreten will. Leider wurden diese hoffnungsvollen Ansätze türkischerseits zunichte gemacht. Die neue Ministerpräsidentin, Tansu Ciller, die sich am 20./21. September zu einem Staatsbesuch in Bonn aufhalten wird, stellte stattdessen bei ihrer Reise nach Kurdistan vor kurzem fest, es existiere kein "Kurdenproblem" in der Tprkei. Ihre angekündigten Reformpläne garnierte sie damit, daß zusätzlich zu den Militärkräften eine 100 000 Mann starke "Spezialeinheit" in die kurdischen Gebiete geschickt werden soll. Damit bringt die türkische Regierung unmißverständlich zum Ausdruck, daß sie die Kurdenfrage einzig und allein mit militärischen Mitteln lösen will. ...

Im Juli d.J. wurde die Partei der Arbeit des Volkes verboten. Damit wird offenkundig, daß jeder demokratische Einsatz für die Lösung der Kurdenfrage unterbunden werden soll.

Eine wichtige Zielscheibe stellt die Presse- und Meinungsfreiheit dar. Eine kritische Pressearbeit, die staatlich gedeckten Morde, Massaker wie in Sirnak, Cizre, Cukurca, Musabey, Kulp, Varto oder Bahcesaray, Zwangsvertreibung und Dorfzerstörungen an die Öffentlichkeit bringen, soll mundtot gemacht werden .... Aber auch die Behinderung jeglicher Beschäftigung mit der kurdischen Kultur gehört zu den Unterdrückungs-Instrumentarien des türkischen Staates. Und dies in einer zeit, in der sich das kurdische Volk mutig zu seiner Identität bekennt. Die

Angriffe gegen den Mesopotamischen Kulturverein, der sich mit der kurdischen Kultur beschäftigt, und gegen das Kurdische Instiut, in dem Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen sich mit der Geschichte und Kultur wie Sprache, Musik, Folklore, Sitten und Gebräuche des kurdischen Volkes wissenschaftlich erforschen wollen - beide in Istanbul - reißen nicht ab. Ihre Arbeit wird derart behindert, so daß eine sinnvolle Arbeit bis heute nicht möglich ist. Es ist ihnen sogar untersagt, Schilder am Eingang der Instiutionen anzubringen.

Abgeschirmt durch eine strenge Pressezensur und von der Weltöffentlichkeit kaum beachtet, spielt sich in den kurdischen Gebieten eine Tragödie ab. Die Türkei strebt die "endgültige Lösung" der Kurdenfrage mit allen ihr zur Verfügung stehenden militärischen Mitteln an. Nach der 1948 verabschiedeten "Konvention zur Verhütung und Bestrafung des Völkermords" bedeutet Völkermord Handlungen, die in der Absicht begangen werden, eine nationale, ethnische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören". Nach dieser Definition begeht die Türkei Völkermord am kurdischen Volk. ....."

Hugo von Rompaey, Abgeordneter des belgischen Parlaments:

"Meine Damen und Herren, ich bin mit dem Ziel hierhergekommen, die Kurden zu unterstützen. Unter keinen Umständen akzeptiere ich die Politik, die die Türkei gegen die Kurden verfolgt. Dieses Festival bedeutet für mich einen Kampf ohne Gewalt gegen die Militärgewalt des türkischen Staates ... mein Anliegen ist es, die Intressen der Völker zu unterstützen. Wir müssen die Menschenrechte grundsätzlich vor die militärisch-wirtschaftlichen Interessen setzen. Diese Menschenrechte beinhalten das Recht auf die Freiheit der Völker ... Ich bin nicht gegen das türkische Volk, sondern gegen das türkische Regime. Die offizielle Politik der türkischen Republik seit 1925 geht von einer Nation und einer Rasse aus. Die Türkei führt gegen die Kurden eine solche Politik. Ich bin in Kurdistan gewesen und habe die Bevölkerung im Widerstand miterlebt. Wenn ich die Menschen hier so ansehe, fühle ich mich wieder in Kurdistan."

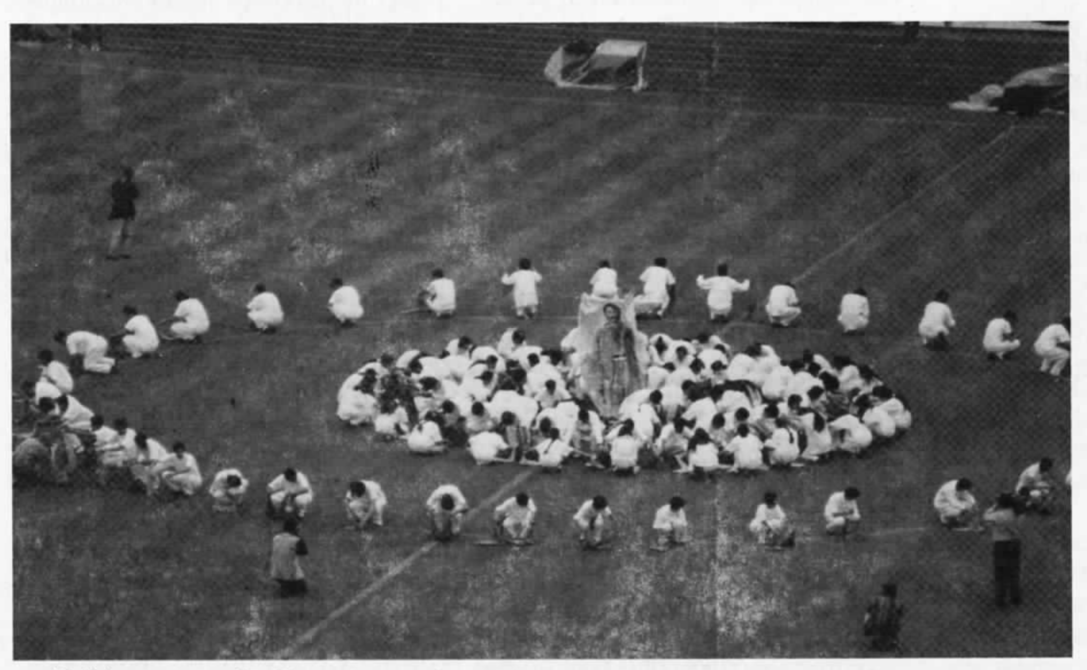
Mahmut Kilic, DEP, Mitglied des türkischen Parlaments

"... unsere Partei hat immer wieder darauf hingewiesen, daß die Demokratie in der Türkei installiert werden müßte, daß die kurdische Bevölkerung ihre nationalen Werte frei äußern können müßte und daß die kurdische Bevölkerung ihre freie Selbstbestimmung in die Hand nehmen können müßte ... Stellen Sie sich ein Land vor, in dem ein Volk von 20 Millionen lebt, welches in seiner eigenen Muttersprache weder eine Fernsehsendung noch Radiosendungen hat und auch keinerlei Institutionen zur Verfügung hat. Man sagt, (die Türkei) sei eine Demokratie. Aber es ist keine Demokratie ... Wir wollen eine freie Türkei. Wir wollen eine Türkei, in der die Demokratie aufgebaut wird. natürlich wollen wir eine Türkei, in der die Völker auf gleichberechtigter Basis und brüderlich miteinander leben. Das ist natürlich zu allererst eine Frage für das kurdische Volk und das türkische Volk. Es ist aber auch eine Frage für die europäischen Staaten. Europa muß sich mit diesem Problem auf demokratischer Grundlage befassen und sich intensiv damit auseinandersetzen.

Frage :
Sie haben am 30. Juli mit Ihrer Partei einen Friedensaufruf veröffentlicht. Welche Reaktionen hat es bisher darauf gegeben? Gab es auch Reaktionen aus dem Ausland?

Mahmut Kilic:
Die Flugblätter und die Plakate, die wir gedruckt haben, um die Friedenskampagne bekannt zu machen, wurden vom Staat verboten und beschlagnahmt. Auf den Flugblättern stand nur: Laßt uns zusammen für Frieden und Demokratie eintreten. In Urfa und Adana wollten wir Versammlungen durchführen, aber das wurde verboten. In Batman und Diyarbakir wollten wir kulturelle Festivals durchführen, aber auch das wurde verboten. Das sind die Reaktionen, die wir in unserem Land bekommen haben.

Einige kleine, demokratische Organisationen haben sich der Kampagne angeschlossen und es gibt natürlich Reaktionen der Menschenrechtsvereine. Auch die Sozialistische Einheitspartei hat uns geantwortet und die Arbeiterpartei. Sie haben uns mitgeteilt, daß sie einen Zusammenschluß der politischen Kräfte anstreben und die Kampagne



Folkloregruppe der Koma Berxwedan, Waldstadion am 4. September 1993


Hans Branscheid (links) bei seiner Rede im Frankfurter Waldstadion, Übersetzer

unterstützen. Andere Reaktionen gibt es nicht.

Hans Branscheidt, medico international

"Meine Damen und Herren, Sie sind von der internationalen Presse, von der deutschen Presse und Sie werden sich gemeinsam mit mir daran erinnern können, was vor zehn Jahren stattfand, in einem Land des Mittleren Ostens. Dort wurden Hunderte, Tausende von Dörfern zerstört, dort wurde Giftgas eingesetzt. Und das Dritte, was zu nennen wäre und woran zu erinnern ist, ist eine nachweisbare deutsche Beteiligung an dem ganzen. Sie wissen, das war der Irak. Diese drei katastrophalen Ereignisse in diesem Land können Sie ohne weiteres übertragen, ohne daß man einen allzu fahrlässigen Vergleich wählt, auf die Situation in Kurdistan, dem kurdischen Staatsgebiet der Türkei. Dort sind Hunderte von Dörfern zerstört worden. Wir wissen aus neuester zeit, von vor ganz wenigen Tagen, daß am Nurhak-Berg in der Gegend von Maras wahrscheinlich toxische Kampfstoffe eingesetzt worden sind. Wir werden mit anderen zusammen die Beweise erbringen. ... Und auch das Dritte, was ich Ihnen sagte, über das Land von 1983/84, den Irak, können Sie übertragen. Wir wissen um die wesentlichen deutschen Waffenlieferungen an die Türkei, um die Rüstungssonderhaushalte. Und wenn Sie den Generalinspekteur der Bundeswehr Herrn Naumann vor ebenfalls ganz kurzer Zeit gehört haben, dann hat er offen und ungeschminkt gesagt, wörtlich, daß er nicht nur davon ausgeht, daß die Waffen gegen die kurdische Zivilbevölkerung eingesetzt werden, sondern daß er auch in der Lage ist, dies zu verteidigen und zu rechtfertigen. Für Sie als Vertreter der Presse kommt allerdings noch ein vierter Grund hinzu, ... nämlich die Tatsache, daß sehr viele Ihrer Berufskollegen in der Türkei ermordet worden sind und ermordet werden. wesentlich kurdische Jurnalistinnen und Journalisten, ... und daß das geplante Verbot der Zeitung Özgür Gündem bevorsteht, wenn wir nicht endlich, auch Sie, dazu übergehen, der Tükrei, der Regierung in Ankara, ein deutliches demokratisches Veto entgegenzusetzen. Ich meine, diese türkische Regierung gehört vor ein internationales Tribunal, weil es Kriegsverbrechen sind, die sie begeht. Das wäre ein Tribunal vielleicht ähnlich den bisherigen Russel-Tribunale. .... Es gibt noch einen zweiten Punkt, der ebenfalls zu berücksichtigen ist, wenn Sie bereits sind, meinen Erinnerungen zu folgen, nämlich daß auch die Bundesregierung angeklagt gehört und deswegen auch von uns und anderen angezeigt wurde. Was sie getan hat, ... ist ein Verstoß gegen den § 220a des Strafgesetzbuches, indem sie mindestens Beihilfe an diesem Völkermord geleistet hat und weiterhin leistet. ..."

Im Anschluß an die Beiträge der Gäste wurden einige Fragen gestellt:

Frage:
"Ist es nicht ein Widerspruch, wenn hier gefeiert wird und dort in Kurdistan täglich viele Menschen festgenommen, gefoltert und ermordet werden?"

Vorbereitungskomitee:
"... Die Aktionen des kurdischen Volkes hier in Europa geben dem kurdischen Volk in Kurdistan moralische Unterstützung und sie tragen auch zur Einheit des kurdischen Volkes bei. Das kurdische Volk läuft an der Mauer der Unabhängigkeit hoch. Das Kurdistan-Festival heute ist ein Ausdruck der

---

Auszüge aus den behördlichen Auflagen der Stadt Frankfurt zur Durchführung des Kurdistan - Festivals II:

"Verfügung:
Für die Durchführung des für Samstag, den 4.9.1993 ... angemeldeten Festivals werden Ihnen gemäß § 15, Abs.1 des Versammlungsgesetzes ... folgende Auflagen erteilt:

Auflagen:
1. Der Veranstalter darf keine Reden zulassen, die zu Gewalt aufrufen oder mit denen Gewaltanwendung als Mittel zur Durchführung politischer, religiöser oder sonstiger Belange öffentlich unterstützt, befürwortet oder hervorzurufen bezweckt wird oder geeignet ist.
Das gleiche gilt für Reden, mit denen Verständnis für derartige Gewaltanwendung geweckt wird oder werden soll.
2. Der Veranstalter darf keine Reden zulassen, mit denen Vereinigungen, politische Bewegungen oder Gruppen innerhalb oder außerhalb des Bundesgebietes unterstützt werden, die im Bundesgebiet Anschläge auf Personen oder Sachen oder außerhalb des Bundesgebiets Anschläge gegen Deutsche oder deutsche Einrichtungen veranlaßt, befürwortet oder angedroht haben.
3. Es darf weder durch Wortbeiträge, schriftliche Verlautbarungen oder sonstige Medien (insbesondere Filme, Videofilme) Werbung für die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) sowie die ERNK oder die ARGK gemacht werden.
4. Es dürfen keine Reden von Vertretern oder Vertreterinnen der in Auflage3 genannten Organisationen gehalten werden.
5. Der Veranstalter hat alle Redner und Rednerinnen vor Beginn der Veranstaltung auf die vorstehenden Auflagen gem. Ziffer 1-3 ausdrücklich hinzuweisen ..

Hinweis:
... Außerdem wird darauf hingewiesen, daß die zuständigen Polizeibeamten an Ort und Stelle befugt sind, weitere Verfügungen im Hinblick auf die von Ihnen angemeldete Kundgebung zu erlassen. ... Darüberhinaus wird auf die Einhaltung des § 37 des Ausländergesetzes hingewiesen. ... "

Liebe zur Freiheit ... Frankfurt erlebt heute einen sehr würdevollen Tag. Denn Frankfurt umarmt heute ein Volk, welches für Freiheit und Unabhängigkeit Widerstand leistet ...".

Frage:
"Bei dem Gaza-Jericho-Abkommen jetzt zwischen Israel und der PLO hat die USA eine wichtige Vermittlerrolle gespielt? Wen stellen sich die Kurden als Vermittler zwischen sich und dem türkischen Staat vor?

Vorbereitungskomitee:
" Am besten löst ein Volk seine Fragen selber und kein anderer Staat. ... Bis jetzt haben die Völker in Europa, man kann sagen in der ganzen Welt, keine Sensibilität für unser anliegen gezeigt. Im Gegenteil, sie haben uns Hindernisse in den Weg gestellt. Anstatt Lösungen anzustreben, werden ausweglose Situationen geschaffen. Tausende von Demonstrationen und Festen wurden als "terroristisch" bezeichnet. Aus diesem Grunde möchten wir einen Aufruf an sie richten: Bitte schafft Wege zur Lösung ....

Deutschland hat bis jetzt eine negative Rolle gespielt. Sowohl auf militärischer, politischer als auch auf ökonomischer Ebene. Dies dauert noch an. Die BRD macht sich zum Werkzeug in diesem Spezialkrieg, der von der türkischen Seite entwickelt und geführt wird. Leider hat sie auch versucht, unser Fest heute zu verhindern. Wir haben Dutzende von Problemen gehabt. Ich kann Ihnen sagen, daß Hunderte, ja Tausende von Polizeibeamten um uns herum sind. Ich würde danken, wenn sie zu unserem Schutz da wären, aber sogar unsere Gäste werden gestört. ...

Ich glaube nicht, daß die deutsche Regierung einen richtigen Weg eingeschlagen hat. Wir möchten freundschaftliche Beziheungen. Unsere Feste, wie dieses hier, dienen dazu, Brücken zu den Völkern, insbesondere zum deutschen Volk zu schlagen. Wir geben uns mit allen erdenklichen Mittel Mühe, das ist ein Prinzip von uns. Sie haben hier sogar das Fesstival vor Gericht gebracht. Das ist ein sehr ausgeklügelter diplomatischer Schachzug ... damit signalisieren sie (gegenüber der Türkei): "Wir behindern die PKK, das ist eine Geste unserer Freundschaft ...".

Interview mit Angeline Frankhauser (Abgeordnete im Schweiz Nationalrat)

Kurdistan Report:
Frau Frankhauser, Sie sind heute hier als Gast auf diesem Kurdistan-Festival II im Frankfurter Waldstadion. Ihr Engagement für die kurdische Bewegung ist uns auch schon bekannt geworden. Wie schätzen Sie die aktuelle Situation in Kurdistan ein?

Angeline Frankhauser:
Im Moment glaube ich, daß das Ganze eine Art Gradwanderung ist zwischen neue Friedensprozesse zu wagen und bei der anhaltenden Konfrontation zu bleiben. Mein Engagement heute ist ganz klar ein Schritt in Richtung Dialogbereitschaft, Friedensbemühungen, Unterbrechung der Spirale der Gewalt.

Kurdistan Report:
Welche Rolle können Sie denn in diesen Bemühungen übernehmen? Ist es Ihnen möglich, Gespräche zu vermitteln?

Angeline Frankhauser:
Wenn man oder frau sehr vorsichtig vorgeht und sich keine Illusion darüber macht, was möglich ist, kann auf Gesprächsebene schon etwas erreicht werden. Ich glaube, daß man auch die Problematik sehen muß: In Kurdistan werden täglich Leute umgebracht, Leute werden vertrieben, Dörfer werden vernichtet und Europa nimmt kaum Kenntnis davon, unternimmt nichts dagegen, obwohl man es weiß. Man schafft sogar die Asylbewerberinnen und Asylbewerber raus und schickt sie zurück in dieser Situation. Ich werde nicht aufhören, das zu sagen. Auch wenn sie z.B. diese Touristen befreien, haben wir noch nichts erreicht, noch gar nichts gegen die Gefährdung der Leute, die dort leben und weiter kämpfen.

Kurdistan Report:
Sie haben gerade die Touristen angesprochen - es ist ja von der kurdischen Bewegung immer wieder dazu aufgerufen worden, dort keinen Urlaub zu ma-



chen, wie denken Sie denn darüber?
Angeline Frankhauser:
Ich teile die Einschätzung des kurdischen Volkes, daß jede Mark oder bei uns sind es Franken, die in den Tourismus in der Türkei investiert wird, zum größten Teil benutzt wird, um gegen die Kurden zu kämpfen. Das ist eine wirtschaftliche Angelegenheit und zuvorderst auch eine moralische Frage. Kann man in einem Land sich erholen, Urlaub machen wo man weiß, daß Leute erniedrigt und unterdrückt werden. Aber die andere Frage ist schon, daß ich glaube, daß es gefährlich ist im Moment, als Tourist sich in der Türkei zu bewegen und daß sie gut beraten werden, wenn sie woanders ihre Ferien machen.

Kurdistan Report:
Dieses Festival findet heute in der Bundesrepublik statt, hier in Frankfurt und es hat einige Probleme mit der Genehmigung gegeben. Was denken Sie, welche Rolle die Bundesregierung von Deutschland in der Auseinandersetzung zwischen der Türkei und der kurdischen Bewegung spielt?

Angeline Frankhauser:
Es steht mir als Schweizerin nicht zu die Regierung zu qualifizieren. Ich denke nur, daß es trotzdem schön ist, daß dieses Festival stattfinden kann und daß ich sehr hoffe, daß alle das benutzen werden, um die Friedensbemühungen voranzutreiben. Und ich hoffe auch sehr, daß die europäischen Länder untereinander sich auf richtige Schritte verständigen können, damit die Türkei eine friedliche Lösung erlebt.

Kurdistan Report:
Vielen Dank!

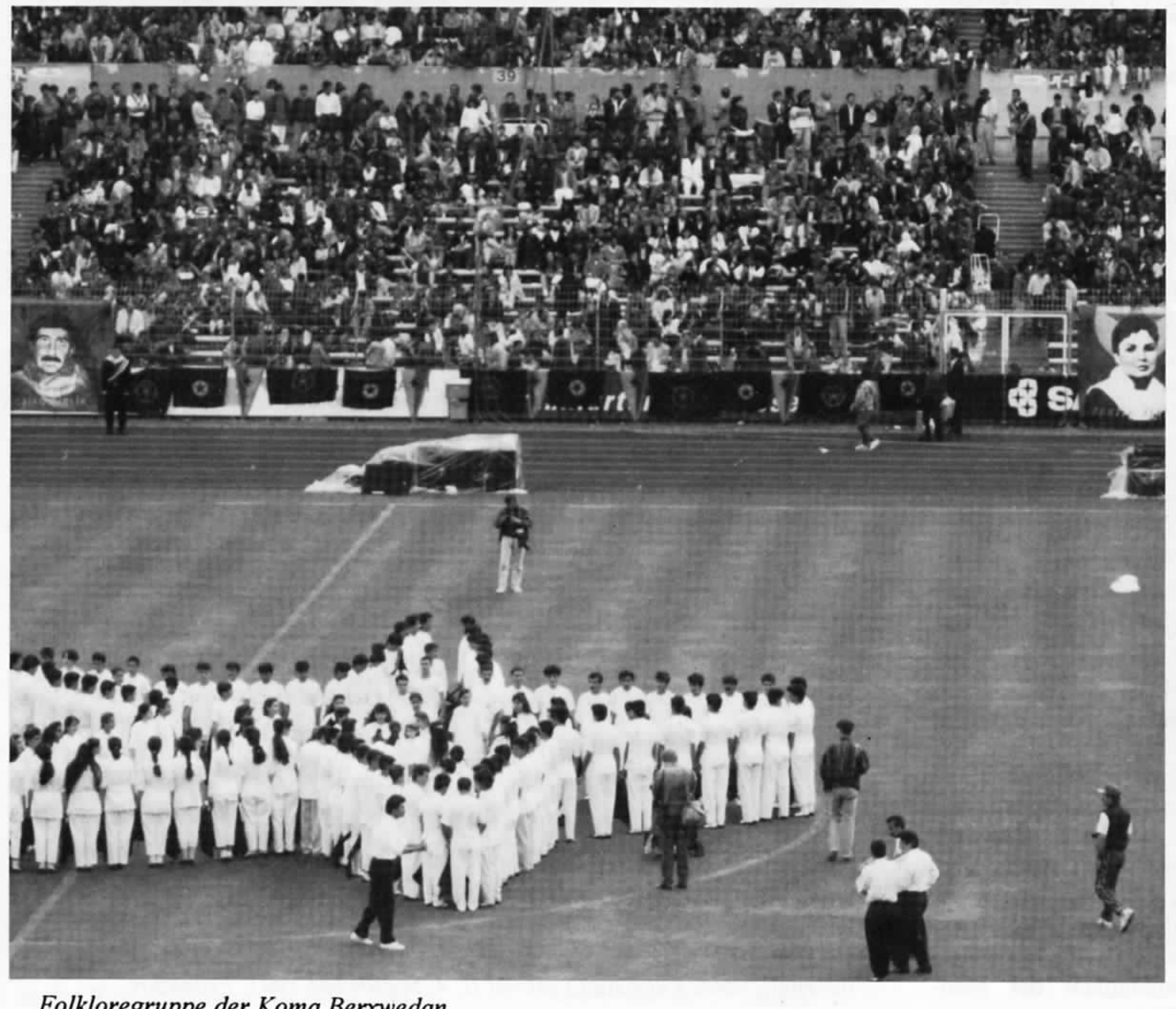
Fragen an vier Vertreter der deutschen Solidaritätsbewegung

Kurdistan Report:
Du kommst aus Hamburg vom Komitee gegen den Imperialistischen Krieg, bist Gewerkschafter und bist mit einigen Freunden heute auf das Kurdistan Festival nach Frankfurt gekommen. Was ist der Grund, warum Du hierher gekommen bist?

1. Vertreter vom Komitee gegen den imperialistischen Krieg Hamburg:
Vom Komitee aus machen wir seitdem das Komitee besteht, viel Arbeit zu Kurdistan, aus einem solidarischen Verhältnis heraus. Weil nämlich der Befreiungskampf in Kurdistan ein gutes Beispiel für den revolutionären Kampf weltweit gegen den Imperialismus ist. Insbesondere auch gegen den BRD-Imperialismus, der für uns ja eigentlich der Anknüpfungspunkt ist bezüglich der Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf.

Kurdistan Report:
Du kommst auch vom Komitee gegen den Imperialistischen Krieg in Hamburg und der Freund hat gerade gesagt, daß der kurdische Kampf auch ein Anküpfungspunkt für die Arbeit hier sein kann. Wie kannst Du Dir das vorstellen? Die Unterstützung der deutschen Bevölkerung und auch der deutschen Linken ist doch eigentlich eher gering?

2. Vertreter vom Komitee gegen den imperialistischen Krieg Hamburg:
Der Anknüpfungspunkt ist sicher der, daß immer wieder aufgedeckt wird, auf welche Art und Weise und ganz konkret auch der deutsche Imperialismus im Krieg des türkischen Regimes gegen den kurdischen Befreiungskampf verstrickt ist. Darüber, wie es passiert, über ganz klare Fakten, wie deutsche Waffen eingesetzt werden, wie mit Ausbildungshilfe, mit finanzieller Hilfe der türkische Staat in diesem Krieg gegen Kurdistan, gegen das kurdische Volk unterstützt wird, das müssen wir hier immer wieder deutlich machen. Und das sind auch Themen, die nicht nur Leute bewegen sollte, die



Folkloregruppe der Koma Berxwedan

ohnehin schon mit einem revolutionären Anspruch Politik machen.

Kurdistan Report:
Es gibt eine Initiative, um das noch mehr bekannt zu machen, es gibt eine Anzeige wegen Beiteiligung am Völkermord gegen die Bundesregierung und staatliche deutsche Stellen, die diesen Völkermord in Kurdistan durch Waffenlieferungen unterstützen. Was kann denn da die Rolle der deutschen Öffentlichkeit, der deutschen Linken sein?

1. Vertreter der Freunde des kurdischen Volkes Hamburg:
Wichtig wäre, daß diese Anzeige unterstützt wird. Voraussetzung wäre, daß sie bekannt gemacht wird. Es gibt dazu eine Broschüre, es sollen Veranstaltungen stattfinden und ich denke, das ist der richtige Weg, um diese Anzeige bekannt zu machen und vor allen Dingen die Hintergründe, die dazu geführt haben.

Kurdistan Report:
Als Ihr heute Morgen in dieses Stadion kamt, da waren ja schon Massen von Leuten - was denkt Ihr denn so, wenn Ihr diese vielen Menschen seht, die trotz der Androhung, daß das Festival verboten werden sollte, sich auf den Weg gemacht haben?

2. Vertreter der Freunde des kurdischen Volkes Hamburg:
Diese Massen - und das sind ja vor allen Dingen Menschen aus Kurdistan, Männer, Frauen und Kinder, die viel in den kurdischen Nationalfarben gekleidet sind, drücken für mich die Verbundenheit aus, die die vielen hunderttausende von Kurden, die auch hier in der BRD leben und im anderen westeuropäischen Ausland mit ihrer Heimat haben. Das ist einfach ein Ausdruck der Verbundenheit mit dem Befreiungskampf in Kurdistan, dem Kampf um Selbstbestimmung in Kurdistan, der für viele Menschen, die ja auch gezwungen sind, hier in der BRD zu leben, auch eine Rückkehr in ihre Heimat bedeuten könnte, die im Moment halt vom türkischen Staat besetzt ist. Es gibt Unterdrückung dort, jeden Tag Morde, Dörfer, die entvölkert werden, Flüchtlingsströme in die Städte. Für mich ist das Festival heute ein Ausdruck der Verbundenheit der Menschen mit ihrer Heimat.

Gespräch mit Terttu Ahokas, Vertreterin der Gesellschaft für die finnisch-kurdische Völkerfreundschaft:

Kurdistan Report:
Können Sie uns über Ihre Gesellschaft berichten, welche Art von Arbeit macht Ihre Gesellschaft, welche Projekte gibt es von Ihnen?

Terttu Ahokas:
Unsere Gesellschaft versucht allen Kurden zu helfen, egal ob sie im Iran, im Irak, in Syrien oder in der Türkei leben. Wir sammeln Informationen über die Situationen der Kurden in Europa, in vielen anderen Ländern, auch über die Kurden in der ehemaligen Sowjetunion. Wir haben Kontakte zu verschiedenen Organisationen in allen diesen Ländern. Wir haben verschiedene Projekte, vor allem, um Kindern zu helfen. Viele haben ihre Eltern verloren und wir sammeln Informationen über ihre Situation, die wir an die Presse weitergeben. Wir machen Druck auf unsere Regierung, um diesbezüglich zu helfen. Wir haben enge Kontakte zur Friedensbewegung, zu den Kirchen und zu den nicht-staatlichen Organisationen. Wir denken, daß diese Kontakte wichtig sind, damit alle, die wirklich helfen wollen, selbst entscheiden können, wie sie das wollen.

Kurdistan Report:
Wie ist es zur Gründung Ihrer Gesellschaft gekommen? Gibt es in Finnland viele Kurden?

Terttu Ahokas:
Bei uns gibt es nur sehr wenige Kurden, vielleicht nur 800 und sie leben in unterschiedlichen Teilen Finnlands. Vielleicht liegt es mehr an der finnischen Tradition der Freundschaftsgesellschaften, die es gibt und an der starken Friedensbewegung. Durch ihre Aktivitäten, vor allem während des Golfkrieges 1991, ist unsere Gesellschaft entstanden.

Kurdistan Report:
Welche Menschen schließen sich Ihrer Gesellschaft an? Ältere Menschen, jüngere Menschen, Frauen?

Terttu Ahokas:
Weil wir sehr viel für Kinder machen, ist es eigentlich klar, daß sich viele Frauen an unseren Aktivitäten



Internationales Kurdistan Festival II, 4. September 1993, Frankfurt



Die kurdische Bewegung ....

beteiligen. Es gibt aber auch Journalisten, die mit uns arbeiten.

Kurdistan Report:
Die aktuelle Situation in Kurdistan ist sehr schwer, es herrscht Krieg. Wie könnte sich Ihrer Meinung nach die finnische Regierung und vor allem die finnische Öffentlichkeit für eine Lösung der kurdischen Frage einsetzen?

Terttu Ahokas:
Ich bin der Meinung, daß wir die Arbeit der Basisinitiativen und solcher Gesellschaft wie der unseren mit der Politik der staatlichen Vertreter hier, aber auch in internationalen Foren verbinden müssen. In der Menschenrechtsgruppe im finnischen Parlament sind mehr als 100 Personen. Es gibt eine Gruppe von Kurden, die mit ihnen zusammenarbeitet. Sie sind sehr aktiv, zweimal waren sie mit Delegationen in Kurdistan, im irakischen und im türkischen Teil. An diesen Delegationen haben sich auch nicht-staatliche Organisationen beteiligt und auch unsere Gesellschaft. Ich denke das Wichtigste ist, daß die westlichen Länder ihre politischen und ökonomischen Verbindungen mit der türkischen Regierung nicht aufgeben wollen. Ich bin überzeugt, daß jede dieser Regierungen, jeder Parlamentarier weiß, wie schlimm es in der Türkei ist. Aber alle diese Länder sind auch an dem Krieg beteiligt. Es gibt auch den Beschluß des Europaparlaments zur kurdischen Frage. Sie lügen, wenn sie sagen, sie wüßten von nichts. Ich glaube, die einzige Möglichkeit für ein neues Waffenstillstandsabkommen ist ein gemeinsames Vorgehen der europäischen Staaten. Aber über die Interessen der europäischen Staaten hinaus gibt es noch die Interessen der USA. Sie wollen ihren Einfluß in der Region sichern. Wichtig sind da vor allem auch die Staaten der ehemaligen UdSSR, es ist eine globale politisch-ökonomische Frage. Ich glaube, die einzige Möglichkeit, die es gibt, ist, den Kampf des kurdischen Volkes zu unterstützen und Druck auf die türkische Regierung auszuüben, endlich Verhandlungen zu beginnen.
Das Finnische Rote Kreuz war von einer IHD-Delegation, die bei uns war, um Vermittlung gebeten worden. Aber das Problem ist, die türkische Regierung ist nicht bereit, sich an einen runden Tisch zu setzen. Wenn sie nicht davon abrücken zu sagen, die Kurden seien Banditen, Terroristen - wie soll ein gleichberechtigtes Gespräch möglich sein? Deshalb sah der Vertreter des Finnischen Roten Kreuzes keine Möglichkeit, zu vermitteln.

Kurdistan Report:
Viele Europäer fahren in die Türkei, auch in den kurdischen Teil, um dort Urlaub zu machen. Was denken Sie darüber?

Terttu Ahokas:
Ich denke, es ist westeuropäischer Egoismus - die wollen überallhin, wo es Sonne gibt und Strand. Sie denken nicht darüber nach, daß in dem Land die Menschen unterdrückt werden. Wir haben in Finnland eine Kampagne gestartet, mit der wir den Tourismus in der Türkei verurteilen. Wir verteilen Flugblätter auf denen steht: "Fahrt nicht in die Türkei, dort gibt es Völkermord". Es gibt auch eine Jugendgruppe in unserer Gesellschaft, die verteilt immer diese Flugblätter auf ihren Festen und Veranstaltungen und sie sammeln auch Unterschriften dafür. Die Leute sind über diese Kampagne schon erbost, denn sie wollen in die Türkei fahren, weil es billig ist, weil dort die Sonne scheint. Aber ich glaube schon, daß viele Leute in Finnland heute wissen, was in der Türkei passiert. In den vergangenen Jahren sind immer sehr viele Leute dorthin gefahren, aber in diesem Jahr sind mehr nach Spanien und Griechenland gefahren.
Wir stellen aber auch fest, daß es vor einigen Jahren leichter war, mit den Menschen über solche politischen Fragen zu sprechen.

Kurdistan Report:
Ist Ihr Besuch heute auf dem Kurdistan Festival in Frankfurt das erste Mal, daß Sie an einem solchen Festival teilnehmen? Und was denken Sie über die vielen Menschen, die heute hierher gekommen sind?

Terttu Ahokas:
Das kurdische Volk kämpft um seine nationale Würde und für nationale Unabhängigkeit. Das drückt sich auch in der Kultur, den Liedern, den Tänzen aus. Dieses Festival ist sehr friedlich, sehr schön.



... vereint das ganze Volk!

Gespräch mit Lord Avebury, Vorsitzender der Menschenrechtsgruppe im britischen Parlament

Kurdistan Report:
Besonders während des vergangenen Jahres haben Sie sich sehr stark für die kurdische Frage eingesetzt, wie ist es dazu gekommen?

Lord Avebury:
Im britischen Parlament bin ich Vorsitzender der Menschenrechtsgruppe. Wir sind zunehmend zu der Ansicht gekommen, daß die Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Grund für die Verletzung vieler weiterer Menschenrechte darstellt. Wie es der ehemalige Beauftragte der UN für Fragen des Selbstbestimmungsrechts einmal ausgedrückt hat: Das Recht auf Selbstbestimmung ist eine grundlegende Voraussetzung für die Existenz von allen anderen Menschenrechten und -freiheiten. Damit meinte er, wenn man nicht das Recht hat, seine eigenen politischen Angelegenheiten zu kontrollieren, gibt es keine Sicherheit für das Recht auf Leben, für das Recht, frei von Folter zu sein, das Recht der freien Rede und all die anderen Rechte, die in der Charta der Menschenrechte aufgelistet sind. Und deshalb haben wir uns in der Menschenrechtsgruppe und ich besonders, weil ich der Vorsitzende bin, mit der Frage des Selbstbestimmungsrechts oder vielmehr mit der Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts beschäftigt. Und das ist der Grund und die Hauptursache für die Menschenrechtsverletzungen in irakisch und türkisch Kurdistan.

Kurdistan Report:
Sie haben verschiedene Reisen durch den türkischen Teil Kurdistans unternommen, welche Erfahrungen haben Sie dort gemacht?

Lord Avebury:
Im Jahr 1992 war ich zweimal dort. Einmal war nach Newroz, als bei einer friedlichen Demonstration eine große Zahl von Menschen getötet worden waren. Im September war ich erneut in Kurdistan. Damals besuchte ich die Stadt Sirnak, die durch Bombardierungen völlig zerstört worden war. Ich habe mit den Menschen gesprochen, die damals gezwungen worden waren, ihre Häuser zu verlassen. Fünf von sechs Leuten mußten Zuflucht in den Nachbarorten suchen, in den umliegenden Dörfern oder auch in der offenen Landschaft, wo wir sie in Lagern besuchten. Wir haben viele dieser Menschen befragt, wir haben die Opfer der Bombardierungen gesehen, die wir in Krankenhäusern besuchten. Wir haben auch mit Leuten gesprochen, deren Angehörige oder enge Freunde inhaftiert und gefoltert worden waren. Wir haben mit den leitenden Herausgebern und Journalisten von Özgür Gündem gesprochen, die besonders von den ansteigenden Angriffen auf die Presse in der Türkei betroffen sind. Das Ausmaß der Verletzung der Pressefreiheit geht mittlerweile soweit, daß Menschen, die Dinge schreiben, die der türkische Staat nicht hören will, ermordet werden. Das alles hat mir aus erster Hand Eindrücke über die Probleme vermittelt, mit denen wir in Kurdistan konfrontiert sind. Allerdings würde ich nicht sagen, daß diese zwei kurzen Besuche dort mir die Möglichkeit geben würden, Lösungen für das Problem zu nennen. Ich bin auch noch nicht in der Frage weitergekommen, welches die Inhalte einer solchen Lösung sein könnten. Ich habe zwar einige Vorstellungen darüber, aber ich glaube nicht, daß diese zwei kurzen Besuche mir ein besonderes Recht verleihen, Ideen zu äußern, die darüber hinausgehen.

Kurdistan Report:
Während des Waffenstillstands im Frühjahr haben Sie sich in einigen Briefen an den türkischen Ministerpräsidenten sehr für eine Verhandlungslösung eingesetzt. Haben Sie Antworten auf Ihre Schreiben erhalten?

Lord Avebury:
Ja, ich habe dreimal an Herrn Demirel geschrieben. Und als Demirel in England war und einige Gespräche mit Abgeordneten dort führte mußte er auch reagieren, als ich ihn ansprach. Ich fragte ihn, ob es nicht besser für die Türkei wäre, einen Dialog mit den gewählten Abgeordneten aufzunehmen, die das kurdische Volk repräsentieren, als Städte zu bombardieren und unschuldige Demonstranten zu erschießen. Er unterbrach mich und sagte: "Wir verhandeln nicht mit Terroristen." Daraufhin sagte ich: "Ich habe nicht vorgeschlagen, daß Sie sofort mit der PKK verhandeln sollen - ich nehme jedenfalls an, daß Sie die PKK meinen, mit dem was Sie gesagt haben. Nein, ich habe vorgeschlagen, daß Sie sich mit den gewählten Abgeordneten Ihres Parlaments zusammensetzen und über Lösungsmöglichkeiten sprechen ...". Er unterbrach mich wieder und sagte: "Ich werde in keiner Weise mit Terroristen diskutieren." Es war also unmöglich, ein offenes Gespräch mit ihm zu führen. Danach habe ich ihm geschrieben und versucht, die Mißverständnisse aufzuklären. Ich betonte die Möglichkeit, daß der Konflikt und die Gewalt beendet werden könnten, indem friedliche, politische Maßnahmen ergriffen würden. Darauf hat er nicht geantwortet. Das war kurz nachdem er in die Türkei zurückgekehrt war. Ich habe ihm ein zweites Mal geschrieben, kurz nachdem der Waffenstillstand begonnen hatte. Und dann, kurz bevor der Waffenstillstand aufgehoben wurde, habe ich ihm erneut geschrieben. Ich brachte zum Ausdruck, falls keine politische Initiative auf den

Waffenstillstand erfolgen würde, werde eine großartige Möglichkeit für die Lösung dieses Problems auf politischem Wege vertan und die Gewaltspirale würde erneut beginnen. Insgesamt habe ich ihm dreimal geschrieben und keine Antwort darauf erhalten.
Das ist ziemlich normal, wenn man mit den türkischen Behörden und staatlichen Vertretern zu tun hat.
Es muß aber weiter versucht werden, einen politischen Prozeß in Gang zu bringen, der die Gewalt beendet. Wir müssen uns anstrengen, wir dürfen nicht aufgeben. Wir sollten aber nicht die Schwierigkeiten unterschätzen, die diejenigen haben, die in Kurdistan oder auch im Ausland leben und versuchen, den Konflikt friedlich zu lösen.

Kurdistan Report:
Gibt es Unterstützung durch andere europäische Länder und Regierungen, durch andere Abgeordnete in europäischen Parlamenten?

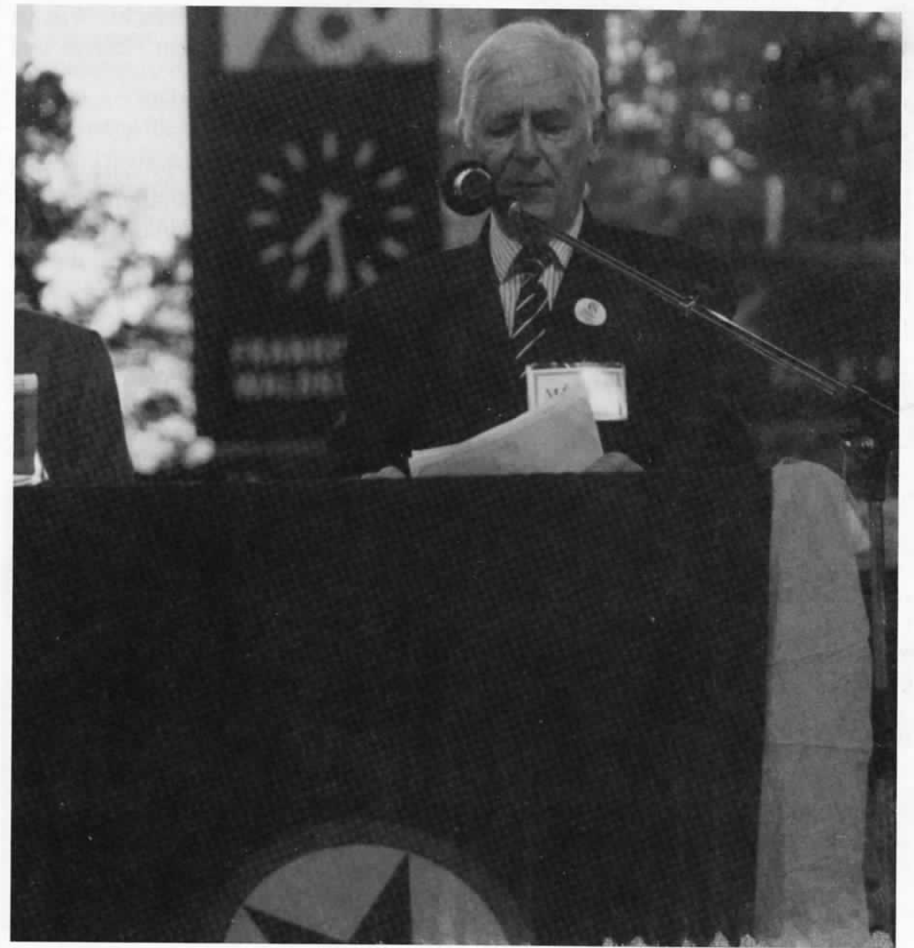
Lord Avebury:
Ja, im Parlament Großbritanniens gibt es eine recht große Gruppe von Abgeordneten, die sich dafür interessieren und auch wissen, was dort geschieht. In fast allen Staaten, wo es große kurdische Bevölkerungsteile gibt ist das so. Wobei ich denke, daß es in Großbritannien mehr Kenntnis über das gibt, was im Irak passiert und am wenigsten über das, was im iranischen Teil Kurdistans geschieht. Darum kümmern sich die Menschen kaum. Ich glaube, daß hat zum Teil damit zu tun, daß es nur wenige iranisch-kurdische oder türkisch-kurdische Flüchtlinge in Großbritannien gibt. Aber wir haben enge Kontakte zu ihnen über die parlamentarische Menschenrechtsgruppe. Aber diese Abgeordneten, die für das Thema sensibel sind, sind nicht mehr als dreißig oder vierzig. Als Vorsitzender der Menschenrechtsgruppe habe ich zu ungefähr nochmal so vielen Abgeordneten aus anderen Ländern Kontakt. Möglicherweise sind es in Deutschland nochmal mehr, weil Deutschland ja eine besondere Beziehung zur Türkei hat und die Menschen dadurch ein größeres Bewußtsein über das Problem haben müßten.

Kurdistan Report:
Deutschland ist bezüglich der kurdischen Frage nicht sehr aktiv. Haben Sie direkten Kontakt zu deutschen Abgeordneten?

Lord Avebury:
Wir hatten mit den Grünen einen engen Kontakt, die ja leider nicht mehr im Parlament vertreten sind. Ich würde sehr gern Kontakte wieder aufnehmen, egal mit welchen der deutschen Abgeordneten. Das könnte uns helfen, gemeinsame Untersuchungen durchzuführen. Denn das ist ein Bereich, den wir ausweiten könnten. So könnten z.B. die Menschenrechtsgruppe des britischen Parlaments eine Stellungnahme an die türkische Regierung schicken und die deutschen Abgeordneten könnten das gleiche tun. Es könnten gemeinsame Berichte herausgegeben werden, die gleichzeitig in London und Bonn vorgestellt werden könnten. So etwas könnte eine größere Wirkung erzielen, als wenn jeder es für sich macht. Doch, es gibt einige Vorteile, die wir durch die staatenübergreifende Zusammenarbeit bei der Entsendung von Delegationen und der Veröffentlichung von Berichten haben.

Kurdistan Report:
Die aktuelle Situation in Kurdistan ist sehr zugespitzt: täglich gibt es Tote, die Dörfer werden zerstört. Denken Sie daran, wieder dorthin zu reisen?

Lord Avebury:
Ja, es ist richtig, in der letzten Zeit hat die Gewalt sehr zugenommen. Große Truppenverbände der Türkei sind dort im Einsatz. Erneut werden Dörfer und Städte bombardiert, wie es schon im vergangenen Jahr geschehen ist. Das führt zu großem Leid und Trauer unter den Menschen dort. Ja, wir haben vor mit einer weiteren Delegation dorthin zu fahren, voraussichtlich Mitte Oktober. Mit drei Abgeordneten wollen wir zwar nicht in die gleiche Gegend fahren, wie im letzten Jahr, aber in andere Gegenden der kurdischen Region, die jetzt die gleichen Erfahrungen machen. Wir wollen uns direkt von dem Leid des kurdischen Volkes ein Bild machen.
Gleichzeitig unternehmen wir aber noch andere Initiativen, die ich gern hier erwähnen möchte: In Warschau



Lord Avebury bei seiner Rede vor dem Internationalen Kurdistan Festival II

wird sich die KSZE-Konferenz Ende September treffen. Dort soll die Frage besprochen werden, welche Auswirkungen die Vereinbarungen von Helsinki auf die Menschen hat, was in erster Linie die Frage der Menschenrechte betrifft. Das Dokument, das von allen Staaten 1991 in Kopenhagen unterschrieben wurde, auch von der Türkei, soll besprochen werden. Darin wird sehr detailliert festgelegt, was die Rechte von Minderheiten sein sollten. Die Situation der Staaten, die sich unter diese Vereinbarungen gesetzt haben, werden sehr genau überprüft werden. Wir haben unsere Regierung aufgefordert, insbesondere die Lage der kurdischen Bevölkerung zu thematisieren zusammen mit der Lage der Journalisten, an denen besonders auffällig demonstriert wird, daß es kein Recht der freien Rede in der Türkei gibt. Unsere Regierung hat dem zugestimmt. Wir fordern also unsere deutschen Kollegen und die aus den anderen europäischen Ländern auf, nach Warschau zu gehen um mit Nachdruck dieses Thema dort auf die Tagesordnung zu setzen und zu fordern, daß die türkische Vertretung sich zu diesen Fragen äußern muß.

Das andere ist, daß es am 13. September ein Treffen der Interparlamentarischen Union in Canberra gibt. Dort hoffen wir, daß die britische Delegation die Unterdrückung der kurdischen Abgeordneten in der Türkei zur Sprache bringt. Dabei ist besonders wichtig, daß jetzt sogar versucht wird, die parlamentarische Immunität von drei dieser Abgeordneten aufzuheben, um sie vor Gericht zu bringen. So weit ich weiß werden alle drei nach dem § 125 des Strafgesetzbuches angeklagt, was mit der Todesstrafe geahndet werden kann. Angeblich haben sie Dinge gesagt, mit denen sie die unteilbare Einheit des türkischen Staates angegriffen haben sollen. Ich halte das für einen unakzeptablen Verstoß gegen das Recht von Menschen, die zu einer Minderheit gehören, frei ihre politische Meinung über Lösungsmöglichkeiten zu äußern. Und das geht eben von einer Möglichkeit der Autonomie auf der einen Seite bis hin zu völligen Lostrennung auf der anderen. Wenn die Menschen darüber nicht sprechen dürfen, ist das eine direkte Aufforderung an sie, zur Gewalt zu greifen, denn es gibt keine Alternative keine verfassungsmäßige Möglichkeit, sich zu äußern.

Kurdistan Report:
Sie sind zu diesem Kurdistan Festival gekommen, um daran teilzunehmen und auch, um zu den Menschen zu sprechen. Dafür haben Sie einen weiten Weg hinter sich gebracht. Was ist Ihr Eindruck von diesem Festival und von den Menschen?

Lord Avebury:
Ich denke, es ist eine großartige und überzeugende Demonstration der Einheit des kurdischen Volkes. Fast einhunderttausend Menschen in diesem Stadion zusammenzubringen ist atemberaubend. Es sollte die Menschen in Europa, besonders in Deutschland davon überzeugen, daß sie in Zukunft mit den Kurden ernsthafter umgehen, als sie es bisher getan haben. Sie sollten sich nicht, wie es üblich ist, auf sogenannten "Terrorismus" konzentrieren. Das Phänomen, mit dem wir es hier zu tun haben ist etwas völlig anderes. Meiner Meinung nach ist es ein bewaffneter Aufstand, der auch völlig konsequent ist. Denn, wie ich schon sagte, wenn einem Volk die Rechte und die institutionellen Möglichkeiten sich zu äußern verweigert werden, dann müssen sie zu anderen Möglichkeiten greifen, um sich Gehör zu verschaffen. Ich sprach zu Chief Aviola, einem gewählten Vertreter im nigerianischen Parlament und er sagte zu mir: "Wo friedliche Möglichkeiten der Meinungsäußerung verweigert werden, ist die Gewalt unausweichlich." Und das ist eine weltweite Wahrheit, die die Menschheit besser verstehen sollte.

Es müssen Wege gefunden, die es den Menschen, besonders den Minderheiten ermöglichen, sich zu äußern, die es möglich machen, daß sie ihre politischen Ziele und Vorstellungen im Rahmen eines verfassungsmäßigen Prozesses erreichen können. Ansonsten wird zwangsläufig zu Gewalt gegriffen werden.

Kurdistan Report:
Wir bedanken uns für das Gespräch.





Internationales Kurdistan Festival II, 4. September 1993 .... Besucher und Besucherinnen

Aufruf zur Entsendung eines UN-Sonderbeauftragten zur Untersuchung der Morde an kurdischen Abgeordneten und kurdischen Journalisten

Wir, die unterzeichnenden Gäste des 2. Internationalen Kurdistan Festivals,das am 4. September 1993 in Frankfurt stattfand, verurteilen schärfstens die Ermordung von Mehmet Sincar, Parlamentsabgeordneter von Mardin und Metin Özdemir, Mitglied des DEP-Komitees (Komitee der Demokratischen Partei) in Batmann, die am 4. September 1993 um 18.00 Uhr geschah. Wir verurteilen ebenfalls schärfstens die Verletzung von Nizamettin Toguc, Parlamentsabgeordneter von Batman und von vier weiteren Personen, unter ihnen eine schwangere Passantin. Wir betrachten solche Verbrechen als direkten Angriff auf das demokratische System.

Wir rufen die Interparlamentaische Union, die am 13. September in Canberra zusammentrifft auf, eine besondere Untersuchung über die Ermordung des Parlamentsabgeordneten durchzuführen, sowie ebenfalls über die ernstzunehmende Verwundung eines weiteren Parlamentsabgeordneten. Beides geschah zu einer Zeit, als die Interparlamentarische Union sich bereits mit der Klage dieser und 21 weiterer Parlamentsabgeordneter befaßte, worin sie ihre Furcht, ermordet zu werden, zum Ausdruck gebracht hatten.

Wir rufen die KSZE, die zu ihrer nächsten Vollversammlung in Warschau, am 27. September zusammentrifft auf, sich mit diesen Verbrechen zu befassen und ebenso mit der erbarmungslosen Verfolgung und Ermordung von kurdischen Journalisten, Mitarbeitern der Menschenrechtsvereine und politischen Aktivisten zu beschäftigen. Das ist seit Beginn des Jahres 1992 Teil der Kampagne des Türkischen Staates, Völkermord am kurdischen Volk zu begehen.

Weiterhin rufen wir die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen auf, den Generalsekretär, Dr. Boutros-Ghali aufzufordern, einen Sonderbeauftragten zu ernennen, der diese Greueltaten untersucht. Ebenso soll er die vielen anderen politisch motivierten Morde und versuchten Morde in der Türkei während der vergangenen zwei Jahre untersuchen. Dieser Bericht soll der UN-Vollversammlung im Oktober vorgelegt werden.

Die UnterzeichnerInnen:

- Eric Avebury, Vorsitzender des Parlamentarischen Menschenrechtsausschusses im britischen Parlament
- Kevin Boyle, Professor an der Essex Universität in England
- Goran von Bonsdorff, Universität Helsinki
- Terttu Ahokas, Vorstand der Finnisch-Kurdischen Freundschaftsgesellschaft
- Yurdusev Özsokmeler, Journalistin von Özgür Gündem
- Angeline Frankhauser, Mitglied des Schweizer Nationalrats
- Michael Feeney, Katholische Erzdiözese Westminster
- Hans-Eberhard Schultz, Rechtsanwalt
- Elizavert Papazoi, Abgeordnete des Griechischen Parlaments
- Kerim Yildiz, Kurdisches Menschensrechtsprojekt
- Mahmut Kilic, Abgeordneter im türkischen Parlament und
- Mitglieder der Kurdistan Komitees in Europa.



Leyla Zana, kurdische Parlamentsabgeordnete der Demokratischen Partei, DEP, am Sarg von Mehmet Sincar

Auf Anfrage des Kurdistan Reports faßte RA Aydin Erdogan, Generalsekretär des Vereins der fortschrittlichen Juristen die aktuelle Rechtslage in der Türkei kritisch zusammen. Aufgebaut auf die faschistische italienische Rechtsprechung Mussolinis werden noch heute Gesetze gegen jegliche Opposition angewandt - die Türkei ist weit entfernt von demokratischen Standards.

Wir kämpfen für ein Rechtssystem, das die Demokratie und die Menschenrechte achtet

Der CHD (Cagdas Hukukcular Dernegei - Verein fortschrittlicher Juristen) wurde 1974 in Ankara von fortschrittlichen, revolutionären, demokratischen Anwälten gegründet. Das Ziel des Vereins ist es, durch verschiedene Aktivitäten in unserem Land ein demokratisches, die Menschenrechte achtendes Justizsystem zu erreichen.

Die Aktivitäten unseres Vereins wurden, wie die aller demokratischen Vereine, mit dem Militärputsch am 12. September 1980 gestoppt, der Verein wurde verboten. Nach einer zehnjährigen Unterbrechung wurde unser Verein am 17. Juli 1990 wieder gegründet. Der Hauptsitz unsres Vereins ist in Ankara, er hat neun Nebenstellen und 1.500 Mitglieder. Auch Jurastudenten können im CHD Mitglied werden. Unsere Mitglieder sind fertige Anwälte oder angehende Anwälte. Unser Einfluß ist sehr groß. Bei den Wahlen zur Anwaltskammer haben unser Kandidaten 1992 in Ankara über 1.200 Stimmen bekommen. In einigen Anwaltskammern haben wir Mitglieder im Vorstand. Unsere Ideale und Ziele stoßen bei den Anwälten auf großes Interesse.

Wir engagieren uns für die Freiheitsrechte und führten in diesem Zusammenhang Aktivitäten zur Herstellung der Meinungs- und Gedankenfreiheit, der Organisationsfreiheit durch, dafür, daß die festgeschriebene Abhängigkeit von den Imperialisten aufhört, für die gewerkschaftlichen Rechte der Arbeiter, Angestellte und Beamten, für die Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit, für die Unantastbarkeit der Wohnung und den Schutz der Kommunikation etc.. Außerdem wenden wir uns gegen die Verletzung grundlegender Rechte wie die Gleichheit vor dem Gesetz, faire Verfahren etc. Wir kämpften gegen die Einrichtung der Sondergerichte und der Ausnahmegesetze. Wir treten für die Unabhängigkeit der Gerichtsbarkeit, für das Recht auf Verteidigung und für das Recht auf anwaltlichen Beistand bei Verhören ein.

Während der Golfkrise und später während des Golfkriegs kämpften wir gegen die Bestrebungen, unser Land in diesen Krieg hineinzuziehen. Wir engagieren uns für die Anerkennung der nationalen Existenz und der kurdischen traditionellen Werte, wir wenden uns gegen die Assimilation, Unterdrükkung und Massaker.

Unser Verein unterhält bei diesen Aktivitäten solidarische Beziehungen zu Berufsorganisationen, Gewerkschaften und Massenorganisationen mit ähnlicher Zielsetzung.

Die Aktivitäten unseres Vereins in den Bereichen anwaltlichen Beistands bei Verhören, Abschaffung der §§ 141 und 142 des türkischen Strafgesetzbuchs und Stopp der Vollstreckung von Todesurteilen zeigte große Resonanz.

Die Arbeitsbedingungen für Anwälte und Anwältinnen sind sehr schwer

Die Bedingungen unter denen Anwälte in der Türkei arbeiten müssen, sind sehr schwer. Der größte Teil ihrer Probleme rührt daher, daß in es der Türkei kein demokratisches Justizverständnis gibt. Einige Maßnahmen, die in unserem Land angewandt werden, machen das Recht auf Verteidigung praktisch zunichte. Militante linker Organisationen und kurdische Guerillakämpfer und Kämpferinnen werden in vielen Fällen gar nicht erst gefangen genommen, sondern gleich erschossen. Da die Polizei verhindert, daß sie überhaupt erst einmal angeklagt werden, haben sie auch keine Möglichkeit, sich zu verteidigen. Deshalb verteidigen wir das Recht auf ein Gerichtsverfahren. Danach kommt die Forderung, daß bei Verhören nicht gefoltert werden darf und ein faires Verfahren durchgeführt werden muß. Es ist schon so weit gekommen, daß die Menschen sich freuen, wenn sie festgenommen und gefoltert werden, denn wenn sie gleich umgebracht werden, haben sie ja überhaupt keine Chance mehr.

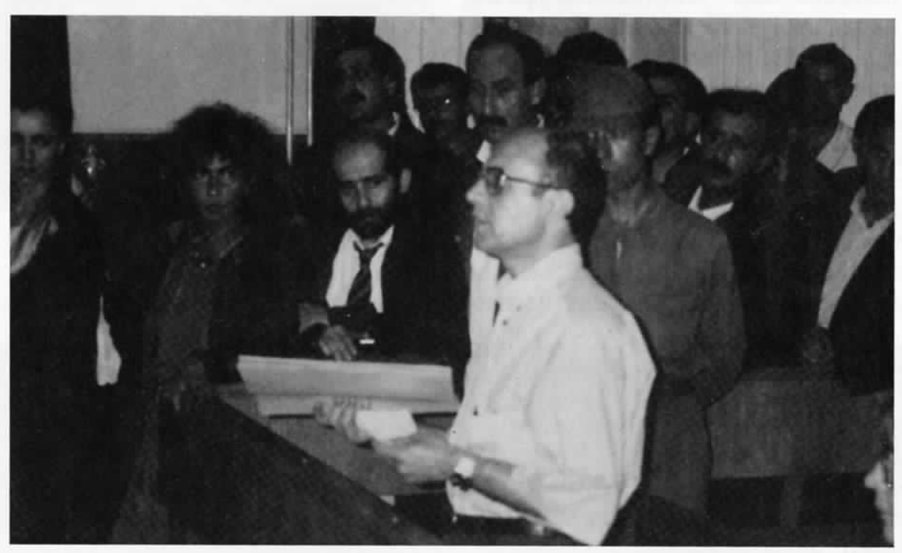
Die Verwendung von Beweismitteln, die durch Methoden zustandegekommen, die mit juristischen Prinzipien nicht vereinbar sind, ist vor allem in politischen Prozessen weiterhin ein großes Problem.

Nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 wurden viele Anwälte wegen der Ausübung ihrer anwaltlichen Tätigkeit mit dem Vorwand bestraft, sie hätten bei ihrer Verteidigung oder in ihren Plädoyers die Sicherheitskräfte des Staates beleidigt oder verunglimpft. Unsere Kollegen und Kolleginnen, die in politischen Verfahren verteidigen, sind auch heute noch von Repressionen und Bedrohungen betroffen. Von Zeit zu Zeit werden in den Gefängnissen oder auf den Polizei- und Gendarmeriestationen Protokolle mit erfundenen

Anschuldigungen gegen Anwälte angefertigt und Ermittlungsverfahren gegen sie eingeleitet, die sich auf diese Protokolle stützen.
Mit dem Inkrafttreten des CUMUK (neues Gerichtsverfahrensgesetz) ist anwaltlicher Beistand bei Verhören möglich geworden. Das gilt allerdings nicht bei politischen Verfahren und im Ausnahmezustandsgebiet. Und trotz der Anwesenheit eines Anwalts wird weiterhin Repression gegen die Angeklagten angewandt. Deshalb schickt die Anwaltskammer Izmir seit dem 1. Juli 1993 keine Anwälte mehr, wenn die Polizei anruft und einen Anwalt für einen Angeklagten, den sie gerade verhören, verlangt. Die Anwaltskammer will sich nicht zum "Mittäter" machen lassen.
Ungelöst sind die Probleme der sozialen Sicherheit, der Gesundheits- und Altersversorgung für die Anwälte. Das ungerechte Steuersystem bringt vor allem Berufsanfänger und Anfängerinnen in große Schwierigkeiten.
Die Langsamkeit der Justiz im Bereich des Privatrechts macht die Justizorgane wirkungs- und funktionslos. Deshalb wenden sich viele Menschen bei zivilrechtlichen Angelegenheiten lieber an die Mafia, anstatt zu einem Anwalt und vor Gericht zu gehen.
Die Vollmachten, die Mandanten und Mandantinnen ihren Anwälten und Anwältinnen geben, werden nicht anerkannt. Allein schon das zeigt, wie schwer es ist, die anwaltschaftliche Tätigkeit zu erfüllen.
Die Beschlüsse des Berufsverbandes, der Anwaltskammer, werden dem Justizministerium zur Kontrolle und Zustimmung vorgelegt. Die Gouverneure haben die Vollmacht, Funktionäre der Anwaltskammer abzusetzen. Diese Einschränkungen und Behinderungen blockieren die Entwicklung der Anwaltskammer und des Berufes.

Verbrechen gegen das Eigentum wiegen schwerer als Verbrechen gegen die Unversehrtheit des menschlichen Lebens

Der Vergleich der türkischen Gesetze und dem türkischen Strafrecht mit den internationalen Standards ist eine sehr umfangreiche Sache. Dieses Thema ist an den juristischen Fakultäten der Universitäten ein eigener Bereich. Allerdings kann diese Frage unter dem Aspekt der allgemeinen demokratischen und menschlichen Werte beantwortet werden.
Das Strafrecht und die Strafgesetze sind sehr wichtig. Welches Verhalten gilt als Straftat? Welches Strafmaß ist dafür vorgesehen? Ist diese Strafe gerecht? Wie wird die Anklage durchgeführt? Was wird getan, um bei der Anklage zu verhindern, daß Unschuldige zu Schaden kommen? Die Antwort auf diese Fragen zeigt, ob die Justiz demokratisch oder undemokratisch ist.
Im türkischen Justizsystem sind die Strafen ungewöhnlich. Es wurde eine Reihe von Straftatbeständen definiert, um den Staat zu schützen. Und die Strafen dafür sind hart. Vor allem in Phasen der Repression wurden bestimmte Gesetze dazu benutzt, Intellektuelle und Journalisten zu hohen Strafen zu verurteilen. Der Schriftsteller und Soziologe Dr. Ismail Besikci wurde nach dem 12. September 1980 wegen einem Brief verurteilt, den er an eine ausländische Institution geschrieben hatte (gemeint ist "Wir wollen frei und Kurden sein", ersch. im isp-Verlag). Sogar der ehemalige Ministerpräsident Bülent Ecevit wurde aus dem Grund festgenommen.
Die Strafe für Verbrechen gegen die körperliche und seelische Unversehrtheit von Menschen ist geringer als die Strafe für Straftaten gegen das Eigentum. So ist zum Beispiel die Strafe für einen bewaffneten Raubüberfall höher als die Strafe für das Töten eines Menschen infolge "ungerechtfertigten Schießens".
Das türkische Strafrecht wurde von den Strafgesetzen des faschistischen Mussolini-Italiens übernommen. Das wichtigste Ziel der faschistischen Justiz ist der Schutz des Staates. Die Bürger haben keine Rechte gegenüber dem Staat. Der Faschismus ist eine Herrschaftsform des aggressiven Kapitalismus. Deshalb schützen die Strafgesetze den Privatbesitz und das Eigentum. Das Menschenleben ist für ihn unwichtig. Die türkischen Strafgesetze begründen sich auf genau diese beiden juristischen und philosophischen Auffassungen.
Gedanken und Organisationen, die vom Staat unerwünscht sind oder die er als bedenklich betrachtet, gelten daher als Verbrechen. Das 1991 erlassene "Gesetz zur Bekämpfung des Terrorismus" stellt das Äußern von Gedanken über die Existenz des kurdischen Volkes unter schwere Geld- und Gefängnisstrafen. Die Gerichte haben Geldstrafen über Milliarden von türkischen Lira verhängt. Können diese hohen Geldstrafen nicht bezahlt werden, werden sie in Gefängnisstrafe hunderte Jahre umgewandelt. Es gibt nur wenige Länder auf der Welt, die das Denken so hart bestrafen.
Die Todesstrafe ist weiterhin für ungefähr 50 Straftatbestände in Kraft. Das ist in diesem Ausmaß nur noch in der Türkei so. Seit 1984 wurden die Todesurteile, die noch verhängt werden, zwar nicht mehr vollstreckt, aber sie wurden nicht aufgehoben. Es besteht die Gefahr, daß sie bei einer Verschärfung der Lage auch vollstreckt werden. Und das heißt auch nicht, daß die Hinrichtungen zu Ende sind. Denn heute bringt die Polizei Verdächtige oft schon bei ihrer Festnahme um. Die



Der Soziologe Ismail Besikci vor dem Staatssicherheitsgericht in Ankara

Aussetzung der Vollstreckung von Todesurteilen schafft die Hinrichtungen also nicht ab, sondern verlagert sie nur. Heute sind es Hinrichtungen ohne Urteil, auf offener Straße durch die Polizei vollstreckt.
Die Polizisten und Soldaten werden durch den Artikel 17 der türkischen Verfassung, durch das Polizeiaufgabengesetz, das Notstandsgesetz und durch das Gesetz für die Region im Ausnahmezustand zur willkürlichen Tötung von Menschen ermächtigt. Der "Verdacht", daß der Verdächtige "eine Waffe tragen könnte" oder daß er "der Aufforderung stehenzubleiben nicht nachkam" oder "Widerstand gegen die Festnahme geleistet" habe, reicht schon aus, um die Tötung dieses Menschen nicht als Verbrechen zu werten. Ein Justizsystem und ein Staat, der solchen Praktiken Tür und Tor öffnet, kann schon allein aus diesem Grund unter keinen Umständen als demokratisch bezeichnet werden.
Im Strafverfahrensgesetz wurden Änderungen durchgeführt, die anwaltschaftlichen Beistand während der Verhöre und die Begrenzung der Untersuchungs- und Polizeihaftfrist vorsehen. Außerdem werden die Haftgründe und die Voraussetzungen für die Inhaftierung Verdächtiger heraufgesetzt. Diese Gesetzesänderungen sehen eine entsprechende Anwendung in der mehrheitlich von kurdischer Bevölkerung bewohnten Region unter Ausnahmezustand im Osten und bei den Staatssicherheitsgerichten nicht vor. Kurzgesagt, die aus politischen Gründen angeklagten kurdischen Menschen sollen von der Rechtsordnung ausgenommen werden. Diese Gesetze verstoßen gegen die türkische Verfassung, gegen die Abkommen der Vereinten Nationen, gegen die Europäische Menschenrechtskonvention und gegen das Prinzip der "Gleichheit vor dem Gesetz". Mit diesem Gesetz wird die Diskriminierung eines Teils der Staatsbürger nach ihrem ethnischen Ursprung, ihrer Sprache, ihrer Nation und ihrer politischen Überzeugung betrieben.
Ein diskriminierendes Gesetz ist ein schlechtes Gesetz. Deshalb nennen wir dieses Gesetz inzwischen "Rassendiskriminierungs"-Gesetz. Dieses Gesetz wurde vom Staat als "Gesetz zur Verhinderung von Folter" bezeichnet. Die Realität ist aber, daß dieses Gesetz die staatliche Zustimmung zur Folterung derjenigen gibt, die von den gesetzlichen Rechten per Gesetz ausgeschlossen sind. Das sind die Kurden und Kurdinnen sowie die politischen Gefangenen.
Nur diese wenigen von mir angesprochenen Beispiele machen deutlich, daß die türkischen Strafgesetze außerhalb jedes demokratischen Justizsystems stehen.



84 Sympathisanten der PKK vor dem 1. Militärgericht in Diyarbakir. 15 von ihnen wurden zum Tode verurteilt.

Wo politische Arbeit kriminalisiert wird, kann nicht von Demokratie gesprochen werden

Ein weiterer wichtiger Indikator für Demokratie ist das aktive und passive Wahlrecht. Das Regieren des Volkes durch Volksvertreterinnen und Vertreter anstatt durch Könige und Padischahs ist ein Grundprinzip der Demokratie. Auch die Form wie diese Volksvertreter gewählt werden, bezeichnet den Charakter der Demokratie. Wo es Gesetze gibt, die die Organisierung des Volkes, die Gründung von Parteien und ihre politische Propaganda, verbieten, kann von Demokratie keine Rede sein.
In der Türkei können zwar rassistische (faschistische) und dem Schariat anhängende Parteien ohne jede Beschränkung frei agieren, doch Parteien, die die Existenz des kurdischen Volkes und eine gerechte Lösung der kurdischen Frage auf der Basis von Gleichheit vertreten, werden verboten. Vor kurzem wurde die "Sosyalist Partisi" (Sozialistische Partei), die "Halkin Emek Partisi" (Partei der Arbeit des Volkes), die "Türkiye Birlesik Komünist Partisi" (Vereinigte Kommunistische Partei der Türkei) und vorher die "Türkiye Emekci Partisi" (Partei der Werktätigen der Türkei) sowie die "Türkiye Isci Partisi" (Arbeiterpartei der Türkei) verboten. In diesem Land gibt es kein Recht zu wählen und gewählt zu werden.
Den Gewerkschaften, Berufsorganisationen und Vereinen ist die Unterstützung politischer Parteien verboten. Während die Unterstützung politischer Parteien durch Organisationen des Kapitals erwünscht und gern gesehen ist, wird das gleiche den Massenorganisationen verboten.



In Kurdistan herrscht das Militär: Cizre/ Botan, Newroz 1992

Darüberhinaus gibt es einschneidende und wichtige Beschränkungen der individuellen und kollektiven Rechte. Ein Teil des Landes - es wird "Region im Ausnahmezustand" genannt - wird durch ein spezielles Justiz-, Verwaltungs- und Finanzsystem regiert. Die TR hat sogar international öffentlich erklärt, daß sich der Staat in diesem Teil des Landes nicht an die internationalen Menschenrechtskonventionen gebunden fühlt. Alle Grundrechte, vor allem das Recht auf die Sicherheit des Lebens, wurden damit außer Kraft gesetzt. Die Generäle greifen durch den Nationalen Sicherheitsrat in die Gesetzgebung und in Regierungsbeschlüsse ein. Auf diese Weise führten sie oft verdeckte Putsche durch (mit unbemerkten Herzattacken vergleichbar). Es müßte die Menschheit beschämen, ein System, das all diesen juristischen Möglichkeiten und Praktiken Raum gibt, demokratisch zu nennen,

Die Gesetzgebung in der Türkei ist rassistisch

Entgegen allen Erklärungen der offiziellen Staatsvertreter, die es leugnen, gibt es in der Türkei ein "Kurden-Problem". Der Staat ist darauf orientiert, die kurdische Frage mit seiner ganzen Kraft gewaltsam zu lösen. Es gibt wichtige Anzeichen dafür, daß die türkische Politik ihre Gewalt in letzter Zeit gegen das gesamte Volk richtet. Der Staat hat immer versucht, die Guerilla zu vernichten, aber heute zielt er neben der Guerilla auf das gesamte Volk. Innerhalb der letzten Monate wurden über 500 kurdische Dörfer entvölkert und viele von ihnen auch niedergebrannt.

Es werden juristische und praktische Hürden aufgebaut, um die Informationsbeschaffung aus der (kurdischen) Region zu verhindern. Meist bekommt die Presse keine anderen Informationen als offizielle Militärverlautbarungen. Die Presse und Publikationsorgane werden zur Unterstützung der staatlichen Gewaltpolitik gezwungen. Die sich dagegen wehrenden Zeitungen "Özgür Gündem" und "Aydinlik" sind von Repression, Behinderung und drohendem Verbot betroffen. Das zeigt, daß in der (kurdischen) Region Dinge getan werden, die nicht bekannt werden sollen. Der Staat macht ständig damit Reklame, was er gegen die Guerilla tut. Das zeigt also, daß das, was er geheimhalten will, nicht sein Krieg gegen die Guerilla, sondern nur seine Grausamkeiten gegen das Volk sein kann.

Unser Verein hat auf seiner Hauptversammlung im März 1992 den Beschluß zur Verteidigung des "Selbstbestimmungsrechts der Völker" gefaßt. Der CHD hat zu diesem Thema Erklärungen abgegeben, um die Öffentlichkeit aufzuklären. Dafür wurden auch entsprechende Versammlungen und Veranstaltungen durchgeführt. Vor dem Newroz 1992 haben wir mit 13 anderen Vereinen und Berufsverbänden gemeinsame Aktivitäten entwickelt, um zu befürchtende Zwischenfälle an Newroz zu verhindern. Wir sind auch während der Zeit der Zwischenfälle und danach in die (kurdische) Region gereist, um vor Ort Untersuchungen über die Vorfälle anzustellen.
Darüberhinaus führen wir Aktivitäten durch, um eine Demokratisierung der entsprechenden Gesetze und allem voran der Verfassung, zu erreichen. Wir wollen eine Lösung der kurdischen Frage auf der Basis der Demokratie, Gleichheit, Freiheit und Freiwilligkeit.

Als Beitrag um einen Anfang für die Lösung dieses Problems zu finden, fordern wir:

- Die Proklamation eines bedingungslosen beidseitigen Waffenstillstands
- Eine unbegrenzte Generalamnestie
- Die Aufhebung des Ausnahmezustand und die Abschaffung des Dorfschützersystems
- Die Aufhebung des gesetzlichen Verbots, über die kurdischen Frage zu diskutieren
- Die Aufhebung der Verbote bezüglich politischer Arbeit
- Die Beendigung der Konterguerilla - Aktivitäten
- Die Zulassung kurdischer Presse und Publikationsorgane

Diese Forderungen, die von uns erhoben werden, finden Zustimmung im türkischen Volk.

Wir danken Ihnen, daß Sie uns in Ihrer Zeitschrift die Möglichkeit zur Äußerung gegeben haben.

RA Aydin Erdogan
Cagdas Hukukcular Dernegi
Verein Fortschrittlicher Juristen
Generalsekretär

Sevda Polat, Husseyin Polat, Mustafa Dogan, Reiner Dauner
Wir rufen Euch:

Trauer und Freude sind oft nah beieinander:
Zusammen haben wir auf dem Festival getanzt und gelacht, wir haben Freunde umarmt und Pläne gemacht -
Nun werden wir ohne Euch die Pläne umsetzen, aber Eure Ideen und Wünsche, Eure Ziele werden wir nicht vergessen, das versprechen wir. Ihr geht neben uns auf dem Weg in die Freiheit!

Wir trauern um unsere Freunde!
Sie starben am 5. September 1993
auf der Rückfahrt vom II. Kurdistan Festival.



Sevda Polat



Husseyin Polat



Mustafa Dogan



Reiner Dauner

Tagebuch der Menschenrechtsverletzungen

Staatsterror:

Am 18. Juli wurden die Häuser der Familien Hatun und Abuzer Kizmaz im Dorf Hermes (Yakitli) in Batman-Gercüs von Militärkräften und "Dorfschützern" aus der Umgebung niedergebrannt. Den beiden Familien wurden gedroht, sie würden umgebracht und als bei einem Gefecht getötete Terroristen dargestellt, wenn irgendwo in der Gegend bewaffnete Aktionen stattfinden sollten.
Am 22. Juli wurde das Dorf Nuresin (Boyrettin) in Agri-Dogubeyazit von den Staatskräften umzingelt und für längere Zeit von der Außenwelt abgeschnitten, während die Kolonialkräfte einen Überfall auf die Dorfbewohner durchführten und die Häuser einschließlich des Hausrats zerstörten.
Als Racheakt der Staatskräfte nach einer Guerillaaktion wurden die Dörfer Xirap Reske, Bilinda Dare, Seve Sor, Xolan und Dader bombardiert. Durch die Bombardements wurden ein Hirte und zwei Bauern verletzt.

Bauern verteidigten sich gegen "Dorfschützer"-Angriff

Am 29. Juli wurde das Dorf Nilhile in Mardin-Midyat von "Dorfschützern" überfallen. Als sie die Bewohner zwingen wollten, sich auf dem Dorfplatz auf den Boden zu legen, befürchteten die Bauern erschossen zu werden und verteidigten sich bewaffnet gegen die "Dorfschützer". Bei dem Gefecht wurden zwei Bauern verletzt, die "Dorfschützer" aber in die Flucht getrieben. Vorher zündeten die "Dorfschützer" zwei Häuser und Heuvorräte an und töteten Vieh. Sechs wurden nach Angaben der staatstreuen türkischen Presse verletzt. Später holten sie die Gendarmerie zur Hilfe und ließen mehrere Dorfbewohner festnehmen.
In Mardin-Nusaybin wurde in den frühen Morgenstunden des 22. Juli der geistig Behinderte Faik von Staatskräften auf einer Brücke durch Schüsse ermordet.
Am 23. Juli wurden die Dörfer Derxust (Dibek), Cinezur (Cagdas) und Ceme Elikan (Birlik) in Lice von türkischen Staatskräften überfallen. Sie trieben die Bewohner auf dem Dorfplatz zusammen und folterten sie und drohten, sie umzubringen, wenn sie ihre Dörfer nicht verlassen, bevor sie ein nächstes Mal wiederkommen.
Am 24. Juli ermordeten sie die 40-jährige Seve Nivak durch Schüsse, weil sie sich ihnen in den Weg stellte, als sie ihr Haus im Dorf Cicika (Ormandisi) in Silvan anzündeten. Der ebenfalls vor der Haustür stehende 12-jährige C.M. und eine namentlich nicht bekannte Person wurden ebenfalls durch Schüsse ermordet. Die "Dorfschützer" zündeten die letzten der 60 Häuser des Dorfes an, die sie bei einem vorherigen Überfall noch nicht angezündet hatten und brannten auch bebaute Felder nieder.
Am 26. Juli wurde das Dorf Giresor (Bayrakli) in Mardin-Derik von den türkischen Staatskräften mit Raketen angegriffen. Dabei wurde der Bauer A. Selim Toprak ermordet.
Der am 29. Juli um Mitternacht festgenommene 24-jährige Resul Dolan, Sohn des Bürgermeisters von Hazro, der mit 60 weiteren Menschen, hauptsächlich Geschäftsleuten, auf die Gendarmeriestation Diyarbakir verschleppt worden war, ist durch Folter ermordet worden. Später wurde die Hälfte der Festgenommenen wieder freigelassen. Die Angehörigen der noch in Haft Gehaltenen fürchten um das Leben der Gefangenen.
Quelle: Özgür Gündem 24.7., 26.7., 1.8., 4.8.93

Dorfbürgermeister von "Dorfschützern" ermordet

Am 21. Juli wurde der Bürgermeister des Dorfes Degerli in Mardin-Dargecit, Hüseyin Ergen wurde von namentlich bekannten "Dorfschützern" aus dem Dorf Ivan vor den Augen seiner Schwester Medya gefoltert und anschließend durch Schüsse in den Kopf ermordet. Die Gendarmerie, die sich in nächster Nähe befand, griff nicht ein. Nach dem Mord wurden die "Dorfschützer" für eine halbe Stunde auf der



Von Sondereinheiten zerstörtes Haus in Diyadin

Wache festgehalten und dann sofort wieder freigelassen. Ermittlungen gegen sie wurden nicht eingeleitet.
Quelle: Özgür Gündem 24.7.93

13 Menschen durch Angriffe der Konterguerilla ermordet

Am 25. Juli wurde das Dorf Karakoyun, deren Bewohner sich immer geweigert haben, "Dorfschützer" zu werden, in Urfa-Siverek von einer bewaffneten Konterguerillagruppe überfallen. Sie ermordeten die Bauern Mehmet Suari, Ahmet Suari, Ebubekir Suari und Izettin Delen durch Schüsse und verletzten drei weitere Bauern.
In Diyarbakir wurden am gleichen Tag Sedat Celik und Abdullah Sapan von der Konterguerilla durch Schüsse ermordet.
In der Nacht zuvor wurden in Silvan Mehmet Erze und Isa Bozan von der Konterguerilla durch Schüsse ermordet und in Batman drei Menschen durch Schüsse verletzt.
Am 31. Juli wurde der ambulante Händler Cemal Burkay in Diyarbakir von zwei Konterguerillas durch Schüsse ermordet.
In Pazarcik wurden im Dorf Karahasan die 35-jährige Ayse Rani und ihre beiden Kinder Elif Laden (sieben Jahre alt) und Gözden (vier Jahre alt) von der Konterguerilla mit einem Beil ermordet.
Quelle: Özgür Gündem 27.8., 2.8.93

Helhel von "Dorfschützern" überfallen

In den frühen Morgenstunden des 26. Juli wurde das Dorf Helhel in Diyarbakir-Hazro von "Dorfschützern" überfallen. Sie zwangen die Bauern mit an ihren Kopf gehaltenen Waffen, große Fläche von Tabakpflanzen auszureißen und verprügelten einige Bauern. Die Bewohner von Helhel wurden unter Drohungen aufgefordert, ihr Dorf zu räumen, ansonsten käme es zu einem noch schlimmeren Überfall. Viele Bewohner, die genau Zahl ist nicht bekannt, wurden von den "Dorfschützern" verschleppt.
Die Bewohner der Dörfer Gelegeryayi (Yalinagac), Melebe (Meserli), Mendela, Hinderis, Yewre, Xarok und Lalan in Mardin-Malazgirt, die Mitte Juli von den Staatskräften entvölkert und verbrannt wurden, wurden am 22. Juli in Kiziltepe, wohin sie geflohen waren, erneut überfallen und einer ständigen Repression durch die Staatskräfte ausgesetzt.
Quelle: Özgür Gündem 28.7.93

14-jährige von einem Militär ermordet

Am 27. Juli wurde die 14-jährige Imham Tekin in Adana-Yüregir mitten in der Kreisstadt Dogankent durch den Schuß eines Soldaten ermordet, als sie mit ihrer Mutter und ihrem Bruder mit einem Pferdewagen Heu transportierte. Die Bewohner von Dogankent protestierten mit einer Demonstration zur Gendarmeriestation gegen diesen willkürlichen Mord und verwandelten die Beerdigung des Mädchens, zu der über 1.000 Menschen kamen, in eine Kundgebung gegen den Staatsterror. An diesem Tag blieben aus Protest alle Geschäfte geschlossen und die Bevölkerung ging nicht zur Arbeit.
Quelle: Özgür Gündem 29.7.93


Burhan Ciftci, von türkischen Todesschwadronen ermordet

Dörfer in Siirt überfallen

Am 20. und 21. Juli wurden die Dörfer Semse (Günesli), Mehina (Kayikli), Miwele (Kelekci) und Bizenka (Keceli) von Soldaten der türkischen Armee und von "Dorfschützern" überfallen. Sie ermordeten den 19-jährigen Bauern Abulcelil Toy durch Schüsse, beschossen die Häuser, brannten einen großen Teil der Häuser nieder und vernichteten das Vieh. Trotz des Überfalls und der Drohungen sie zu ermorden, haben die Bewohner und Bewohnerinnen des aus 150 Häusern bestehenden Dorfes Semse ihr Dorf nicht verlassen und erklärten, sich nicht vertreiben zu lassen. Gleichzeitig wurden die Bewohner der ebenfalls in Siirt gelegenen Dörfer Aute (Celtikbasi), Beleke (Ergüven) und Kanimere von Militärs mit dem Tod bedroht, wenn sie ihre Dörfer nicht "freiwillig" räumen.
Quelle: Özgür Gündem 2.8.93

Cixse Nahiye bei Kulp umzingelt

Seit dem 25. Juli wurde die Ortschaft Cixse Nahiye bei Kulp in der Provinz Diyarbakir von der türkischen Armee umstellt und von der Außenwelt abgeschnitten. Bereits seit Februar versucht das Militär die 2.200 Bewohner und Bewohnerinnen auszuhungern, um sie zum Verlassen ihres Dorfes zu zwingen. Seitdem lassen sie auch keine Lebensmittel in den Ort bringen und führten mehrere Überfälle und Festnahmen durch. Die Bewohner von Cixse Nahiye erklärten, daß sie, trotzdem sie keine Lebensmittel mehr haben, ihr Dorf nicht verlassen werden, selbst wenn ihnen das ihr Leben kosten sollte.
Quelle: Özgür Gündem 3.8.93

Nusaybin und Hakkari vom Militär und "Dorfschützern" beschossen

Am 7. August wurde die Stadt Nusaybin von den Staatskräften mit schweren Waffen beschossen. Dabei wurden drei Menschen ermordet. Anschließend

wurden viele Bewohner der Stadt festgenommen. Am nächsten Tag blieben aus Protest gegen den Staatsterror alle Geschäfte geschlossen.
In der Nacht zuvor wurden die Wohnhäuser in der Stadt von "Dorfschützern" mit Raketen und schweren Waffen beschossen. Die Bevölkerung dementierte die Darstellung der staatlichen Verantwortlichen, das sei ein Angriff der PKK gewesen. Die Bewohner Hakkaris erklärten, das war eine Provokation und mit Sicherheit die Tat der "Dorfschützer" und nicht der PKK.
Quelle: Özgür Gündem 10.8.93

Konterguerilla-Angriffe in Batman und Diyarbakir

Am 5. August wurden in Batman bei zwei Konterguerilla-Angriffen drei Menschen verletzt und ein Mensch ermordet. Der 23-jährige Sehmus Ekmen und sein 45-jähriger Onkel Haci Selim Ekman wurden am Morgen beim Verlassen ihrer Wohnung von drei Konterguerillas durch Schüsse angegriffen und schwer verletzt.
Am gleichen Morgen wurde der 50-jährige Ekrem Afsin und sein 18-jähriger Sohn Cengiz Afsin im Stadtteil Yeni Mahalle in Batman von der Konterguerilla beschossen. Cengiz starb auf dem Weg zum Krankenhaus an den Schußverletzungen, sein Vater überlebte schwerverletzt.
Am gleichen Tag wurde Murat Karacobanoglu am Nachmittag in der Kibris-Passage in Diyarbakir von der Konterguerilla durch Schüsse ermordet.
Am 8. August wurden im Stadtteil Baglar in Diyarbakir gegen 17.30 Uhr Hasan Okur und Osman Göcer von vier Konterguerillas durch Schüsse ermordet.
Quelle: Özgür Gündem 7.8., 10.8.93

Staatsterror:

Am Vormittag des 8. August wurde die zum Dorf Mergebiyan gehörende Siedlung Hezo (Kuslu) in Bitlis von Hubschraubern der türkischen Armee bombardiert. Dabei brannte ein Haus vollkommen ab. Yusuf Sekerci, der sich in dem Haus aufhielt, starb in den Flammen, seine Frau Gülistan wurde schwer verletzt. Soldaten der türkischen Armee, die eine Stunde nach der Bombardierung in den Ort kamen, bedrohten die Bewohner, falls sie öffentlich machen, daß es eine Bombardierung gegeben hatte.
Durch eine Tretmine, die das türkische Militär in der Gegend um Nusaybin in großer Zahl ausgelegt hatte, wurden Huriye Bakir mit ihren drei Kindern Ibrahim, Meba und Ismail schwer verletzt.
Am 27. Juli wurde der Hirte Ömer Vural und seine Schafherde von der Grenzgendarmerietruppe Nusaybin mit Maschinengewehrfeuer beschossen, als er die Tiere in der Nähe des Dorfes weidete.
Die Stadt Hamur in Agri wurde in der Nacht vom 10. August eine Stunde lang von den Staatskräften beschossen. Außerdem wurden circa 100 Menschen festgenommen.
Am 7. August wurde das Stadtzentrum von Hakkari von "Dorfschützern" angegriffen. Die Polizei hat sich zwei Stunden vor dem Angriff aus der Stadt zurückgezogen. Anschließend beschossen sie die Wohnhäuser in der Stadt.
Am 9. August versammelten sich die politischen Parteien und BewohnerInnen von Hakkari, protestierten gegen den "Dorfschützer"-Terror und reichten eine kollektive Klage ein.
Nach einem Angriff der ARGK in der Nacht des 10. August auf einen Betrieb der türkischen Staatsmonopolfirma TEKEL in Diyarbakir-Lice wurden drei TEKEL-Arbeiter verhaftet. Einer der Arbeiter wurde bei der Verhaftung durch Schläge so schwer verletzt, daß er ins Koma fiel. Außerdem beschossen die Staatskräfte die Stadt Lice bis zum Morgengrauen und verwüsteten viele Geschäfte.
Bei einem Überfall der Staatskräfte auf das Dorf Gundeecer (Uluköy) wurden die Verwandten des DEP-Bezirksvorsitzenden von Mardin Mahmut Yalcinkaya, Mahmut Aslan und Ibrahim Aslan festgenommen und durch Folter schwer verletzt. Viele Häuser des Ortes wurden verwüstet.
Auch im Stadtzentrum von Mardin-Dargecit wurden am 12. August viele Wohnhäuser und Geschäfte von den Staatskräften mit Raketen und Maschienengewehren beschossen und zerstört.
Hüseyin Patetes aus dem Dorf Düzagac in Adiyaman wurde am 3. August festgenommen. Am 13. August wurde er in sein Dorf zurückgebracht. Die Sicherheitskräfte warfen ihn an das Ufer des Flusses und schossen vor den Augen seiner Frau in seine Richtung. Emis Patetes rannte zu ihrem Mann, woraufhin die Staatskräfte auch um sie herum schossen und ihr drohten, sie genauso wie ihren Mann umzubringen. Emis Patetes weiß nicht, ob ihr Mann tot ist oder ob sie ihn wieder verschleppt haben und erklärte, daß sie in Sorge um sein Leben ist.
45 ehemalige "Dorfschützer" aus dem Dorf Bayrambasi (Sedekne) in Diyarbakir-Silvan, die ihre Waffen zurückgegeben und den Dienst für den türkischen Staat quittiert haben, wurden am 10. August von der Gendarmerie festgenommen und gefoltert.
Das Dorf Ferhende in Diyarbakir-Silvan wurde zum zweiten Mal in letzter Zeit von den Staatskräften überfallen. Sie verbrannten 12 Häuser total und zerstörten und verwüsteten weitere Häuser. Ein Bauer wurde verschleppt.
Im Garten der Familie Celebi, die seit langem von "Dorfschützern" bedroht wurde, haben "Dorfschützer" in Mardin-Dargecit haben eine Tretmine gelegt. Am Morgen des 15. August trat Hamit Celebi auf die Mine. Familienangehörige versuchten ihn zu einem Arzt zu bringen, er starb aber auf dem Weg an zu hohen Blutverlust.
In der Nacht des 19. August wurden bei einem Überfall auf das Dorf Sincika in Diyarbakir-Hazro fünf Bauern verschleppt.
Quelle: Özgür Gündem 11.8., 12.8., 13.8., 14.8., 15.8., 17.8., 20.8.93

Die Entvölkerung von Dörfern geht unvermindert weiter

Nach einem Angriff der Volksbefreiungsarmee Kurdistans auf die Gendarmeriestation Görümlü in Sirnak-Silopi im Juli rächten sich die Staatskräfte mit massiven Terror gegen die Zivilbevölkerung. Ungefähr 3.000 Menschen aus sieben Dörfern am Fuß der Cudi-Berge - Bespin (Gürümlü), Deradev (Selcuk), Beseri (Koyunören), Deresor (Derecik), Silip (Damlica), Gite (Caliskan) und Girabiye - wurden zur Migration gezwungen. Die Bewohner und Bewohnerinnen dieser Dörfer, die mehrmals von der türkischen Armee und Gendarmerie überfallen wurden, zogen überwiegend in nahe gelegene Städte in Kurdistan, ein Teil auch in Metropolen in der Türkei, weil sie in ihren Dörfern ihres Lebens nicht mehr

sicher waren. Sechs Bauern, die bei den Überfällen der Staatskräfte verschleppt wurden, sind immer noch verschwunden".

In Mardin-Ömerli wurden am 4. August acht Dörfer - Tasrica, Kömürlü, Ovabasi, Harmankaya, Sulakdere, Duygulu, Fistikli, Incesu, Tasgedik, Güzelagac, Cimenlik - von den Staatskräften entvölkert.

Das Dorf Hespist in Sirnak-Idil wurde von den Staatskräften überfallen. Sie brannten 100 Häuser des Dorfes nieder.

Das Dorf Baqeyse in Mardin-Savur wurde von den Staatskräften überfallen. Sie verbrannten alle 60 Häuser des Dorfes und vertrieben alle Bewohner und Bewohnerinnen.

Das Dorf Hespist (Yarbasi) in Sirnak-Idil wurde in der Nacht des 20. August von Soldaten der türkischen Armee und von Dorfschützern" überfallen. Sie beschossen das aus 150 Häusern bestehende Dorf mit Raketen und Handgranaten. Dabei wurden vier Bewohner schwer verletzt und eine Reihe von Häusern zerstört.

Am 14. August wurde das Dorf Semse von 50 "Dorfschützern" und Soldaten der türkischen Armee überfallen. Dabei wurde der Jugendliche Sadik Turan durch Schüsse ermordet und zwei Jugendliche schwer verletzt. Nach dem Überfall verließen die Bewohner des aus 150 Häusern bestehenden Ortes ihr Dorf.

Das Dorf Bizenka, das aus 33 Häusern bestand, wurde Mitte August ebenfalls entvölkert.

Auch das Nachbardorf Miwele wurde teilweise entvölkert.

Am 20. August wurden die Dörfer Zenge (Dolunay) und Kerwas (Yalaza) in Diyarbakir-Hazro von "Dorfschützern" überfallen. Sie trieben die Bewohner/inn/en auf dem Dorfplatz zusammen und verprügelten sie mit Knüppeln.

Im Dorf Carmelik (Büyük Hal) in Urfa-Bozova wurden die Bewohner am 15. August vom Kommandanten der Gendarmeriestation, der sich in der Dorfschule einquartierte, auf dem Dorfplatz zusammengetrieben und bedroht. Er wollte die Bewohner zum Verlassen ihres Dorfes zwingen und beschwerte sich darüber, daß die Kinder von Carmelik mit Steinen auf die Soldaten geworfen hatten, die ihre Schule besetzt halten.

Quelle: Özgür Gündem 11.8., 14.8., 20.8.93

Yüksekova, Cukurca und Cizre von Staatskräften angegriffen

Die Stadt Cukurca, die bereits letztes Jahr von der türkischen Armee angegriffen wurde, ist am 19. August erneut von 1.00 bis 7.00 Uhr beschossen worden. Dabei wurden eine schwangere Frau ermordet und acht Menschen verletzt. Nach dem Angriff verhängten die Staatskräfte eine unbefristete Ausgangssperre. Soldaten marschierten durch die Stadt und bedrohten die Bevölkerung.

Am gleichen Tag wurde auch die Stadt Yüksekova erneut angegriffen. Soldaten der türkischen Armee fuhren in Panzern durch die Straßen und riefen Parolen wie "Blut um Blut, Rache bis zum Tod". Gegen 9.00 Uhr wurden die Stadtteile Esentepe und Karayollar mit Panzern beschossen. Dabei wurden sechs Menschen schwer verletzt. Später drangen die Soldaten in die Häuser ein und terrorisierten die Bewohner/inn/en. Der Bürgermeister von Yüksekova, Necdet Buldan, erklärte, daß in dem einst von 50.000 Menschen bewohnten Kreis aufgrund der vielen brutalen staatlichen Angriffe nur noch 5.000 Menschen verblieben sind. Viele



... nach dem Angriff von türkischen Militäreinheiten auf Dörfer im Gebiet Lice (Foto: Özgür Gündem)

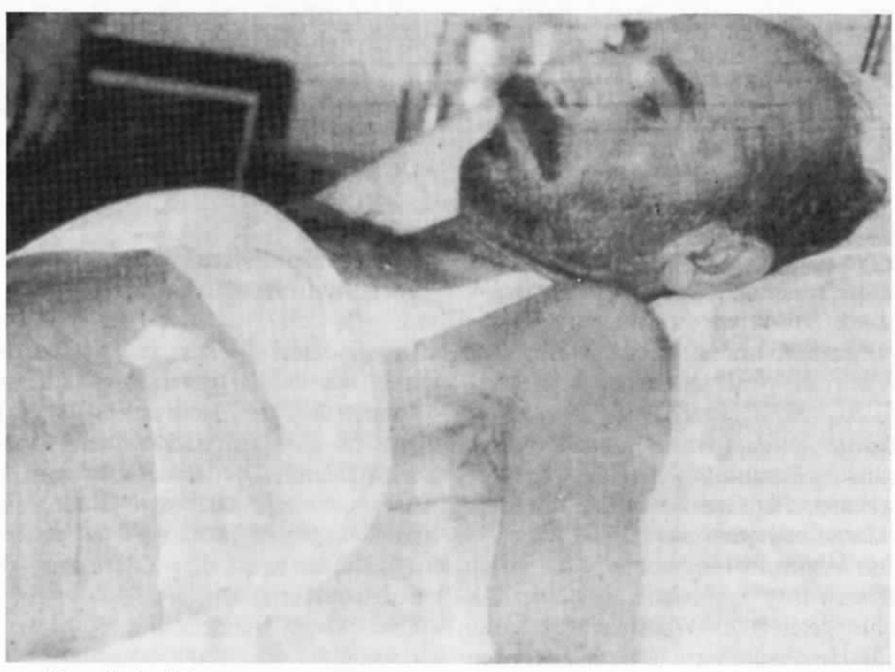
Menschen flohen Richtung iranischer Staatsgrenze.
Die Stadt Cizre wurde am 20. August gegen 23.00 Uhr von den Staatskräfte angegriffen. Bis 3.00 Uhr morgens wurden circa 20 Wohnhäuser und 600 Geschäfte in der Stadt mit Raketen und schweren Waffen beschossen und teilweise stark zerstört. Viele Menschen wurden verletzt. Am Vormittag des nächsten Tages gingen die Angriffe der Staatskräfte in den nahegelegenen Dörfern Herbaq, Mizgeftok (Camili) und Cürahi und auch in dem Dorf Yuvali in Idil weiter.
Quelle: Özgür Gündem 21.8., 23.8.93

Derinca wehrt sich trotz "Dorfschützer"-Terror gegen Entvölkerung

Die Bewohner und Bewohnerinnen des Dorfes Derinca in Mardin-Dargecit erklärten, daß sie ihr Dorf nicht verlassen werden. Das 200 Häuser zählende Dorf wurde von 30 "Dorfschützern" überfallen. Die folterten die Bewohner auf dem Dorfplatz und bedrohten sie mit dem Tod. Zehn Bauern wurden durch die Folter schwer verletzt, zwei Bauern von den "Dorfschützern" verschleppt. Das Dorf Derinca hat sich immer geweigert, "Dorfschützer" zu stellen, deshalb sollen die Bewohner vertrieben werden.
Quelle: Özgür Gündem 12.8.93

Kundgebung für Arzt aus Sirnak

Dr. Sabri Soysal, ein aus Kurdistan stammender Arzt im Praktikum im Staatskrankenhaus Mersin wurde festgenommen, weil er einen verletzten PKK'ler medizinisch behandelt hatte. Er wurde elf Tage lang in der Polizeihaft schwer gefoltert. Es wurde ihm neben der Behandlung von PKK'lern auch vorgeworfen, daß er in einem von Kurden und Kurdinnen bewohnten Stadtteil als Arzt gearbeitet hat. Dr. Soysal erklärte "Ich bin glücklich, daß ich dem Volk gedient habe. Sie haben ganz offen ein Komplott gegen mich eingefädelt. Ich habe im Rahmen des von mir geleisteten Hypokratischen Eid meine Pflicht getan".
Die Bewohner des Stadtteils Yenipazar in Mersin setzen sich für Sabri Soysal ein, der auch aktiv in der Gewerkschaft Saglik-Sen (Gesundheitswesen) und in



Alltägliche Bilder ....

der Ärztekammer war. Eine Gruppe von Bewohnern versammelten sich vor dem Krankenhaus und forderte die Freilassung des Arztes aus Sirnak und den Rücktritt des Gouverneurs von Mersin, der für die Verhaftung verantwortlich ist. Die Bewohner des Stadtteils sammeln Unterschriften für die Freilassung des kurdischen Arztes und erklärten, daß sie zu keinem anderen Arzt gehen werden. Sie gaben eine Erklärung gegen den Staatsterror, gegen die Überfälle unter dem Vorwand von Durchsuchungen" auf ihre Wohnungen im Stadtteil ab.
Quelle: Özgür Gündem 9.8., 12.8.93

Konterguerillamorde in Diyarbakir und Batman

Am 18. August wurde der Lastwagenfahrer und Vater von vier Kindern, Celal Konat im Stadtteil Baglar in Diyarbakir von der Konterguerilla ermordet. Halis Kuzu wurde bei diesem Angriff schwer verletzt.
In der Melihahmet Caddesi wurde zur gleichen Zeit Abdülhlik Sasmaz von zwei Konterguerillas durch Schüsse schwer verletzt. Die Konterguerilla hatte bereits früher einen Bombenanschlag auf sein Geschäft verübt.
Am Morgen des 25. August wurde der 30-jährige Mehmet Celik im Stadtteil Baglar vor der Post von zwei Konterguerillas durch Schüsse ermordet. Seine Verwandte, die, als sie von dem Mord erfuhren, sofort zum Tatort rannten, wurden von der Polizei festgenommen.
In Batman wurden am gleichen Tag drei Konterguerillaangriffe verübt, bei denen drei Menschen ermordet und drei Menschen verletzt wurden. Im Stadtteil Ipragaz wurde der 44-jährige Vahdettin Cetlik und der 50-jährige Hayrettin Celik durch Schüsse ermordet und Ibrahim Güzel schwer verletzt.
In der Nacht zuvor wurden Veysi Inag und ein weiterer Mensch bei einem Konterguerillaangriff verletzt. Am nächsten Morgen wurde Mehmet Sevin ebenfalls in Batman von der Konterguerilla ermordet.
Quelle: Özgür Gündem 20.8., 27.8.93

Konterguerilla ermordete Melle Muhyettin Tastekin

Der Melle Muhyettin Tastekin, Mitglied des Vorstands der Organisation der kurdischen Gläubigen YDK, der erst einen Tag zuvor aus der BRD in sein Dorf Ziyaret-Anzar in Mus gekommen war, wurde in der Nacht von vier Konterguerillas aufgesucht, die sich als PKK'ler ausgaben. Sie forderten ihn auf, mit ihnen vor die Tür zu gehen, weil sie etwas mit ihm zu besprechen hätten. Da diese Leute dem Tastekins verdächtig vorkamen, weigerte sich der Melle, mit ihnen zu gehen. Daraufhin hielten sie seine Frau Hatice fest und schleppten ihn vor die

Tür. In unmittelbarer Nähe des Hauses ermordeten sie ihn durch Schüsse.
Quelle: Özgür Gündem 14.8.93

Gendarmeriekommandant gestand Morde an Zivilisten

Der für grausame Massaker bekannte Gendarmeriekommandant von Sirnak, Mete Sayar (wir berichteten über den Tonbandmitschnitt seiner Funksprüche), der wahrscheinlich zum türkischen Militärattache in Moskau ernannt werden wird, gestand indirekt die Ermordung eines Hocas (islamischer Geistlicher) ein. Sayar erklärte, er habe "einen Imam, der sich als Armenier entpuppte, weil er ein Kreuz trug" angeblich "bei einer Aktion getötet". In Wahrheit wurden am 13. Juni bei einem Überfall der Gendarmeriekräfte auf das Dorf Bespin (Görümlü) der Imam Ibrahim Akil und die Bauern M. Salih Demirhan, Halit Özdemir, Hamdi Simsek, Hikmet Simsek und Semdin Culaz festgenommen. Die letztgenannten beiden Bauern waren Christen. Bei der Durchsuchung ihres Hauses nahmen die Gendarmen ein Kreuz mit, das sie dem Imam um den Hals hängten und ihn als "Armenier" vor der Dorfbevölkerung darstellten und ebenso wie die beiden Christen beleidigten. Anschließend verschleppten sie die sechs Dorfbewohner. Seitdem fehlte von ihnen jede Nachricht. Es ist zu befürchten, daß Mete Sayar den Imam und auch die fünf Bauern, die mit ihm verschleppt wurden, ermordet hat.
Quelle: Özgür Gündem 13.8.93

Drei Kinder in der Haft verschwunden"

Die im Dorf Derxust in Diyarbakir-Lice am 9. August festgenommenen Kinder M. T. (13 Jahre alt), M. S. (14) und N. B. (12) sind seitdem "verschwunden". Die Gendarmeriewache behauptet gegenüber den Eltern, sie wüßte angeblich nicht, wo die verhafteten Kinder seien. Die Eltern sind in Sorge um ihr Leben.
Quell: Özgür Gündem 14.8.93

Neun Bauern aus Dargecit seit Wochen "verschwunden"

Von neun Bewohnern, die Anfang Juli aus dem Dorf Zewke in Mardin-Dargecit festgenommen wurden, fehlt jede Nachricht. Die Angehörigen von Adurrahman Yildiz, Abdullah Cakir, Mehmet Hüseyin Bozdemir, Habip Aydogdu, Mehmet Acat, Abdullah Acat, Ata Yaman, Ömer Kaya und Salih Kaya, die bei einem Überfall der Sicherheitskräfte auf ihr Dorf verschleppt wurden, sind in Sorge um das Leben der Verschleppten, da die Behörden behaupten, nicht zu wissen wo sie sind. Auch von dem am 11. Juli festgenommenen Abidin Kömürcü fehlt immer noch jede Nachricht. Er wurde in Mardin-Derik von den Sicherheitskräften festgenommen, die politische Polizei und andere Stellen leugnen jedoch seine Festnahme.
Quelle: Özgür Gündem 12.8., 24.8.93



...mißhandelter Menschen ....

Rechtsanwälte "verschwunden"

Die Rechtsanwälte Niyazi Yalcin und Murat Alkar der Anwaltskammer Adana sind am 18. August in Dogubeyazit, wohin sie auf Besuch gefahren sind, auf der Straße vor Augenzeugen festgenommen worden. Seitdem fehlt von den beiden Anwälten jede Nachricht. Die staatlichen Stellen leugnen ihre Festnahme. Der Menschenrechtsverein IHD, die Anwaltskammer und ihre Angehörigen wandten sich an internationale Anwaltsinstitutionen.
Quelle: Özgür Gündem 25.8.93

16-jährige in Polizeihaft gefoltert und sexuell belästigt

Die 16-jährige S.A. wurde in Cizre ohne Grund festgenommen und zur politischen Polizei Sirnak gebracht. Dort wurde sie 16 Tage lang brutal gefoltert und sexuell belästigt, um sie zur Agententätigkeit zu zwingen. Die Polizisten zogen sie nackt aus und zwängten sie in einen Autoreifen. Sie schlugen sie mit Knüppel und belästigten sie sexuell und drohten ihr ständig mit Vergewaltigung. Sie drohten ihr damit, sie den Soldaten zu übergeben, dann würde sie "von allen Soldaten vergewaltigt und dann weggeworfen, ohne daß jemand davon erfährt." Deshalb solle sie "dankbar sein, daß sie in ihren Händen ist". Vor ihrer Freilassung zeigte ihr einer der Folterer ein Fotoalbum mit abgeschnittenen Leichenteilen und drohte ihr mit Ermordung, wenn sie nicht Agentendienste leistet. Außerdem versprach er ihr Geld, ein Haus und ein Auto, wenn sie mit der Polizei zusammenarbeitet. S. A. lehnte jegliche Agentendienste ab und machte die brutale Folter und sexuelle Belästigung öffentlich.
Quelle: Özgür Gündem 21.8.93

Folter nach willkürlicher Festnahme

Am 11. August wurden Mehmet Aslan, Salih Tunc und Aziz Arda im Zentrum von Diyarbakir ohne jeden Grund, nach einer Ausweiskontrolle vor der Zentralbank, zur Polizeiwache gebracht. Dort wurden sie brutal gefoltert und bedroht, bevor sie nach zehn Stunden wieder freigelassen wurden. Die drei Gefolterten erklärten, daß sie Strafanzeige gegen die folternden Polizisten stellen.
Quelle: Özgür Gündem 13.8.93

Wieder "Hinrichtung ohne Urteil" in Istanbul

Am Nachmittag des 14. August ermordete eine "Anti-Terror"-Einheit der politischen Polizei Istanbul fünf Menschen in einem Cafe im Stadtteil Okmeydan. Die Ermordeten, Nebi Akyürek (16 Jahre alt), Selma Citlak (Mutter eines eineinhalb Jahre alten Mädchens, die in dem Cafe arbeitete), Sabri Atilmis, Hakan Kasa, sollen nach einer Erklärung des Chefs der politischen Polizei Istanbul angeblich "Militante der Organisation Devrimci Sol" gewesen sein. Ihre Angehörigen erklärten, daß die Ermordeten nichts mit irgendeiner politischen Organisation zu tun hatten und sprachen von einer Hinrichtung ohne Urteil". Der Besitzer des Cafes wurde acht Stunden lang bei der politischen Polizei verhört und bedroht.
Quelle: Özgür Gündem 16.8.93

Spezialteamterror in Izmir

In den von vielen KurdInnen aus Mardin bewohnten Dörfer Havuzbasi, Taskesik und Canli in Izmir-Bayindir terrorisierten Spezialteams ab dem 18. August eine Woche lang die BewohnerInnen. Sie überfielen 70 Häuser in diesen Dörfern, verprügelten die Bewohner und verwüsteten ihre Einrichtung und Vorräte unter dem Vorwand von Hausdurchsuchungen". Sie nahmen einige Bewohner fest und verhörten sie eine Woche lang auf der Polizeiwache. Die Polizisten umstellten das Haus der Familie Yildiz und folterten den Familienvater. Sie hielten ihn fünf Tage lag und seine Schwester drei Tage lang gefangen. Die kurdischen Bewohner der drei Dörfer erklärten, daß sie mit der türkischen Bevölkerung in ihrer Umgebung keinerlei Probleme haben und protestierten gegen den Staatsterror.
Quelle: Özgür Gündem 23.8., 24.8.93

Angeklagte protestierten vor Gericht gegen Folter

Tahir Kocer und Masallah Subasi wurden vom 1. Staatssicherheitsgericht Istanbul wegen angeblicher PKK-Mitgliedschaft angeklagt. Sie sagten vor Gericht aus, daß sie während der Untersuchungshaft schwer gefoltert, u.a. mit Elektroschocks und mit Knüppeln, und vergewaltigt wurden. Während der Folter wurden sie zur Unterschrift unter vorgefertigte falsche Protokolle gezwungen. Sie erklärten, daß sie nur verhaftet wurden, weil Angehörige von ihnen bei der Guerilla sind, wofür sie nicht verantwortlich gemacht werden können. Das Gericht sprach sie wegen fehlender Beweise und der widersprüchlichen durch Folter erzwungenen Verhörprotokolle frei.
Quelle: Özgür Gündem 15.8.93

Politische Polizei gestand nach 23 Tagen Verhaftung von Zeynep Karaman ein

Der Chef der politischen Polizei Adana gab nach 23 Tagen zu, daß Zeynep Karaman doch in ihren Händen ist. Zunächst hatten alle Stellen behauptet, sie hätten Zeynep nicht festgenommen und wüßten nicht, wo sie ist. Sie wurde am 31. Juli festgenommen, seither fehlte von ihre jede Nachricht. Der Bruder, der sich an amnesty international gewandt hatte, erklärte, daß er über einen Anwalt anderer Gefangener erfahren hat, daß seine willkürlich festgenommene Schwester jeden Tag mit dem Rollstuhl zum Verhör gebracht wird, da sie infolge der Folter nicht mehr laufen kann.
Quelle: Özgür Gündem 23.8.93



.... in Kurdistan

600 Menschen in Adana gefoltert

600 KurdInnen wurden bei dreitägigen Polizeioperationen in Adana vom 18. bis 21. August in den kurdischen Stadtteilen willkürlich festgenommen. Sie wurden in die Sporthalle des Polizeikollegs gebracht, wo sie unter der Anleitung des Chefs der politischen Polizei Adana, Mete Altan, gefoltert wurden, der den Polizeischülern beibrachte, wie sie die Gefangenen mit Knüppeln schlagen sollen.
Quelle: Özgür Gündem 23.8.93

Studenten mit Drohungen als Agenten anzuwerben versucht

Polizisten der politischen Polizei Tokat verschleppten die beiden Studenten Mehmet Sahin und Serdar Yavas, die zu Gast bei einem Redakteur der Zeitschrift Partizan waren, und versuchten sie durch Drohungen für

Agentendienste anzuwerben. Als die beiden ablehnten wurden sie brutal zusammengeschlagen. Sie wurden am nächsten Tag freigelassen und erstatteten Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft. Der zuständige Staatsanwalt wies die Anzeige mit den Worten zurück: "Das ist doch ganz natürlich, man muß der Polizei helfen. Warum habt ihr das Angebot, Agentendienste zu leisten, nicht akzeptiert?"
Quelle: Özgür Gündem 15.8.93

Polizei foltert bei Überfällen auf Wohnungen

Die Polizei umstellte am 13. August mehrere Häuser in den von KurdInnen bewohnten Stadtteilen in Antep. Refika Sendur wurde in ihrer Wohnung von den Polizisten nackt ausgezogen und gefoltert. Sie gaben ihrem dreijährigen Sohn 1000 TL und verlangten von ihm Auskunft über seine Mutter.
Das Haus der Familie Demir wurde am gleichen Tag 18 Stunden lang umstellt, die Bewohner wurden in ihrem Haus gefoltert.
Außerdem wurden Ökkes Celik, Hüseyin Yaman, Mitglieder der Partei DEP, und seine Frau Sultan ohne Angabe von Gründen festgenommen.
Quelle: Özgür Gündem 15.8.93

15 Kinder in Göklü festgenommen

Im Dorf Yukari Göklü in Urfa-Halfeti wurden 15 Kinder zwischen sieben und 15 Jahren zuerst verprügelt und dann festgenommen, weil sie bei einer Hochzeit angeblich PKK-Parolen gerufen haben sollen.
Quelle: Özgür Gündem 21.8.93

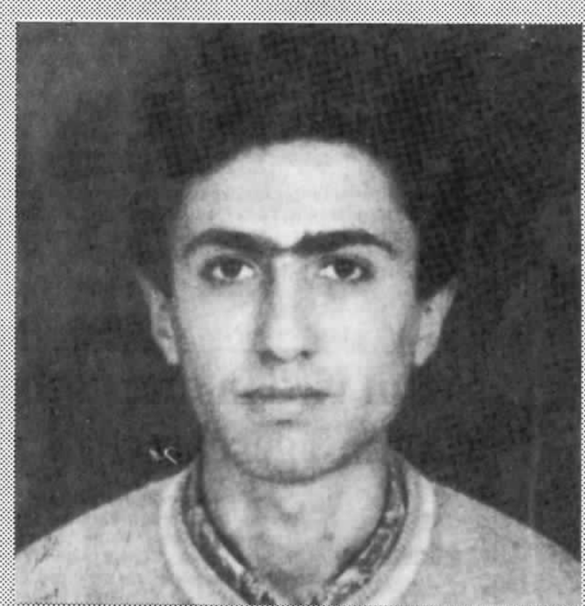
Polizeiterror gegen kurdische ambulante Händler in Istanbul

In letzter Zeit verstärkte sich wieder der Polizeiterror gegen Kinder und Jugendliche aus Kurdistan, die in Istanbul als ambulante Händler arbeiten, um den Lebensunterhalt ihrer Familien, die aus Kurdistan vertrieben wurden, zu sichern. Die Kinder und Jugendlichen werden vor allem von Zivilpolizisten bedroht und verprügelt und aufgefordert, sich nicht mehr sehen zu lassen. Die Polizisten verstreuen ihre Waren - meist Lebensmittel wie Muscheln oder Obst und zerschlagen ihre Wägen, auf denen sie ihre Ware verkaufen.
Quelle: Özgür Gündem 21.8.93

Wir protestieren gegen die Kriminalisierung der Tageszeitung "Özgür Gündem"!
Wir fordern die sofortige Einstellung aller Strafverfahren gegen "Özgür Gündem" und die MitarbeiterInnen!
Wir fordern die sofortige Freilassung aller inhaftierten Redakteure von "Özgür Gündem"!
Wir fordern Auskunft über den Aufenthalt von Aysel Malkac, "verschwunden" seit dem 7. August 1993!



Aysel Malkac, "verschwunden "seit dem 7. August 1993



Ferhat Tepe, ermordet am 4. August 1993

Zu den Angriffen des türkischen Militärs auf die Stadt Yüksekova am 15. August 1993 Presseerklärung

"Unsere Untersuchungskommission ist nach Yüksekova gefahren, um die Ereignisse, die am 15.8.93 um 21.50 Uhr begannen und bis um 11.00 Uhr am nächsten Tag andauerten, in der Kreisstadt zu untersuchen. Wir sahen, daß die Gebäude im Stadtzentrum beschossen, die Läden verwüstet und die Waren verstreut wurden. Obwohl es ein Arbeitstag war, hatte kein einziges Geschäft geöffnet.

Bei unseren Gesprächen mit der Bevölkerung vor dem Rathaus erfuhren wir, daß die Sicherheitskräfte die Stadt unter Kugelhagel gehalten haben. Viele Häuser wurden mit Raketen und Granaten beschossen, obwohl es keinerlei Angriff (von der Guerilla, Anm. d. Red.) auf die Stadt gegeben hatte. Die Geschäfte im Stadtzentrum wurden zwischen 6.00 und 8.00 Uhr erneut von den Sicherheitskräften angegriffen und zerstört. In einige Geschäfte fuhren die Sicherheitskräfte mit Panzern hinein. Die Bevölkerung wies darauf hin, daß ein Gueriellaangriff höchstens eine Stunde gedauert hätte, wenn es denn einer gewesen sein sollte. Es ist nicht möglich, daß ein Guerillaangriff 23 Stunden dauert. Außerdem wurden die Geschäfte im Stadtzentrum tagsüber verwüstet und zerstört, was ein Beweis dafür sei, daß es die Staatskräfte waren.

Bei unsere Gesprächen im Rathaus mit dem Bürgermeister, den Abgeordenten der CHP, DEP, SHP erklärten die zuständigen Abgeordneten, der Bürgermeister und die Stadtteilbürgermeister, daß sie mit eigenen Augen gesehen haben, wie die Staatskräfte das Stadtzentrum 13 Stunden lang beschossen haben.

Der Präfekt, der Sicherheitschef (politische Polizei) und der Kommandant der Gendarmereieinheit behaupteten dagegen, daß die Stadt von der PKK angegriffen worden sei und sie dorthin, von wo geschossen wurde, zurückgeschossen hätten. Unsere Recherchen bei Vertretern öffentlicher Institutionen und Einrichtungen bezüglich der Behauptung, es habe ein Angriff auf die Stadt stattgefunden, haben zu folgendem Ergebnis geführt:

1) Die Arbeiter und Wächter des angeblich von der Guerilla angegriffenen Betriebes "TR-Straßenbau" erklärten, daß es eine Kommandoeinheit der Staatskräfte war, die den Betrieb auch aus der Luft angegriffen, Brandbomben hineingeworfen und die Baumaschienen beschossen haben.

2) Die Arbeiter des angeblich von der Guerilla angegriffenen Betriebes "Türkische Milchindustrie" erklärten, daß es die Bezirks-Grenzgendarmerietruppe war, die den Angriff durchgeführt und auf sie geschossen hat.

3) Die Bewohner des Stadtteils Esentepe, der hinter der Unterkunft der Einheit der Bezirksgendarmerie liegt, erklärten, daß sie mit eigenen Augen gesehen haben, daß der Angriff von den Staatskräften durchgeführt wurde.

4) Es wurde festgestellt, daß der als Guerillero dargestellte Tote, nicht von der Guerilla, sondern ein Arbeiter der Baustelle war. Weiter wurde festgestellt, daß alle Verletzten in der Zeit zwischen 6.00 und 8.00 Uhr morgens vor ihrem Haus oder im Vorgarten ihres Hauses verletzt worden waren. Eine Frau wurde beim Melken der Kuh vor ihrem Haus verletzt, die Kuh wurde getötet.

Wir sind durch unsere Untersuchungen vor Ort und unsere Gespräche mit der Bevölkerung sowie den gewählten politischen Vertretern und Stadtteilbürgermeistern zu der Feststellung gekommen, daß es keinen Guerillaangriff auf die Kreisstadt gegeben hat. Vielmehr haben die staatlichen Sicherheitskräfte einen geplanten Angriff auf die Bevölkerung durchführt.

Mit diesem Angriff wurde das Ziel verfolgt, das Volk einzuschüchtern und die demokratische Volksopposition mit Gewalt niederzuschlagen. Die Verantwortlichen für diese Verschwörung sind der Präfekt und die Sicherheitskräfte. Das reiht sich ein in die Kontinuität der allgemein im Land verfolgten Politik und Methoden.

Die Ausweglosigkeit dieser Poltik ist klar. Der einzige Lösungsweg besteht darin, daß der Staat von seiner Gewaltpolitik Abstand nimmt und demokratische und politische Lösungswege öffnet. Es gibt keine andere Möglichkeit.

Der Presse und Öffentlichkeit zur Kenntnis.

- Remzi Kartal (Abgeordneter von Van)
- Nejdet Buldan (Bürgermeister von Yüksekova)
- Mesut Öztürk (Bürgermeister von Van)
- Ismail Aydin (Abgeordneter der DEP)
- Hamit Geylani (Bezirksvorsitzender der DEP Hakkari)
- Abdulkerim Demirel (Vorsitzender der Sektion Hakkari des Menschenrechtsvereins IHD)
- Ilhan Günderi (Vorstandsmitglied der DEP Van)
- Riza Delen (Vorstandsmitglied der DEP Van)
- Seyfettin Atasöy (Bezirksvorsitzender der CHP Yüksekova)
- Ali Karaman (Mitglied des Provinzparlaments)
- Zeki Aras (Bezirksvorsitzender der DEP Yüksekova)
- Cemil Demir (Mitglied des Stadtrats Yüksekova)
- Sevki Özcan (Mitglied des Stadtrats Yüksekova)
- Latif Tuncer (Mitglied des Stadtrats Yüksekovas)
- Rifat Uzunay (MItglied des Stadtrats Yüksekova)
- Abdullah Tekin (MItglied des Stadtrats Yüksekova)
- Ismail Dikce (Vertreter der städtischen Arbeiter Yüksekova)

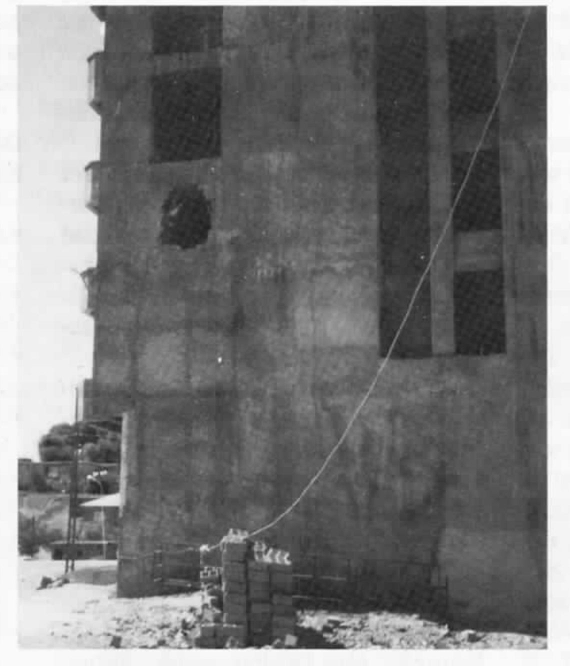
22.8.1993

Zu den Angriffen auf die Stadt Yüksekova dokumentieren wir weiterhin eine Pressemitteilung, die eine Frauendelegation, die sich zu dem Zeitpunkt gerade in der Region Hakkari aufhielt noch von dort nach Deutschland schickte. Trotz Behinderung und Einschüchterung seitens der türkischen Militärs konnten sie mit Augenzeugen des

"Es waren deutsche Waffen, mit denen auf uns geschossen wurde!"

Wir, die Unterzeichnerinnen, befanden uns am 22. August 1993 auf dem Weg nach Yüksekova. In Hakkari wurden wir am Busbahnhof festgenommen und 4 Stunden lang von den Sicherheitskräften festgehalten und verhört. Unter Aufsicht der Polizei wurden wir gezwungen, die Stadt wieder zu verlassen.

Wir werten dies als deutliches Zeichen, daß eine objektive Berichterstattung über die Vorfälle in Yüksekova und anderen Orten in den kurdischen Gebieten der Türkei verhindert werden soll.
Obwohl wir uns auch in Yüksekova nur unter Polizeiaufsicht bewegen konnten, bestätigte sich für uns das Bild, das uns schon am 21. August durch Augenzeugenberichte vermittelt worden war:



Zerstörtes Haus in Yüksekova

Die Stadt Yüksekova wurde zweimal angegriffen. Sowohl in der Nacht vom 15. auf den 16. August als auch erneut am 19. August. Nach den Augenzeugenberichten weisen öffentliche Gebäude in der Stadt, Wohnungen und Geschäfte massive Spuren von Gewehr- und Granateneinschüssen auf. Die Menschen berichteten uns übereinstimmend von einem 13stündigen Angriff durch die Sicherheitskräfte: "Sie schossen von allen Seiten auf unsere Häuser. Es waren deutsche Waffen, mit denen auf uns geschossen wurde ...". Wir selbst konnten uns von der Stationierung eines deutschen Panzers in Yüksekova überzeugen.

Um ca. 21.30 Uhr am 15. August überfielen Spezialeinheiten mit Panzern den Stadtteil Esentepe und eröffneten das Feuer auf die Häuser und die Menschen auf der Straße. Sie schossen auch auf einen Lastwagen mit etwa 60 Kindern im Alter zwischen 1 und 12 Jahren, die vor dem Angriff in Sicherheit gebracht werden sollten. Dabei wurde dem Mann, der den Lastwagen begleitete (der Name ist uns bekannt), ein Auge ausgeschossen. Menschen wurden mit Schlägen aus den Häusern getrieben, Frauen an den Haaren gerissen, die Wohnungen wurden geplündert und zerstört, den Frauen wurde ihr Schmuck abgenommen. Offiziellen Angaben zufolge gab es mindestens 1 Toten und 4 Schwerverletzte. Während der Angriffe tanzten Augenzeugenberichten zufolge die türkischen Soldaten auf ihren Fahrzeugen und riefen Parolen wie: "Wir werden Euch alle töten!".
Nachdem die zweitägige Ausgangssperre aufgehoben worden war, verließen viele Menschen fluchtartig ihre Häuser, um sich in Sicherheit zu bringen.

Diese Angriffe und Parolen richten sich gegen das gesamte kurdische Volk. Das bestätigte auch der örtliche Präfekt von Yüksekova in einem Gespräch mit der Delegation: "Bei der Bekämpfung der Terroristen die Menschenrechte einzuhalten ist sehr schwierig," sagte er. "Das Volk bildet mit der PKK eine Einheit."

Nachdem die Delegation wieder abgereist war, kam es am 19. August erneut zu einem schweren Angriff der Sicherheitskräfte auf die Bevölkerung. Insbesondere die Sondereinheiten waren daran beteiligt. Dabei wurden sogar Bomben aus Hubschraubern abgeworfen.

Die Menschen in Yüksekova leben in ständiger Angst, praktisch umzingelt von den schußbereiten militärischen Sondereinheiten und türkischen Sicherheitskräften. "Nur ein provokativer Schuß eines 'Dorfschützers' würde ausreichen, um ein noch größeres Massaker anzurichten, das uns alle vernichten könnte," sagte ein Mitglied der örtlichen SHP gegenüber der Delegation. "Die Weltöffentlichkeit muß endlich reagieren, um uns vor der Vernichtung zu schützen."

- Die Teilnehmerinnen der Delegation:
- Angelika Langenohl-Weyer,
- Edith Bruckwilder,
- Thea A. Struchtemeier,
- Regina Scheurer.

Iran in Zahlungsschwierigkeiten - Deutsche Monopole erobern den Iran

(Kurdistan Komitee Karlsruhe)

Im Jahr 1992 und auch 1993 war der Iran der wichtigste Kunde bei deutschen Firmen im ganzen Nahen Osten. Acht Milliarden Mark betrugen 1992 die Exporte aus der Bundesrepublik Deutschland in den Iran, das waren 18 Prozent mehr als 1991, wo das Exportvolumen 6,7 Mrd. DM ausmachte. 1990 betrugen die Exporte aus der BRD in den Iran 6.46 Milliarden DM, 1989 (während des Krieges zwischen Iran und Irak) waren es "nur" 3,75 Milliarden DM.

Die Firmen, die die großen Irangeschäfte machen, lesen sich wie das "Who is Who" der deutschen Konzerne: Siemens, seit Jahren der große Iranhändler mit mindestens einer Milliarde Geschäftsvolumen pro Jahr schon seit Schahzeiten, Kraftwerk Union (KWU, Siemenstochter), Asea Brown Boweri (ABB), Krupp, Daimler Benz, Mannesmann, Kloeckner, Bilfinger und Berger, Hoch-Tief ...

Im April wurde bekannt, daß der Iran die Treuhand-Gesellschaft Berlin, die die ehemaligen Betriebe der DDR privatisiert und über drei Millionen Arbeitsplätze in der ehemaligen DDR wegrationalisierte, zur Reprivatisierung der 1979 verstaatlichten Betriebe in den Iran holen will. Ähnlich wie bei der Privatisierung der Staatswirtschaft in der Türkei, soll dabei gleichzeitig ein Doppelgeschäft laufen: Sanierung und Verkauf der Betriebe, Abgeltung der Kosten in Joint-Venture Betreiberfirmen der sanierten Betriebe, bis Kosten und kalkulierter Gewinn eingefahren ist, sowie Durchführung gleicher Projekte in den transkaukasischen Ländern.

Die Privatisierung der iranischen Staatsbetriebe nimmt eine Schlüsselstellung im iranischen 5-Jahres-Haushaltsplan ein.

Durch den Krieg gegen den Irak befindet sich der Iran in einer tiefen Wirtschaftskrise: die Produktionsanlagen hatten während des Krieges wegen fehlender Rohstoffe und Arbeitskräften nur eine Auslastung von 30 Prozent, in diesem Jahr beträgt die Auslastung erstmals 40 Prozent. Die Inflationsrate beträgt 40 Prozent, gerade sah sich die Regierung gezwungen, die Landeswährung Rial um 90 Prozent abzuwerten. Die Arbeitslosenrate liegt bei 40 Prozent, der Lebensstandard der Bevölkerung sinkt weiter, besonders nach der Aufhebung der Preisbindung für die Grundnahrungsmittel.

Kurz vor Beendigung des Krieges gegen den Irak befanden sich die ersten deutschen und europäischen Wirtschaftsdelegationen, direkt nach Kriegsende der internationale Währungsfonds und die Weltbank im Iran. Die Firmen witterten nicht umsonst große Geschäfte, waren doch große Teile der Wirtschaft de des Irans, besonders der Ölindustrie, durch den Krieg zerstört oder beschädigt. Das Ergebnis dieser Untersuchungen: Die iranische Regierung beschloß den 5-Jahresplan von 1991 - 1994/95 mit einem Investitionsvolumen von 3,83,6 Milliarden US-Dollar. Die Investitionsgelder sollen hauptsächlich in die Wiederherstellung und Erweiterung der Erdölförderkapazitäten, die Erschließung der Erdgasfelder, besonders des "North-Gas-Fields", der Petrochemie, in den Ausbau des Straßen- und Eisenbahnnetzes, den Energiesektor und zum Bau von Erdöl- und Erdgaspipelines ausgegeben werden. für die Entwicklung der Nahrungsmittelindustrie und für den Bedarf der Bevölkerung ist da nichts vorgesehen.

Der Iran ist bei diesem Entwicklungsprogramm im wesentlichen abhängig von seinen Rohölexporten. Rund 70 Prozent der Staatseinnahmen kommen aus dem Ölexport. Noch 1991 völlig schuldenfrei, verwandelte sich der Iran erstmals in einen Schuldnerstaat. Durch die völlige Auspowerung der Wirtschaft durch den Krieg und die großen Zerstörungen war der Iran nicht allein in der Lage, dieses Investitionsprogramm zu finanzieren. Hinzu kam der Einbruch des Rohölpreises auf dem Weltmarkt. Erstmals sah sich der Iran gezwungen, für das geplante Investitionsprogramm Kredite beim Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und der Bundesrepublik aufzunehmen. Diese stellten sogleich die

vom iranischen Parlament genehmigte Summe von 27,4 Milliarden Dollar zur Verfügung. die Bundesregierung erhöhte die Hermes-Bürgschaften (Ausfallabsicherung von Investitionen und Anlagengeschäften deutscher Firmen im Ausland) von 500 Millionen DM und dann auf 1,5 Milliarden DM. Zur besseren Abwicklung der Geschäfte wurde die deutsch-iranische Handelskammer reaktiviert, die Europäische Gemeinschaft richtete eine Vertretung ein.

Seit Beginn dieses Jahres befindet sich der Iran nun in einer Zahlungskrise. Die Einkünfte aus dem Rohölverkauf lagen um zwei Milliarden Dollar erheblich unter den erwarteten Einnahmen, das Jahr zuvor mußte die Regierung ebenfalls ein Exportdefizit durch den sinkenden Ölpreis verbuchen. Die Zahlungsrückstände des Irans betragen mittlerweile fast drei Milliarden Dollar. Davon schuldet der Iran allein rund zwei Milliarden US-Dollar deutschen Firmen, 700 Millionen japanischen und 80 Millionen französischen Firmen. Die deutschen Banken rechnen nicht damit, daß der Iran vor dem Frühjahr 1994 sich aus dieser Situation befreien kann und wieder liquide ist.

Nach der Ankündigung der Zahlungsunfähigkeit, gewährte ein deutsches Konsortium von elf Banken einen einjährigen Zahlungsaufschub für offene Rechnungen von 920 Millionen US-Dollar, also etwa der Hälfte der Schulden bei deutschen Firmen. Diesem Aufschub voraus ging ein Besuch einer iranischen Wirtschaftsdelegation in der BRD. Der Zahlungsaufschub wurde erst gewährt, nachdem die beschleunigte Privatisierung durch die Treuhandgesellschaft und weitere Joint-Venture-Geschäfte als Einstieg von Geschäften in Transkaukasien unter Dach und Fach waren. So ist der Iran in eine Situation geraten, wo er die Kontrolle von Teilen seiner Wirtschaft an ausländische, deutsche Konzerne und Banken abgeben muß.

Die Unternehmen und die Bundesregierung fahren bei ihren Irangeschäften einen anderen Kurs als die USA. Die USA versucht, gestützt auf Ägypten, den Iran im Mittleren Osten durch Schürung von Widersprüchen weiter zu isolieren. Unlängst unternahm der ägyptische Präsident Mubarak eine Rundreise durch die arabischen Länder und beschwor die Gefahr des islamischen Fundamentalismus. Handfeste Interessen stecken hinter dieser Auseinandersetzung. Die Politik der USA gegenüber dem Irak zeugt von ihren Isolierungsabsichten des Irans. Die BRD versucht, gestützt auf die Türkei und den Iran in die zentralasiatischen Turkrepubliken vorzudringen, die USA versucht gleiches gestützt auf Saudi-Arabien. Die deutschen Konzerne lokken die Reichtümer der Region des Mittleren Ostens und Zentralasiens. Die Türkei war immer, auch im ersten, im zweiten Weltkrieg und danach ein verläßlicher Wirtschafts- und Militärpartner Deutschlands, der Iran zumindest wirtschaftlich im zweiten Weltkrieg und danach. Die BRD stärkt zur Zeit kräftig wirtschaftlich den Iran. Besonders, als die Beziehungen zwischen der Türkei und der BRD "getrübt" waren wegen der Annährung der Türkei an die USA im Golfkrieg gegen den Irak und des kurzfristigen Aussetzens der Waffenlieferungen im letzten Jahr, verstärkte die BRD ihr wirtschaftliches Engagement im Iran. Ein deutliches Zeichen für die Türkei. Die neue Großmacht Deutschland hat im Raum Mittlerer Osten Interesse an verläßlichen aber auch zumindest wirtschaftlich abhängigen Partner - als Ordnungsfaktor und als Flankenschutz für die Verfolgung eigener Interessen in Zentralasien. Ein angeschlagener Iran kommt für dieses Vorhaben gerade recht. Die deutschen Konzerne sind auf dem besten Wege, die früher marktbeherrschende Stellung der US-Monopole im Iran zu erobern und den Iran ebenfalls als Sprungbrett nach Zentralasien zu benutzen.

(Quellen: Jahrbuch Nah-Ost 1989 des Deutschen Orient-Institut, Handelsblatt (13.6.1991; 5.8., 18.8., 8.10.92, 13.1. 8.3. 11.5. 11./12.6.1993), Frankfurter Rundschau 15.5.1993, Politische Berichte 24/82, 11/84, Munzinger- Archiv, Internationales Handbuch-Zeitarchiv.)

Daten zur deutschen Expansion im Iran

Bereits 1857 werden im "preußisch-persischen Freundschafts- und Handelsvertrag" die Möglichkeiten für Handelsbeziehungen erkundet. 1873 wird ein zweiter "Freundschafts- und Schiffahrtsvertrag" abgeschlossen. 1885 folgt die Errichtung einer ständigen Gesandtschaft in Teheran sowie die Eröffnung einer deutschen Schule. Bis zum Beginn des ersten Weltkrieges bereits an sechster Stelle der Einfuhrländer mit ca. drei Mio. Reichsmark und an siebter Stelle der Einfuhrländer mit 0,5 Millionen Reichsmark. Nach dem ersten Weltkrieg versuchen deutsche Regierung und deutsche Konzerne den Verlust der Kolonien durch verstärkte Expansion in den Iran auszugleichen.

1918 wird in Berlin die "Deutsch-persische Gesellschaft" (DPG) gegründet. Deutsche Konzerne erhalten die meisten Aufträge im Rahmen der Industriealisierungsprojekte unter Reza Khan. Die deutschen Firmen Julius Berger Tiefbau AG Berlin, Phillip Holzmann AG und Siemens Bauunion gehören zum Konsortium, das die Nord-Süd-Eisenbahn im Iran baut. 1927 erhält Junkers die Konzession zur Errichtung des persischen Flugnetzes. Siemens baut das Telefonnetz aus. Bis 1933 erfolgt ein rasanter Aufschwung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen.

Nachdem in Deutschland die Faschisten an die Macht kommen wird in Teheran die deutsch-iranische Handelskammer eingerichtet. Nach dem zweiten Weltkrieg wird diese Entwicklung ungebrochen fortgesetzt. Der deutsch-iranische Handel steigt von 428 Mio. DM im Jahr 1961 auf 5,7 Mrd. DM im Jahr 1976 (Export nach Iran). Die Bundesrepublik ist zum wichtigsten Handelspartner des Iran geworden.

In Tabriz wird ein Mercedes-Montagewerk errichtet, wo importierte original-Einzelteile zu LKW's zusammengebaut werden. An Joint-Venture-Unternehmen sind u.a. beteiligt: Hoch-Tief AG, DEMAG Ag, Daimler Benz AG, Degussa, Bayer, Zwischen 1969 und 1979 werden nochmals 28 Joint-Venture-Unternehmen gegründet.

Auch in militärischer Hinsicht erleben die Beziehungen einen Aufschwung: 400 Leopard-Panzer werden geliefert, Rüstungsindustrien in Lizenz errichtet, iranische Waffentechniker in der BRD ausgebildet.

In den Revolutionsjahren 1978 und 1979 und den Jahren danach stagnieren die Beziehungen vorerst, die Exporte aus Deutschland in den Iran gehen zurück auf von 6,7 Mrd. DM 1979 auf 2,3 Mrd. DM 1980. Die Zahl er deutschen Firmen, die im Iran tätig sind, geht vorerst von 300 auf 50 zurück. Die Bundesregierung stoppt den Bau des Atomkraftwerkes Busher durch die Firma Siemens. Bis dato hatte der Iran 5,5 Mrd. DM in das Projekt investiert. Bis heute liegt es bracht. Vor 1979 war der erste Reaktor zu 80, der zweite zu 60 Prozent fertiggestellt. Im Krieg wurde die Anlage stark beschädigt.

Doch in der Islamischen Republik sind die Bedingungen für die Fortsetzung und Ausweitung der Geschäfte gegeben. 1981 betrug der deutsche Export in den Iran schon wieder 3,7 Mrd. DM. Noch nie hat der Handel zwischen der Bundesrepublik und dem Iran eine solche Blüte erlebt. 1985 liegt das Handelsvolumen bereits über 18 Mrd. DM und ist damit doppelt so hoch wie in den ersten Jahren des Schahregimes. Daimler und MAN liefern schwere LKW und Sattelzugmaschinen. Viele dieser Fahrzeuge waren eindeutig als nicht zivile zu erkennen. So etwa 400 olivfarbene Panzertransporter der Firma Faun und die dazugehörigen Auflieger der Firma Slumhardt, die 1982 von Bremen in den Iran verschifft wurden. Seit Schah-Zeiten wird bereits das G3-Gewehr von Heckler und Koch auch im Iran in Lizenz gebaut.

Nach vorübergehender Stagnation am Anfang des Krieges Irak-Iran steigen die Exporte und Investitionen spekulierten die deutschen Konzerne darauf, die Lücken der früher marktbeherrschende Positionen der US-Monopole im Iran zu erobern: Nach einem Besuch des Teheraner Leiters der Notenbank in Deutschland wurde mit der VEBA, Krupp und der Essener Ruhrkohle AG ein Stahlgeschäft über 1,5 Mrd. DM abgeschlossen. Die Deutsche Babcock rüstet vier Kraftwerke aus, Daimler Benz baut die Fertigungsstätte Tabriz aus. Der deutsche Botschafter in Teheran: "Wir wissen natürlich, daß zur Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen ... ein weites Netz von Krediten geschaffen werden muß". Darauf spekulierten die Bankvertretungen in Teheran von Deutscher Bank, Dresdner Bank und Bayerischer Vereinsbank, schon damals mit der Hoffnung auf Umweggeschäfte über die Ostblockstaaten ihre Konkurrenzfähigkeit zu verbessern.

Doch darauf mußten die Konzerne warten, der Golfkrieg Iran-Irak blockierte vorerst ihre Interessen.

... Nach diesem Kriege und dem Krieg der Nato-Staaten gegen den Irak war Teheran für deutsche Unternehmen die bevorzugte Adresse. Der Iran steht heute an sechster Stelle der BRD Exporte, außerhalb von Europa an vierter Stelle.

Hier die wohl wichtigsten Projekte deutscher Firmen seit 1992:

Die Siemens-Tochter KWU errichtet das Großkraftwerk mit 2.080 Megawatt südlich von Teheran für 1,45 Mrd. US-Dollar, für das 1.000 Megawatt-Kraftwerk in Kerman wird die Auftragsvergabe erwartet. In der Freihandelszone auf der Insel Queshm hat Siemens ein Joint-Venture-Unternehmen gegründet für den Bau des ersten privaten Kraftwerks mit einer Wasserentsalzungsanlage. Mannesmann baut in Semnan einen Hüttenanlage zur Herstellung von Ferrosilicium. Siemens unterhält zur Koordinierung in Teheran eine Ingenieursfirma mit 150 Fachkräften. Krupp hat den Aufbau zweiter petrochemischer Anlagen in Bandar Abbas begonnen. Klöckner führt ein Konsortium, das in Mazandaran eine Papier- und Zellstoffabrik baut. Asea-Brown-Boveri (ABB) erhielt den Zuschlagt für den Bau des Karun 3-Staudamms nebst Wasserkraftwerk, gemeinsam mit einer japanischen Gruppe wird die Finanzierung des Karun 4-Staudamms geplant. ABB baut weiter für über 1 Mrd. DM ein 600-Megawatt-Gasturbinenwerk zur Stromversorgung der Aluminiumhütte Ahmadi am Persischen Golf. Weitere Auftragserteilungen für den Bau von 21 neuen und die Modernisierung der 42 bestehenden Flughäfen werden ebenso erwartet wie für die Straßenbauten ans Kaspische Meer durch das Elbura-Gebirge sowie die Eisenbahnanlage zwischen dem Festland und der Qeshm-Insel sowie für die Modernisierung des Telekommunikationsnetzes. Und 1993 soll nun die Reprivatisierung der Staatsbetriebe durch die deutsche Treuhand hinzukommen.

In einer der letzten Ausgaben des Kurdistan Report haben wir über die historische Stadt Hasankeyf berichtet. Da wir die Informationen über die traditionelle kurdische Kultur für wichtig halten, möchten wir in dieser Ausgabe über die Kunst des kurdischen Teppichknüpfens berichten. Diese Teppiche werden Kelim genannt. Kelim knüpfen ist eine Sache besonderer Art, wie der folgende Artikel, den wir der Zeitung Yeni Ülke (April 1992) entnahmen, anschaulich beweist.

Knoten für Knoten geknüpfte Kultur eines Volkes, das vernichtet werden soll

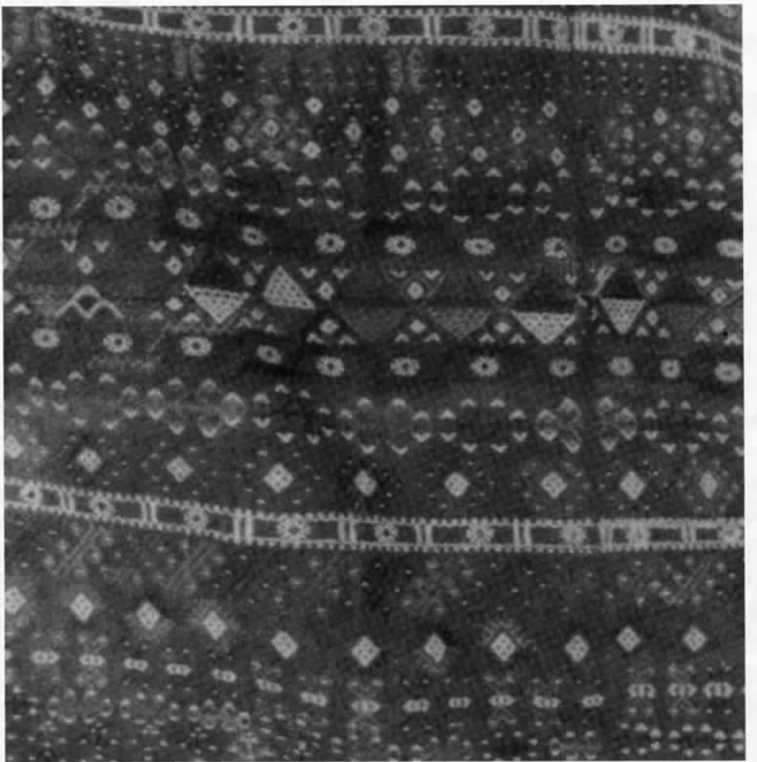
Kurdische Kelims - Jahrhunderte alt

Kelims - sie dienen mal als Kälteschutz der Armen, mal als Wandschmuck der Reichen, mal zum Thema für Lieder, mal zur Heldenweste oder auch mal als filziger Überwurf der Schäfer. Die Geschichte der Kelims geht in das Jahr 1600 n. Chr. zurück, es ist eine Geschichte, die die Kultur, die Trauer und die Freude der Kurden widerspiegelt.

Nur wenige Frauen anderer Nationen haben ihre Gefühle so in die Kelims geknüpft, wie die kurdischen Frauen. Die Jahrhunderte alten kurdischen Kelims haben noch heute kaum etwas von ihrem lebendigen Aussehen verloren. Keiner der Kelims spiegelt das Leid und gleichzeitig auch die Freude wider wie die des kurdischen Volkes.

Je nach Beschaffenheit der Fäden und der Farbe, geben die bearbeiteten Figuren und Motive die Qualität des kurdischen Kelims wieder. Die verwendeten Muster haben eine gewisse Ähnlichkeit mit den Teppichen aus dem kaukasischen Aserbaidschan. Jedoch kann man schon auf den ersten Blick den Unterschied erkennen.

Die Kunst des Kelimknüpfens geht auf eine jahrtausendalte Geschichte zurück. Der älteste Knüpfteppich wurde erst im Jahre 1946 im sibirischen Altai-Gebirge von einem sowjetischen Archäologen gefunden. Aber erst aus dem 16. Jahrhundert gibt es wieder Zeugnisse orientalischer Knüpfkunst. Der wohl bekannteste Kelim ist der Heilige Teppich aus der Grabstätte des persischen Scheichs Safi in Ardebil. Allein seine Maße beeindrucken: er ist 11,50 x 5,30 m groß, ein Meisterwerk an handwerklicher und künstlerischer Vollendung. Sein Alter wird auf das Jahr 1540 n.Chr. geschätzt und er besteht aus rund 32,5 Millionen Knoten. Er befindet sich im Besitz des Victoria and Albert Museum in London



Ein fas 1600 Jahre alter Kelim. Die Farben sind noch völlig erhalten.

Wenn von Teppichen, oder besser gesagt von Kelims die Rede ist, denkt man zunächst an die kurdischen Kelims. Jede Nation, jedes Volk hat seine eigenen Kelims besessen. Aber wohl kaum ein Kelim ist so sehr gleichzeitiger Ausdruck von Leid, Tod, Freude und Leben, wie der kurdische. Nur wenige Frauen brachten in ihrer handarbeitlichen Kunst ihre Gefühle so sehr zum Ausdruck, wie die kurdischen Frauen. Durch ihre einzigartigen Muster und Farbharmonien wird die Phantasie des betrachtenden Menschen angeregt. Schon die Farben der Knüpfarbeit zeigen, welche Gefühle mit dem Kelim zum Ausdruck gebracht werden sollten. Schwarze Fäden sind beispielsweise ein Zeichen von Trauer. Schmückten Farben wie rot, grün oder gelb (kurdische

Als Beispiel soll ein melancholisches Liebeslied dienen:

Wer seinem Liebsten etwas sagen möchte, soll einen Kelim knüpfen,
Denn nur der Liebste versteht, was der Kelim sagt.
Mit diesem Kelim habe ich dir meine Liebe offenbart,
meine Geheimnisse.
Diesen Kelim habe ich mit dem Herzen gewebt
damit er dir den Weg zeigt.

Sünde, sagen sie zu mir, es ist eine Schande, sie wollen mir den Mund verbieten.
In den Kelim habe ich meine Liebe geknüpft.
Verstehst du mich?
Weil es mir nicht genug war, habe ich noch dieses Lied gemacht
Was soll mein Leben noch?

Ich sollte doch die Deine werden, hörst du mich?

Der Kelim ist der Spiegel des Herzens, die Stimme des Gefühls,
Jeder Knoten ist ein Wunsch,
Der Kelim ruft den Liebsten, lädt ein zur Liebe,
Die eine Farbe ist Sehnsucht, die andere klagt.

Aus der Tiefe meines Herzens habe ich den Kelim geknüpft,
Die Liebe studierte ich in der Kammer der Weisen,
Der Kelim ist nach unserer Sitte ein Buch,
Der Kelim ist Sehnsucht, brennendes Verlangen und Leidenschaft.

Nationalfarben) den Kelim, sollte es ein Zeichen von Freude sein. Die Kelims sind Ausdruck für einen scharfen Blick, für kunstvolle Handarbeit und für das starke Gefühlsleben. Sie sind Leben, Geschichte und Kultur. Manche der Muster zeigten Krieg, Blutvergießen und Trauer. Andere wiederum zeigen Knoten für Knoten Sieg, Glück, Frieden und Freundschaft. Überbrachte die kurdische Frau die freudige Botschaft der Fruchtbarkeit, so fand sie ein entsprechendes Muster. Aber auch die Freundschaft zu den Tieren findet auf den kurdischen Kelims ihren Ausdruck. Die Teppichkunde ist eine Wissenschaft, in die man sich vertiefen muß, wenn man die Symbolik der Ornamente, die Bedeutung der Motive und deren Anordnung verstehen will.

"Die Geschichte des kurdischen Kelims begann schon vor dem Jahr 1600," sagt Enver Acar, ein guter Kelimkenner. Schon seit seiner Kindheit beschäftigt er sich mit dem Kelim. Heute sind seine Haare schon weiß, deshalb sind die Kelims ein Teil seines Lebens. "Ich kam mit dem Kelim zur Welt. Er hielt mich warm, bei Regen gab er mir Schutz. In der trockenen Kälte auf den tausend Meter hohen Ebenen unserer Berge war er mir ein wärmender Begleiter." Wie auch Enver Acar meint, war der Kelim jahrhundertelang Mantel und Schutz des kurdischen Volkes. Kelims, die aus der Wolle der Lämmer geknüpft werden sind hingegen weniger widerstandsfähig, als die aus Schafswolle. "Der Kelim diente aber nicht nur zum Schutz gegen das Wetter, " sagt Enver Acar. "Auch bei der Aussteuer der künftigen Braut nimmt er einen besonderen Platz ein. Der Kelim symbolisiert die Liebe, das Vertrauen der Frau zu ihrem Mann ebenso wie der jungen Frau zu ihrem Geliebten. Er war aber auch ein wertvolles Geschenk für die Versöhnung zwischen den Stämmen." Es war eine übliche Sitte unter den kurdischen Stämmen Fehden untereinander durch die Übergabe eines besonders kunstvollen Kelims zu beenden. Weil viele der Kurden nicht lesen oder schreiben konnten, wurde der Kelim auch zu einem Geschichtsbuch. Viele Situationen des Lebens wurden darin festgehalten. Die Arbeit wird an einem aus vier Holzbrettern zusammengenagelten Arbeitstisch gemacht, auf dem die Knüpfarbeit befestigt ist. An manchen Kelims arbeiten die Frauen Wochen, Monate oder sogar Jahre.

Leid und Tod, ein Ausdruck der Farben

Als der kurdische Kelim über die Grenzen des Landes hinaus bekannt wurde, war das zum großen Teil auf seine besonderen Farbkombinationen zurückzuführen. Die Hauptfarben waren schwarz, grün und grau. Sie symbolisieren die Trauer, das Leid und die Unterdrückung, was das kurdische Volk von Beginn an begleitete. Die glücklichen Zeiten waren rar. Daher finden sich in den ersten Kelims selten die kräftigen Farben rot, grün oder gelb. Die dunklen Farben drückten aber nicht nur die Unterdrückung aus, auch die Trauer über den gefallenen Kämpfer, den Geliebten, der aus dem Kampf nicht zurückkehrt oder den Verlust eines anderen geehrten Menschen aus. Tatsächlich nimmt das Leid und der Tod einen wichtigen Platz beim Knüpfen der Kelims ein. Enver Acar erläutert das folgendermaßen: "Schwarz, grau oder orangerot drücken immer Trauer, Leid und Krieg aus. Rot, gelb und grün dagegen sind Zeichen für freudige Ereignisse wie eine Hochzeit oder ein Fest. Doch zunächst überwog das Traurige." Er erzählt ein Beispiel: "Wenn ein kurdisches Mädchen verlobt ist, beginnt sie einen Kelim, zu knüpfen. Sie will ihn später in dem Haus, in das sie als Braut gehen wird, benutzen. Ein solcher Kelim wird in frohen, hellen Farben geknüpft. Auch später, wenn sie verheiratet ist, knüpft sie Kelims. Die Farbe dieser Arbeiten ist abhängig von dem Leben, das sie in ihrem neuen Zuhause führt. Ist sie glücklich, wird ein solcher Kelim

hell und farbig. Ist sie traurig oder unglücklich, werden die Farben dunkel. Ich hoffe sehr, daß die zukünftigen Kelims der kurdischen Menschen farbenprächtig werden."

Nur natürliche Farben werden verwandt

Die Farbtöne der Kelims sind von Region zu Region unterschiedlich. Die kurdischen Frauen benutzten ursprünglich keine künstlichen Farben. Erst seit der Kelim auch zu einem Exportprodukt wurde und die Menschen ihn nicht mehr so brauchen, wie früher, werden auch künstliche Farben verarbeitet. Den Rohstoff für die Farben liefert die Natur: verschiedene Pflanzen aus den Bergen, Wurzeln, aber auch Blätter, Schalen von Pflanzen, Rinde von Bäumen dienen der Farbgewinnung. So wird die rote Farbe beispielsweise aus der Pflanze "Ronak" gewonnen. Die schwarze Farbe stammt aus den Schalen des Walnußbaumes oder vom Bonitobaum. Aus Färberwaid, den Waidkugeln oder dem in Indien beheimateten Indigostrauch wird die blaue Farbe gewonnen. Die natürlich gewonnenen Farben sind wesentlich haltbarer als die künstlichen. Auch die chemische Vermischung bei der Herstellung künstlicher Farben ist nicht wünschenswert. Es ist zu beobachten, daß mit der künstlichen Färbung auch das Interesse an den kurdischen Kelims abnahm. Heute findet man nur noch selten natürlich gefärbte Kelims.

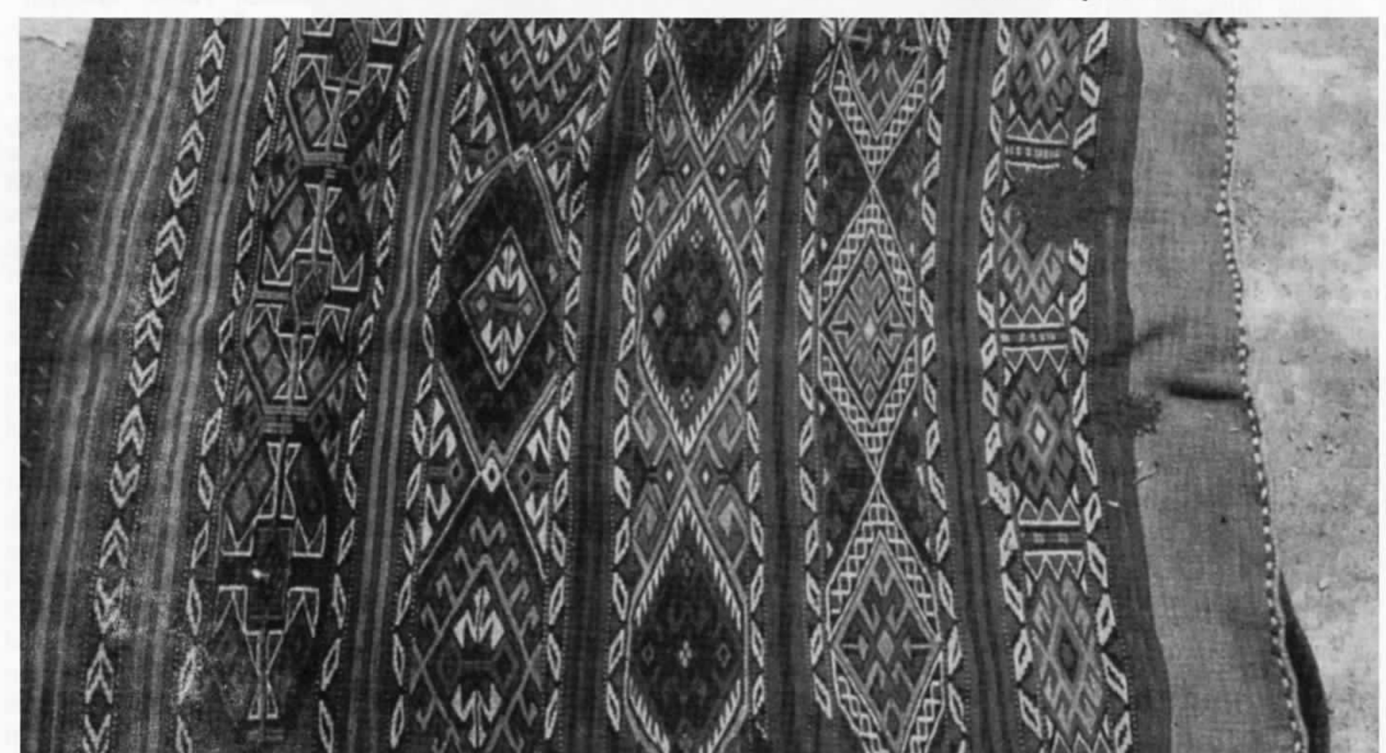
Motive aus dem Alltag und aus Mythen

Wie die Qualität der Farben wirkt sich auch die Beschaffenheit der Fäden auf die gearbeiteten Figuren und Muster der Kelims aus. Die Muster zeigen oft eine Ähnlichkeit mit den Teppichen aus dem kaukasischen Raum, besonders denen aus Aserbaidschan. Und doch sieht man den Unterschied auf den ersten Blick. Neben Tierfiguren und Motiven aus der Natur wurden auch Götter-, Helden-, Mythenwesen geknüpft. Die Darstellung der Ziegen, Kamele, Katzen oder auch von Löwen vermitteln die Freundschaft des kurdischen Volkes zu den Tieren. Der Hirsch allerdings hat eine besondere, fast heilige Bedeutung. Man findet ihn sehr oft auf den kurdischen Kelims. Themen die immer wiederkehrend auf den Kelims dargestellt werden sind Liebesgeschichten, Kriege, Hochzeiten oder auch ganze Heldenlieder. Das alltägliche Leben wird ebenso auf den Kelims dargestellt, wie Szenen aus Erzählungen: war z.B. die Ernte reichlich, so fanden sich viele Flüsse, Bäume oder Felder auf den Teppichen. In Zeiten kriegerischer Auseinandersetzungen waren es eher die Reiter, die Waffen oder auch Löwen, die die Kelims schmückten. Anhand dieser Muster ist die jeweilige Gemüts- oder Lebensverfassung der Knüpferin gut nachvollziehbar.

"Sini", ein kunstvoller Kelim aus iranisch Kurdistan

Den ersten Platz bei den Teppichmustern nahm der in iranisch Kurdistan geknüpfte Kelim ein. Er heißt "Sini". Die Beschaffenheit der Fäden, die Knüpfmuster und die Kraft der Farben machen den "Sini" sehr wertvoll. Auch wenn es Tausende von Namen für die Kelims gibt, so ist der "Sini" doch ein ganz besonderer. Wir wollen hier ein paar der geläufigsten Namen und ihre Bedeutung nennen:

- **Lulaper:** Große Liebe. Bedeutet: Ich liebe dich sehr (im kurdischen: ez gelek hejte dekem)
- **Gula sor:** rote Rose
- **Canbezar:** Mühseligkeit des Knüpfens
- **Hevneker:** etwa: keine andere kann diesen Kelim so knüpfen wie ich
- **Gulgever:** Rosenebene
- **Simkobuq:** Brautschuhe



Aufgrund ihrer wasserdichten Struktur, wurden die Kelims oft als Regenschutz verwandt

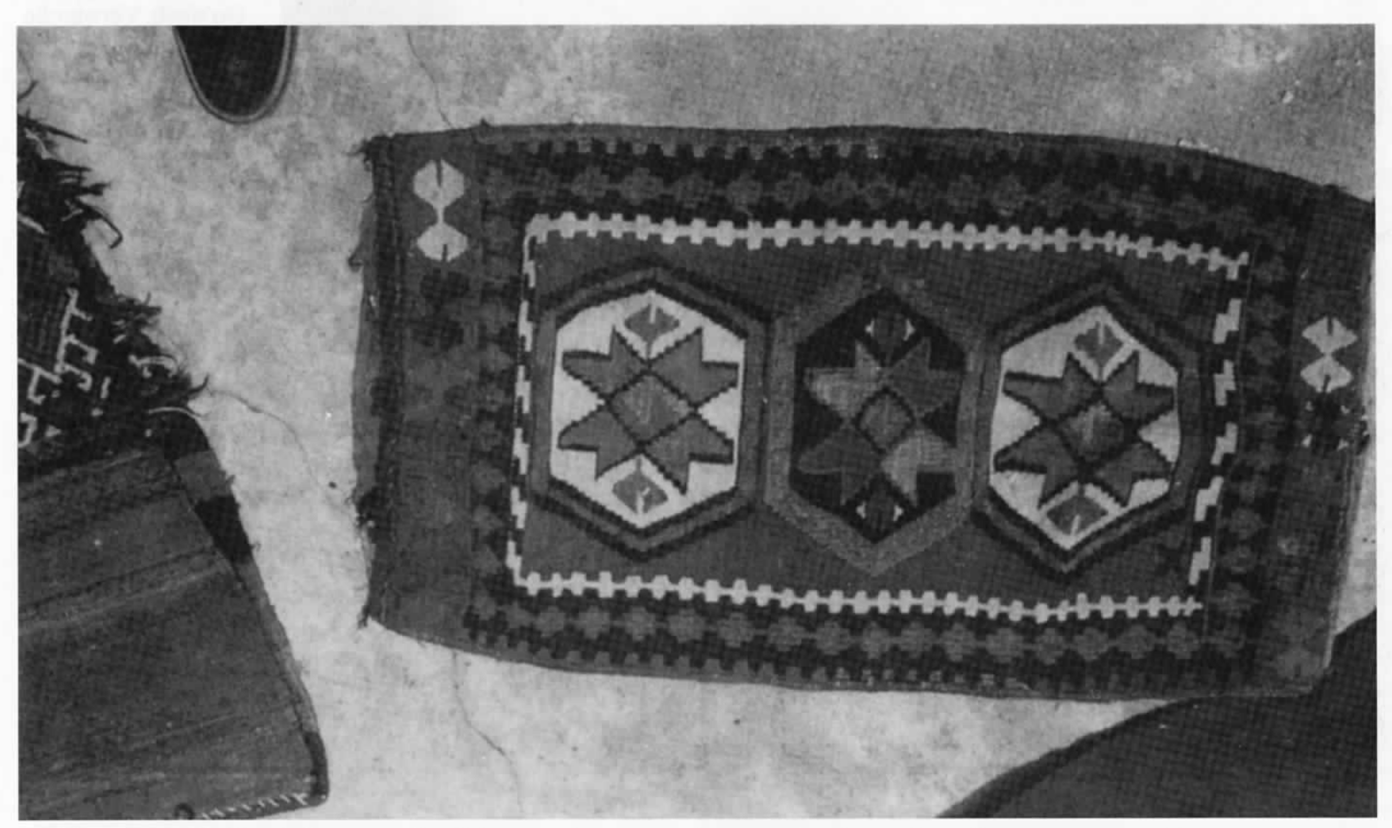
- **Hezar nexs:** tausend Muster
- **Sumak:** ein Kelim, umrahmt mit dichten Fransen. Die Fransen stellen eine Falle für Ungeziefer dar.
- **Herki:** ist der Name eines bestimmten Ortes. Nur hier wird diese Art von Kelims hergestellt.
- **Lop:** einfacher Kelim. Wird häufig zum Sitzen auf dem Boden verwendet.
- **Cecim:** eine besondere Art von Kelim, der zusätzlich noch bestickt wird.

Tierfiguren werden vor allem in Van, Hakkari (türkischer Teil Kurdistans) und im iranischen Teil Kurdistans geknüpft. Wenn es beispielsweise in einem dieser Orte eine reiche Ernte gab, wurde der Fruchtbarkeitsgott "Kibele" häufig als Motiv verwendet. Fiel die Ernte aber mager aus, wurden Krähen, Eulen oder Schlangen dargestellt - sie symbolisieren das Unglück. Stand eine Hochzeit bevor, so fanden sich Bilder von Braut und Bräutigam. Diesen Kelim nennt man Gula sor (rote Rose). Die Braut hält auf diesem Kelim eine rote Rose als Zeichen der Liebe in der Hand. Der Kelimfachmann Enver Acar hat in seiner Wohnung ein besonders Schmuckstück von Kelim. Dazu erzählt er: "Als ihr Mann zum Militär eingezogen wird, beginnt eine junge Frau damit, einen Kelim zu knüpfen. Die Arbeit beginnt zunächst in den Farben der Hoffnung und der Sehnsucht. Später erfährt sie, daß ihr Mann an die Front in den Krieg geschickt worden ist. Sie hatte schon angefangen, das Bild ihres Mannes zu knüpfen doch nun ändert sich das Motiv: sie knüpft nun eine Uniform. Schließlich erfährt sie, daß ihr Mann gefallen ist. Nach dieser traurigen Nachricht entsteht auf dem Kelim ein finsteres Ungeheuer. Damit zeigt sie ihren Haß gegenüber Tod und Krieg."
So sind die kurdischen Kelims. Manche erzählen das Leben, andere Träume.

Ein Schatz Jahrhunderte alter Kultur soll vernichtet werden

Die kurdischen Kelims sind Geschichte und Kultur. Sie sind auch ein Schatz des Lebens, des Todes und der Liebe. Sie sind Ausdruck von Gefühl und Wünschen.
Heute hat die Herstellung der Kelims sehr an Bedeutung verloren. Es sieht so aus, als solle ein Schatz Jahrhunderte alter Kultur vernichtet werden. Kelimknüpferinnen und Handwerker bestätigen diesen Eindruck. Ihre ökonomische Lage hat sich in der letzten Zeit sehr verschlechtert. Es ist schwierig, einen Markt für die wertvollen Stücke zu finden, viele haben kein Geld dafür. Die Qualität verliert aber auch dadurch, daß zunehmend künstliche Farben und automatisch hergestellte Fäden benutzt werden. Auf dem freien Markt ist der Kelim zu einem Massenprodukt geworden. Um Schritt halten zu können, haben viele Kelimknüpfer begonnen, Kelims zu kopieren um so die Produktivität zu steigern. Bei diesem Wettbewerb lassen sich die kurdischen Kelims, trotz guter Qualität fast nicht mehr verkaufen. "Es ist eine Frage von Angebot und Nachfrage," sagt Enver Acar, der selber auch mit Kelims handelt. Mit dem zunehmenden Tourismus habe man begonnen, aus den alten Kulturwerten ein Massenprodukt herzustellen. Die ursprüngliche Qualität und ihr Wert verloren zusehends an Bedeutung. Heute werden bereits 80% des verarbeiteten Materials maschinell hergestellt. Die Fäden werden künstlich gefärbt. Wenn dagegen nichts unternommen wird und dieser Trend sich durchsetzt, werden die alten Kelims wohl nur noch ein Traum bleiben und viele Menschen arbeitslos werden: "45% der in Van und Hakkari lebenden Bevölkerung lebt vom Kelimhandel, es ist ihre einzige Erwerbsquelle," meint Enver Acar.

Naif Yasar

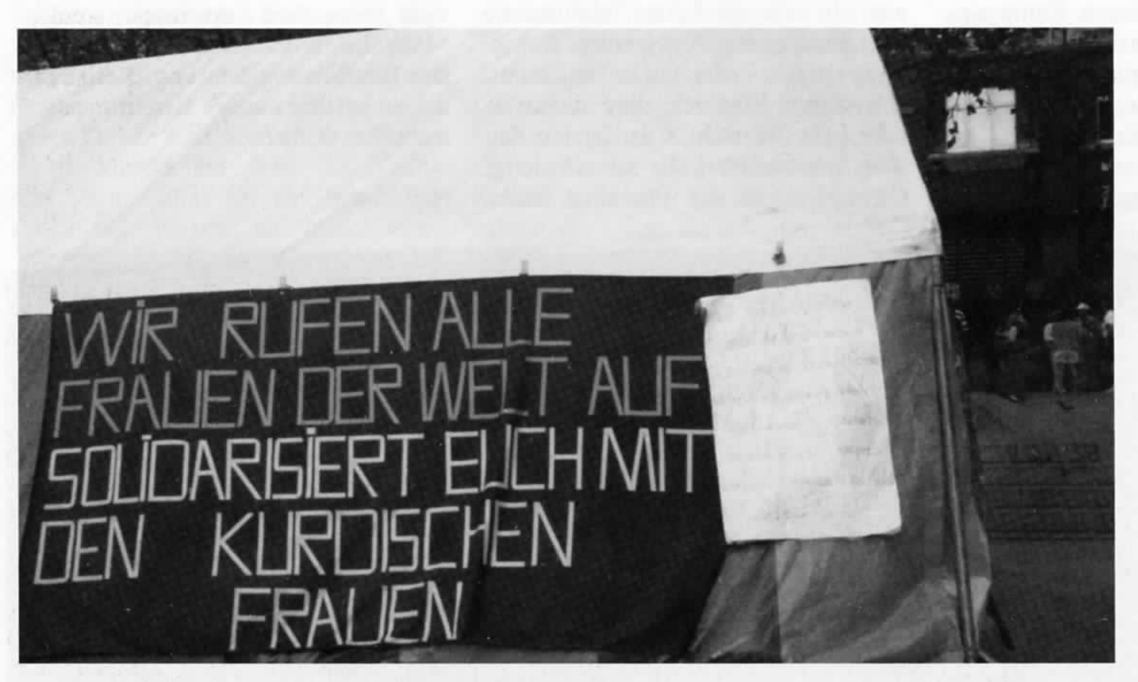


Eine wertvolle Handarbeit sind die Kelims - geht mit der ökonomischen Krise diese Tradition zugrunde?

Vom 23. August bis zum 11. September 1993 befanden sich ca. 100 kurdische Frauen in einem Hungerstreik. Sie protestierten damit gegen den Vernichtungskrieg, den die türkische Regierung gegen ihr Volk führt. Die Aktion fand auf der Domplatte in Köln statt, direkt vor dem Kölner Dom. Die Frauen lebten in einem Zelt. Tagsüber informierten sie mit Flugblättern und einem Informationstisch die Öffentlichkeit. Auf Stellwänden verdeutlichten Bilder die grausame Realität ihres Volkes in ihrer Heimat.
Während am Morgen gemeinsame Diskussionen über aktuelle Fragen und besonders auch die Rolle der Frau im politischen Leben stattfanden, gab es nachmittags - sofern das Wetter es zuließ - Folklore, Tänze und Lieder vor dem Zelt.

Der Kurdistan Report führte mit einigen der Frauen dort am 5. Tag des Hungerstreiks Gespräche, die wir im folgenden dokumentieren.

Hungerstreik von Kurdischen Frauen gegen die Massaker in Kurdistan



Kurdistan Report:
Kannst Du uns bitte sagen, wie Du heißt, wie alt Du bist und seit wann Du Dich an diesem Hungerstreik beteiligst?

Nazime:
Ich heiße Nazime und bin 1972 geboren, ich komme aus Siegen. Ich bin erst heute gekommen und möchte gern solange weitermachen, wie ich kann.

Kurdistan Report:
Bist Du in Deutschland oder in Kurdistan geboren?

Nazime:
Ich bin weder in Deutschland noch in Kurdistan geboren, ich bin in Kayseri in der Türkei geboren worden. Als ich 11 Jahre alt war, bin ich hierher gekommen. Wir haben in Hamburg gelebt und dann in Siegen.

Kurdistan Report:
Mit dem Hungerstreik wollt Ihr ja auf die Situation in Kurdistan aufmerksam machen. Hast Du auch Verwandte dort, die von der Verfolgung betroffen sind?

Nazime:
Ja, ich habe viele Verwandte dort. Mein Cousin z.B. ist seit 4 Jahren schon im Gefängnis. Er mußte da schon viel durchmachen, z.B. haben sie das Trinkwasser mit Waschmittel vermischt. Er wurde viel geschlagen, mit Strom gefoltert. Heute ist er behindert, er ist nicht mehr wie gesunde Menschen, er ist ganz anders geworden danach ...
Ich will mit meinen Aktivitäten helfen, unser Kurdistan zu retten. Wir werden bis zum Ende alles geben, hier und mein Volk in Kurdistan, um unser Land zu retten.

Kurdistan Report:
Von wo kommen Sie?

Antwort:
Ich komme aus Kurdistan. Aus Elazig - Karakoca.

Kurdistan Report:
Seit wann sind Sie in Europa?

Antwort:
Seit vier Monaten.

Kurdistan Report:
Mit welchen Zielen beteiligen Sie sich an diesem Hungerstreik?

Antwort:
Es gibt einen heftigen Krieg von der Türkei gegen unser Volk, die Dörfer werden bombardiert, die Städte werden bombardiert, die Natur wird zerstört und chemische Waffen werden dort eingesetzt.
Wir wollen, daß dieser Krieg beendet wird.

Kurdistan Report:
Gibt es Unterstützung von Ihrer Familie bei der Beteiligung an dem Hungerstreik?

Antwort:
Ja, natürlich, sie unterstützen mich hierbei. Aber in der Türkei ist es schwierig, solche Aktivitäten zu unterstützen - die Menschen haben viel Angst vor dem Militär.

Kurdistan Report:
Wie reagiert die deutsche Bevölkerung auf Ihren Hungerstreik?

Antwort:
Die Bevölkerung scheint nicht sehr interessiert zu sein, sonst würden sie uns in unserem Hungerstreik unterstützen. Ich glaube nicht, daß sie uns positiv gegenüberstehen. Viele gehen einfach vorbei und nehmen noch nicht einmal unsere Flugblätter mit. Einige kommen aber auch und sehen sich die Bilder an, sie stellen Fragen. Sie haben von dem Krieg gehört und verurteilen ihn auch. Sie haben Mitleid mit dem kurdischen Volk.
Die Behörden haben uns Probleme gemacht, wenn sie uns unterstützen würden, hätten sie uns einen größeren Platz zur Verfügung gestellt, wir haben hygienische Probleme hier, dabei hätten sie uns sonst sicherlich helfen können.

Kurdistan Report:
Was sollte die deutsche Bevölkerung tun, um die kurdische Bewegung noch mehr zu unterstützen?

Antwort:
Sie sollten auf jeden Fall dafür sorgen, daß Deutschland keine Waffen mehr an die Türkei liefert. Sie sollten nach Kurdistan fahren, sie sollten sich die Situation dort ansehen und sich selber eine Meinung bilden.
Hier haben sie Mitleid mit uns, weil wir hungern, sie sollen in unser Land fahren und sich dort umsehen! Sie sollen sich die Menschen dort ansehen, mit ihnen sprechen.
Unsere Menschen in Kurdistan müssen ihre Häuser verlassen, ihre Wohnungen, ihr Vieh, ihre Felder - sie müssen fliehen, es geht um Leben oder Tod.

Kurdistan Report:
Seit wann beteiligen Sie sich am Hungerstreik?

Antwort:
Seit drei Tagen.

Kurdistan Report:
Welche Erfahrungen haben Sie untereinander in den drei Tagen gemacht?

Antwort:
Ich komme von sehr weit her. Die Frauen untereinander verstehen sich sehr gut, sie sind freundlich, sind offen. Das ist so, weil sie alle aus einem Grund hier sind: sie wenden sich gegen den Vernichtungskrieg in Kurdistan.



Ihr gemeinsamer Wunsch ist, daß der Krieg aufhört. Ja, die Atmosphäre untereinander ist sehr herzlich.

Kurdistan Report:
Von wo kommen Sie?

Antwort:
Aus Australien. Ich lebe schon seit 20 Jahren dort, aber mein Herz ist in meinem Land und bei der Befreiung meines Landes. Ich bin hergekommen um den Hungerstreik zu unterstützen, aber auch, um das Kurdistan Festival zu besuchen. Außerdem möchte ich unsere Menschen hier treffen, möchte ihre Arbeit, ihr Leben hier kennenlernen.



Kurdistan Report:
Wie verbringen die Frauen den Tag?

Antwort:
Morgens bilden wir verschiedene Gruppen und eine von uns liest aus der Frauenzeitschrift Jine Serbilind (Frauen im Aufstand) vor. Die anderen hören zu und anschließend diskutieren wir über das, was wir gehört haben. Wir sprechen auch über die Rolle der Frau im Befreiungskampf. Das ist sehr gut für uns, wir lernen voneinander und das bringt uns weiter.

Kurdistan Report:
Hier sind ja alle Generationen vertreten. Gibt es zwischen den alten Frauen, den jüngeren und den Kindern Probleme in irgendeiner Weise?

Antwort:
Nein, überhaupt nicht, vielleicht denken Sie, daß das problematisch ist? Ja, laut ist es manchmal, aber das ist ja kein Problem, das ist doch ganz normal so. Ich sehe, daß gerade die jüngeren Frauen den älteren mit großem Respekt begegnen. Wir sprechen uns alle mit "Hewal" (Freund, Freundin) an, das bedeutet, daß wir uns alle gleich schätzen.

Kurdistan Report:
Die meisten der Frauen, die sich an dem Hungerstreik beteiligen haben Familie, haben Kinder. Gibt es Probleme mit den Männern? Unterstützen sie ihre Frauen bei der Aktion?

Antwort:
Viele Männer haben die Frauen selber hierher gebracht. Sie unterstützen uns mit ganzem Herzen. Wir haben solche Probleme untereinander eigentlich nicht mehr. Die Frauen und Männer leben bei uns gleichberechtigt miteinander. Wenn also die Frau entscheidet, daß sie sich am Hungerstreik beteiligen will, verbietet das kein Mann. Wir sind da wirklich schon weit gekommen.

Kurdistan Report:
Was wünschen Sie sich für die Zukunft für Ihr Land?

Antwort:
Wir wollen ein freies Kurdistan, wir wollen ein Kurdistan, das unabhängig ist. Wir haben schon so lange unter der Herrschaft von anderen gelebt, das muß jetzt aufhören. Wir sind aufgewacht und lassen uns nicht mehr unterdrücken.

Kurdistan Report:
Was kann die Bevölkerung aus Deutschland, aus Europa oder auch aus Australien tun, um diesen Wunsch zu unterstützen?

Antwort:
Die imperialistischen Staaten sind nicht daran interessiert, daß Kurdistan sich befreit. Wenn sie das wollten, würden sie die Türkei nicht mit Waffen unterstützen. Einerseits sind sie freundlich zu uns, tun so, als verurteilten sie den Krieg. Das war mit dem Embargo im vergangenen Jahr so. Schon kurz darauf wurden die Panzer wieder geliefert! Diese Panzer schleifen z.B. unsere Menschen an Seilen hinter sich her.
Ich selber erwarte von Deutschland oder auch von anderen Ländern eigentlich nichts.
Ich stütze meine Hoffnungen nur auf unsere eigene Kraft, nur wir selbst können etwas für unsere Befreiung tun.

Kurdistan Report:
Von wo kommen Sie?

Antwort:
Ich lebe jetzt in der Nähe von Köln.
Ich habe viel Verwandtschaft in Kurdistan. Ich komme aus Sanliurfa. Mein Sohn ist umgekommen, auch mein Mann. Dann habe ich meine Kinder genommen und bin nach Deutschland

Die Forderungen der hungerstreikenden Frauen und des Verbandes der Frauen aus Kurdistan (YJWK)

* Stop des in Kurdistan geführten schmutzigen Krieges durch Druck der internationalen Öffentlichkeit auf die Türkische Republik.

* Stop aller militärischer, politischer und finanzieller Unterstützungen an die Türkische Republik.

* Entsendung einer europäischen Frauen-Delegation zur Untersuchung des Spezialkrieges der Türkischen Republik vor allem gegen kurdische Frauen und unser Volk.

* Verurteilung der Türkischen Republik durch den Internationalen Gerichtshof wegen der Verletzung der internationalen Menschenrechtsabkommen und wegen dem Einsatz chemischer Waffen.

* Untersuchung der mysteriösen Morde, Aufklärung des Verbleibs der offiziell und inoffiziell von staatlichen Kräften verschleppten

geflohen. Das war vor vier Jahren. Wenn meine zwei Kinder groß genug sind und es wollen, werde ich sie zur Guerilla schicken.

Kurdistan Report:
Möchten Sie unseren Lesern noch etwas spezielles sagen?

Antwort:
Man hat uns sehr schlecht behandelt: unsere Familien wurden voneinander getrennt und zerstreut. Wir möchten Unterstützung bei der Befreiung unseres Kurdistans. Der Wunsch von uns allen ist es, in unser Land zurückkehren zu können.

Kurdistan Report:
Wie alt sind sie und seit wann beteiligen Sie sich an diesem Hungerstreik?

Antwort:
Ich bin 47 Jahre alt und lebe seit 12 Jahren in Deutschland. Hier bin ich seit 3 Tagen. Wir sind hier, um etwas für Kurdistan zu tun. Unsere Dörfer werden zerstört, man wirft Bomben auf uns. Sie greifen uns mit Flugzeugen an, sie werfen chemische Waffen auf unsere Dörfer und auf unsere Menschen. In unserem Dorf, das liegt in der Nähe von Mardin, haben sie nichts ganz gelassen, Häuser, Felder, Tiere, alles haben sie dem Erdboden gleich gemacht. Das war vor ungefähr 2 Monaten. 200 Menschen haben in unserem Dorf gelebt. Jetzt ist nichts mehr da, keine Kinder, kein Leben, nichts mehr.
Mein Kontakt zur deutschen Bevölkerung ist nicht so eng. Es gibt keine direkte Hilfe. Einige haben Mitleid mit uns. Wenn sie die Berichte im Fernsehen sehen, dann kriegen sie schon mal Bauchschmerzen.

Kurdistan Report:
Was sollte die Bevölkerung hier tun, um die Kurden zu unterstützen und zu schützen?

Antwort:
Wir hoffen, daß die Deutschen aufhören, Panzer, Gewehre, chemische Waffen an die Türkei zu verkaufen.

Kurdistan Report:
Wie sind die Reaktionen der Bevölkerung hier während des Hungerstreiks? Ist die positiv?

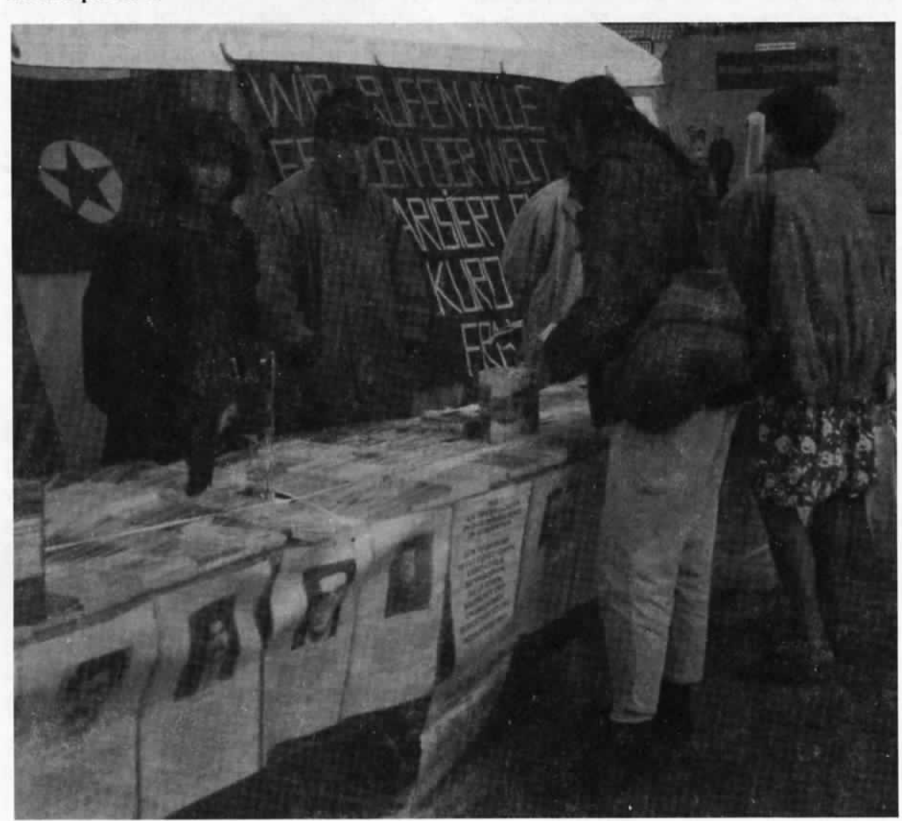
Antwort:
Ich kann nur wenig deutsch, deshalb spreche ich nicht mit den Menschen, die hier vorbeikommen. Einige gucken sich die Bilder an, schütteln mit dem Kopf und das ist alles.

Kurdistan Report:
Unterstützt Ihre Familie diese Aktion der Frauen? Es ist ja das erste Mal, daß Frauen so eine Aktion machen.

Antwort:
Mein Mann paßt auf die Kinder auf und ich bin hier. So unterstützt er mich. So muß das auch sein, anders geht es nicht.

Kurdistan Report:
Was wünschen Sie sich für die Zukunft?

Antwort:
Das unser Kurdistan befreit wird. Dann können wir selber in Schulen lernen und uns ausbilden. Wir können unsere eigene Sprache sprechen und auch für uns Frauen wird es dann Möglichkeiten geben, uns noch weiter zu entwickeln.



Eine Vertreterin des Deutsch-Kurdischen Freundschaftsvereins Köln führte ein Gespräch mit Xane, einer der Organisatorinnen des Hungerstreiks, der Kurdistan Report dokumentiert Auszüge davon:



Welche Ziele hattet Ihr, als Ihr den Hungerstreik organisiert habt?

Xane:
Zunächst wollten wir sehen, welche eigene Kraft wir, die patriotischen Frauen aus Kurdistan, überhaupt haben. Zweitens war es unser Ziel, unsere Frauen während des Hungerstreiks zu bilden und diesbezüglich praktische Schritte zu unternehmen. Das heißt, wir wollten produktiv sein, wollten unsere eigene Kraft und unseren eigenen Mut beweisen.

Als kurdische Frauen, die in Europa leben, wollten wir der Öffentlichkeit unsere Sensibilität und Verbundenheit zu unserer Heimat zeigen. Wir wollten auf den schmutzigen Krieg und den Einsatz chemischer Waffen gegen unser Volk aufmerksam machen. Wir wollten die Lage unserer kurdischen Frauen verdeutlichen. ...

Hat die Presse Euren Vorstellungen entsprechend berichtet?

Xane:
Eigentlich konnten wir das Interesse als positiv bewerten. Ich kann aber nicht sagen, daß unsere Interessen und Forderungen alle wirklich der Öffentlichkeit bekanntgegeben wurden. Am 8. September haben wir eine Pressekonferenz durchgeführt. Es gab sehr großes Interesse. Auch eine Gruppe von Parlamentarierinnen war dort, u.a. Ulla Jelpke (MdB der PDS) und Angelika Beer (Bundesvorstandsmitglied der Grünen). Sie wünschten uns weiterhin viel Erfolg. Auf dieser Versammlung wurde beschlossen, eine Delegation nach Kurdistan zu entsenden. Das Ergebnis werden wir noch abwarten.

Ihr habt in medizinischer Hinsicht Unterstützung bekommen?

Xane:
Ja, wir haben Unterstützung vom Gesundheitsladen Köln bekommen. Zwei Krankenschwestern betreuten abwechseln unsere Frauen. Auch Ärzte aus Bonn und Köln haben unsere Frauen medizinisch betreut. In der ersten Woche ging es ein paar Frauen sehr schlecht, so daß sie in das nächstliegende Krankenhaus gebracht werden mußten. Aber schon am nächsten Tag waren sie wieder beim Hungerstreik dabei.

Was habt Ihr mit dem Hungerstreik erreicht und was habt Ihr in der nächsten Zeit vor? Was erwartet Ihr von den anderen Politikern, Parteien und Personen?

Xane:
Die Zahl der Teilnehmerinnen blieb mit 120 Frauen mehr oder weniger konstant während des Hungerstreiks. Unsere Frauen waren fest davon überzeugt, den Hungerstreik fortzuführen. Das ist für uns sehr wichtig. An dieser Stelle wollen wir alle Politiker, Parteimitglieder oder auch Einzelpersonen bitten, ein offenes Ohr für die Ereignisse in Kurdistan zu haben. Unsere Öffentlichkeitsarbeit, Aktionen und Stellungnahmen haben den Weg für solche Bemühungen freigemacht. Eine andere wichtige Erwartung von uns ist, daß wir ständig untereinander in Kontakt bleiben, damit wir die Entwicklungen gemeinsam und richtig verfolgen können. Unsere Aktion begann mit großer Aufmerksamkeit, unsere Ziele wurden positiv bewertet und so wurde unsere Aktion auch zu Ende gebracht. An dieser Stelle möchte ich meinen großen dank an alle Frauen weitergeben, besonders an diejenigen, die tatkräftig und mit starkem Willen bis zum Schluß des Hungerstreiks durchgehalten haben. ...

Auszüge aus Solidaritätsadressen an die kurdischen Frauen im Hungerstreik:

Lord Avebury, Vorsitzender der parlamentarischen Menschenrechtsgruppe des britischen Parlaments:

"Es tut mir leid, daß mein Besuch in Deutschland so kurz ist, daß ich Sie nicht persönlich besuchen kann. Aber ich möchte Ihnen versichern, daß ich ihre Forderungen teile und daß wir unser Bestes tun, um die Menschenrechtsverletzungen in Kurdistan zu einem Thema der Internationalen Gemeinschaft zu machen.

Wir haben ...

(1) zwei Berichte über Delegationsreisen nach Kurdistan veröffentlicht
(2) gefordert, daß die türkischen Behörde in Verhandlungen für eine politische Lösung für die Kurdistan-Frage eintreten
(3) gegen die Waffenlieferungen europäischer Staaten an die türkische Regierung protestiert
(4) die Morde an Journalisten mit dem britischen Außenministerium erörtert
(5) gefordert, daß die Rechte des kurdischen Volkes auf der Tagesordnung der KSZE-Konferenz am 27. September 1993 in Warschau zur Sprache gebracht werden
(6) die britischen Abgeordneten, die am Treffen der Interparlamentarischen Union am 13. September in Canberra teilnehmen, die Frage der Menschenrechtsverletzungen und Rechte der kurdischen Abgeordneten zur Sprache zu bringen
(7) gegen die Verletzung des Rechts der freien Meinungsäußerung protestiert sowie gegen den Artikel 125 des türkischen Strafgesetzbuches, wonach es mit dem Tode bestraft werden kann, "die Integrität des türkischen Staates zu schwächen.

Ich hoffe, Sie haben mit Ihrem Hungerstreik Erfolg und können die Aufmerksamkeit der deutschen Öffentlichkeit gegenüber diesen ernsten Menschenrechtsverletzungen erreichen.
Ich beglückwünsche Sie zu Ihrem Mut und Ihrer Entschlossenheit."

Walter Ruffler, Mitglied der Bremischen Bürgerschaft, Die Grünen):

(26.8.1993) "... ich unterstütze die Forderungen der kurdischen Frauen gegen den türkischen Staatsterror in Kurdistan.
Ich hoffe, daß durch den Hungerstreik die Aufmerksamkeit der Medien, der Politiker und Menschen in Deutschland auf den Krieg in Kurdistan gelenkt und Druck auf die türkische Regierung ausgeübt wird. Es muß eine friedliche Lösung der Kurdenfrage in der Türkei geben, das ist eine zentrale Frage für das kurdische wie für das türkische Volk."

Daniel Reymann, Jungsozialisten, Unterbezirk Hannover-Land:

(31.08.1993) "... Wir, der Unterbezirk Hannover-Land der JungsozialistInnen, erklären uns mit der Aktion und den politischen Forderungen solidarisch. Insbesondere unterstützen wir alle Bestrebungen, die militärische Untestützung an die türkische Regierung einzustellen, die ja erst im vergangenen Jahr offiziell wieder aufgenommen wurden. Wir verurteilen schärfstens die in diesem Zusammenhang erfolgten Lieferungen von Kriegsgeräten aus den Beständen der NVA an die türkische Regierung, die jetzt - entgegen allen Versicherungen - gegen das kurdische Volk eingesetzt werden."

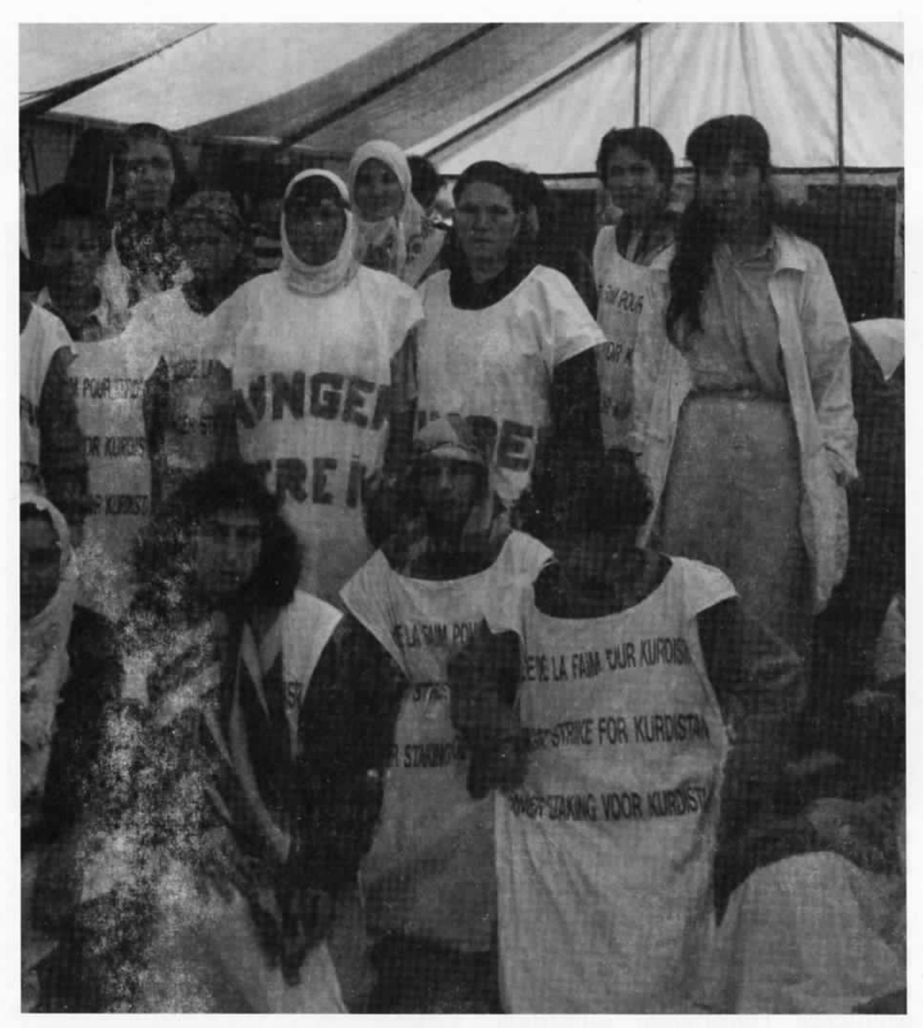
Bündnis 90/ Die Grünen, Landesgeschäftsstelle Bremen - Landesverband und Fraktion Die Grünen in der Bremischen Bürgerschaft:

(1.9.1993) " ... wir unterstützen die Forderungen der hungerstreikenden Frauen auf der Domplatte in Köln. ... Wir bewundern, daß Ihr die Kraft habt, gegen diesen grausamen Vernichtungskrieg mit der gewaltfreien Aktion des Hungerstreiks zu protestieren und hoffen, daß die deutsche und internationale Öffentlichkeit Euren Protest wahrnimmt und das kurdische Volk endlich ein Lebensrecht erhält. ..."

Kurdistan-Solidarität Bremen:
(4.9.1993) "... wir denken an Euch und wünschen Euch weiterhin Mut und Kraft und grüßen Euch an dieser Stelle mit einem Gedicht:

Über die Bezeichnung Emigranten

Immer fand ich den Namen falsch, den man uns gab: Emigranten.
Das heißt doch Auswanderer. Aber wir wanderten doch nicht aus, nach freiem Entschluß
Wählend ein anderes Land. wanderten wir doch auch
Nicht
Ein in ein Land, dort zu bleiben, womöglich für immer.
Sondern wir flohen. Vertriebene sind wir, Verbannte.
Und kein Heim, ein Exil soll das Land sein, das uns
Aufnahm.
Unruhig sitzen wir so, möglichst nahe an den Grenzen
Wartend des Tags der Rückkehr, jede kleinste
Veränderung
Jenseits der Grenze beobachtend, jeden Ankömmling
Eifrig befragend, nichts vergessend und nichts aufgebend
Und auch verzeihend nichts, was geschah, nichts
Verzeihend.
Ach, die Stille der Stunde täuscht uns nicht!
Wir hören die Schreie
Aus ihren Lagern bis hierher. Sind wir doch selber
Fast wie Grüchte von Untaten, die da entkamen
Über die Grenzen. Jeder von uns
Der mit zerrissenen Schuhen durch die Menge geht
Zeugt von der Schande, die jetzt unser Land befleckt.
Aber keiner von
Wird hier bleiben. Das letzte Wort
Ist noch nicht gesprochen.
(Berthold Brecht)".



einsetzen, um die Öffentlichkeit in der BRD über Euren gerechten Kampf zu informieren!!! Biji Kurdistan! ....".

Frauengruppe zu Internationalismus, Hamburg
Frauengruppe "Frauenbande", Hamburg:

(7.9.1883) "... Die BRD unterstützt die Türkei mit Waffenlieferungen, militärischer Ausbildung, ökonomischer Hilfe ..., in dem klaren Wissen, wofür diese Mittel eingesetzt werden. So ist es auch die Afugabe der Linken in der BRD, sie dafür anzugreifen, den grausamen Krieg, der gegen das kurdische Volk geführt wird, öffentlich zu machen und die Hintermänner von Massaker, Vertreibung, Folter und Mord in der BRD anzugreifen.
Wir unterstützen die Forderungen Eures Hungerstreiks und wünschen Euch viel Liebe und Kraft. Es sind vor allem die Frauen, die mit ihrem Mut und ihrer Entschlossenheit das Rad der Geschichte hin zur Befreiung drehen! ....".

Humanistische Union, Bundesvorstand:

(7.9.1993) "Solidarität mit der Bevölkerung Kurdistans. ... Wir treten nachdrücklich dafür ein, daß die Bundesregierung alles unternimmt, um die Grausamkeiten von allen Seiten zu beenden. Die Humanistische Union unterstützt deshalb die ... Forderungen ....".

Komitee gegen den imperialistischen Krieg Hamburg:

(5.9.1993) " .... Die Gleichschaltung der Medienberichterstattung, durchgesetzt von führenden Politikern der herrschenden Klassen - in der BRD z.B. K. Kinkel (Außenminister) und V. Rühe (Kriegsminister) ... - , dient der Politik des türkischen Staates, um den vom Generalstabschef der Armee ausgerufenen "totalen Krieg" gegen das kurdische Volk zu intensivieren und zu forcieren. Schon zu Zeiten des einseitig von der PKK ausgerufenen Waffenstillstandes betrieb der türkische Staat eine Verschärfung des Vernichtungskrieges. Innerhalb von 2 1/2 Monaten (März bis Juni 1993) zerstörte das türkische Militär über 20 Dörfer, ermordete über 150 KämpferInnen und ZivilistInnen, verbrannte ganze Ernten etc: die Politik der verbrannten Erde! All dies fand aus strategischer Brechnung keinen Widerhall in der Weltöffentlichkeit!!! ..... Alle Formen der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Unterstützungen des deutschen Staates ... ist eines der wichtigsten der strategischen Elemente im Vernichtungskrieg gegen das kurdische Volk. ....
Wir wünschen Euch im weiteren verlauf der Aktion viel Kraft und Ausdauer. Wir hoffen, daß der Hungerstreik zum Erfolg führt und werden unsere Kraft und Kontinuität hier dafür



Spendenkampagne für Kurdistan

Vor den Augen der ganzen Weltöffentlichkeit wird gegen das kurdische Volk, dem jegliche Rechte auf nationaler, sprachlicher und kultureller Ebene vorenthalten werden, ein schmutziger Spezialkrieg geführt. Vor allem in Nord-West-Kurdistan, das durch die türkische Armee besetzt ist, werden täglich ca. zehn Zivilisten durch die staatlich gelenkte Konter-Guerilla ermordet.
Neben diesen Angriffen gegen die kurdische Zivilbevölkerung bombardiert der türkische Staat täglich kurdische Städte, Dörfer und zerstört die Natur.

Allein im letzten Jahr sind 600 kurdische Dörfer entvölkert und hunderttausende Menschen zu Flüchtlingen in ihrem eigenen Land gemacht worden. Diesen Menschen, die ökonomisch in Not sind droht der Hunger.

Entgegen dem Wunsch des kurdischen Volkes, die Kurden-Frage mit friedlichen und demokratischen Mitteln zu lösen, versucht der türkische Staat durch weiteres Blutvergießen und rohe Gewalt dieses zu unterdrücken. Die Angriffe der Konter-Guerilla richtet sich vor allem auch gegen die oppositionelle Presse und Parteien, die die Öffentlichkeit über die tatsächlichen Geschehnisse zu informieren versuchen und sich für die demokratische Rechte einsetzen. So sind innerhalb eines Jahres 10 Journalisten der Tageszeitung Özgür Gündem und 56 Politiker, wie zuletzt der DEP-Abgeordnete Mehmet Sincar, auf offener Straße ermordet worden. Gegen Zeitungen und Zeitschriften laufen Verbotsanzeigen. Hinzu kommt, daß zwei Parteien verboten worden sind, weil sie die Kurden-Frage des türkischen Staates kritisiert haben.

Das kurdische Volk, das aus eigener Kraft einen schweren Kampf ums Überleben führt, braucht Ihre Hilfe und Unterstützung. Jede Spende, die Sie geben, ist ein Beitrag zum Überleben der Menschen.

Deshalb:

*** Spendet für die Vertriebenen, Deportierten und Obdachlosen!**
*** Spendet für die Opfer des staatlichen Terrors!**
*** Spendet für die 20.000 politischen Gefangenen!**
*** Spendet für die Ausbildung kurdischer Kinder!**

Kurdistan Zentrum (gemeinnütziger Verein
Maxstr. 50-52 • 53117 Bonn

Stadtsparkasse Bonn
Konto Nr: 300103 • BLZ: 380 500 10

Das 2. Internationale Kurdistan-Festival schlägt eine Brücke zwischen den Völkern!

